Morgenausgabe

Nr. 565 / A 287 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 3,— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 3,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 30. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5 Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

„Abrüstung" in Genf.

Aber die Genfer Polizei rüstet auf!

V. Sch. Genf, 29. November.

Als Grundlage für die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission, die morgen vormittag 11 Uhr beginnt, dient die Kompromißresolution Bernstorff-Boncour, die im September von der Vollversammlung des Völkerbundes angenommen worden ist.

Aus diesem Beschluß liest jedoch jeder heraus, was ihm gerade paßt: für die Franzosen ist das Wichtigste an ihm, daß er die baldige Schaffung eines besonderen Komitees zur Prüfung der Sicherheitsfrage verspricht, hingegen weisen die Deutschen darauf hin, daß er die unverzügliche Fortsetzung der eigentlichen Abrüstungsarbeiten verlangt. So geht jetzt der Kampf um die Auslegung der Septemberresolution. Womit soll man sich beschäftigen: mit der Schaffung des Sicherheitskomitees oder mit der Fortführung der eigentlichen Abrüstungsdebatte oder mit beiden? Die vom Holländer Loudon formulierte Tagesordnung trägt dem französischen Standpunkt offenbar mehr Rechnung als dem deutschen. Sie lautet:

1. Prüfung der Beschlüsse der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates,
2. Stand der Arbeiten.

Gegen diese Formulierung, die den Eindruck erweckt, als wäre die Einsetzung des Sicherheitskomitees das Primäre, hat der deutsche Delegierte Graf Bernstorff schon vor zwei Wochen Verwahrung eingelegt. Deutschland besteht auf sofortiger Fortsetzung der technischen Abrüstungsarbeiten, wenn möglich sogar auf einer zweiten Lesung des im April d. J. angenommenen vorläufigen Entwurfes einer internationalen Abrüstungskonvention. Demgegenüber erklären die Franzosen, daß der diplomatische Meinungsaustausch noch nicht genügend fortgeschritten sei, um eine zweite Lesung schon jetzt zu erlauben. Die Engländer aber sagen, daß die Abrüstungskommission nur bis Ende dieser Woche tagen soll, weil dann der Völkerbundsrat zusammentritt, und daß es unmöglich sei, in vier Tagen die Debatte zu Ende zu führen. Die Engländer möchten, scheint es, vermeiden, daß die Russen noch zu einem Zeitpunkt in Genf anwesend sind, wo die Außenminister, insbesondere Chamberlain, bereits in Genf sein werden.

So ist am Vorabend alles unklar, zumal ein Teil der Delegierten, so die Hauptvertreter Frankreichs und Englands, noch gar nicht da sind, während Graf Bernstorff mit Loudon, den Russen und dem Völkerbundssekretariat gestern und heute lange Vorbesprechungen hatte.

Einstweilen gibt es zwei große Fragen:

Was haben die Russen vor? Werden sie durch Einbringung neuer Anträge den Aprilentwurf über den Haufen werfen?

Wie werden sie, wie werden die Amerikaner als Nichtmitglieder des Völkerbundes sich zu dem Sicherheitskomitee und zu seinen Aufgaben stellen?

Man erwartet gleich zur Eröffnung eine Erklärung des amerikanischen Delegierten Gibson zu diesem Punkt.

Das Erscheinen einer Sowjetdelegation auf einer politischen internationalen Konferenz zum ersten Male seit Genua, also nahezu seit sechs Jahren, verleiht der Tagung einen besonderen Reiz. Es sind mehr Zeitungsleute da als je zuvor. Nur besondere Ausweise mit Lichtbildern öffnen ihnen diesmal die Pforten. Sonstiges Publikum bleibt ausgeschlossen. Die Sicherheitsmaßnahmen sind ungewöhnlich streng. Man nimmt zwar den sowjetfeindlichen Aufruf „vaterländischer Verbände", der in verschiedenen Genfer Blättern heute abgedruckt wird, sowie das Erscheinen einer besonderen antibolschewistischen Kampfschrift nicht allzu tragisch — aber man kann nie wissen, und man will keinen zweiten Fall Worowski!

Pilsudski garantiert Frieden.

Unterredung Briands mit dem polnischen Botschafter.

Paris, 29. November. (Eigenbericht.)

Außenminister Briand hat mit dem polnischen Botschafter über die auf der Tagesordnung der Völkerbundsratssitzung befindlichen Fragen verhandelt. Hinsichtlich des polnisch-litauischen Konflikts soll der Botschafter die überaus befriedigende Erklärung abgegeben haben, daß Pilsudski die Vermeidung neuer Zwischenfälle bis zum Zusammentritt des Völkerbundrats garantiere.

Der „Temps" sagt, daß Polen die Unabhängigkeit Litauens nicht bedrohe. Immerhin sei die Note Polens notwendig gewesen, da eine wahre Gefahr für den Frieden bestand und nicht länger andauern durfte. Sollten aber die diplomatischen Verhandlungen eine Litauen befriedigende Lösung nicht ergeben, so würde das noch lange nicht den von der litauischen Regierung behaupteten „Kriegszustand" rechtfertigen. Die Polen seien in Wilna mit Zustimmung der Botschafterkonferenz eingezogen, wovon auch der Völkerbund Kenntnis genommen habe. Deshalb sei der Standpunkt der litauischen Regierung, die normalen Beziehungen zu Polen erst nach der Räumung von Wilna wieder aufnehmen zu können, unhaltbar. Es gelte vielmehr auf dem üblichen diplomatischen Wege die politischen und wirtschaftlichen Probleme der beiden Länder zu regeln.

Menschenökonomie.

Ein Beitrag zur Aussperrung der Zigarrenarbeiter.

Von Dr. Julius Moses.

Die brutale Aussperrung, die den Tabakarbeitern nun schon seit Wochen einen Kampf um das nackte Leben aufgezwungen hat, lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Klasse von Arbeitern, Männern, Frauen und Kindern, die man vielleicht als den verelendetsten Teil der Arbeiterschaft bezeichnen kann. Die Oeffentlichkeit mag in der Nachkriegszeit etwas abgestumpft gegen Elend und Verfall sein, aber was jetzt über die Lage und den Lebensstandard dieser 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ans Licht der Oeffentlichkeit dringt, ist geeignet, auch Abgehärtete zu erschüttern. Nicht, als ob hier von den Leiden des letzten Monats die Rede sein soll. Diese Leiden werden die um die Existenz Ringenden durchzuhalten nicht hindern, denn sie sind der tatkräftigen Unterstützung der Arbeiterschaft sicher, auch werden sie durch das Bewußtsein aufrechterhalten, daß es schlimmer nicht mehr werden kann.

Wie Menschen „nach dem Ebenbilde Gottes geschaffene Menschen", in Deutschland heute leben, das wird niemand ohne Erregung aus den neuen Berichten von Augenzeugen und aus der wissenschaftlichen Literatur des letzten Jahres zur Kenntnis nehmen.

Auch der abgehärtete Arzt kann sich der Erschütterung bei den Einzelschilderungen nicht erwehren. Tuberkulose und immer wieder Tuberkulose ist es, die uns in grauenhafter Eintönigkeit bei diesen Arbeitern entgegentritt. Die Gelehrten mögen recht haben, daß die Beschäftigung mit Tabak die Neigung zur Tuberkulose nicht verstärkt. Die einen behaupten, die anderen bestreiten es. Aber diese Doktorfrage ist kein Trost für die zahlreichen Tabakarbeiter mit offener und geschlossener Tuberkulose, wenn es nicht der Tabak direkt ist, der sie krank macht. Als Ursache genügen ja auch die zahlreichen anderen Veranlassungen, als Hunger, die Unterernährung, die mangelnde Haut- und Körperpflege, die menschenunwürdigen Wohnungen, das enge Zusammengepferchtsein von Kranken und Gesunden. Bedarf es denn da noch einer spezifischen, die Tuberkulose ergänzenden Wirkung des Tabaks? Oberarzt Bresler zitiert in seiner Schrift „Tabakologia medizinalis" einen Ausspruch Rubners aus seinem Lehrbuch der Hygiene: „Auch wenn keinerlei gewerbliche Schäden dazukommen, könnte doch unmöglich der Mensch in solchen Verhältnissen gesund bleiben. Wir sehen Bessersituierte tagtäglich weit größeren Anstrengungen sich hingeben, als man sie von Arbeitern verlangt, ohne daß sich die ersteren Zeichen einer Berufsschädigung zeigen." — So stellen auch Gewerberat Dr.-Ing. Waffenschmidt und Landesgewerbearzt Dr. med. Holtzmann in ihrem Buche über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden eine hohe Sterblichkeit an Lungentuberkulose fest, lassen es aber dahingestellt, ob diese hohe Sterblichkeit in einem direkten ursächlichen Zusammenhang mit der Tabakindustrie steht. Immerhin wird das Entstehen von Bronchitiden durch den Reiz des Tabakstaubes vielfach hervorgehoben, und daß diese unter den beschriebenen Verhältnissen nicht leicht heilen, sondern vielmehr oft den Boden für die Ansiedlung des Tuberkulosegiftes bereiten, sieht auch der Nichtarzt leicht ein. Jede Grippeerkrankung, die der Gutgenährte meist in wenigen Tagen überwindet, macht in den geschwächten, widerstandsunfähigen Körpern alte Tuberkuloseherde wieder mobil und bereitet den Boden für neue. Die Statistiken in Baden zeigen jedenfalls, daß mit der Ausbreitung der Tabakindustrie die Tuberkulosesterblichkeit sich ständig über den Durchschnitt erhebt, aber auch Waffenschmidt und Holtzmann kommen durch Vergleiche mit Gegenden, in denen zwar keine Tabakindustrie besteht, die Arbeiterbevölkerung aber ebenfalls wächst, zu dem Schluß, daß es die allgemeinen sozialen Verhältnisse sind, durch die die Tuberkulosesterblichkeit erhöht wird.

Wenn der Tabak auch vielleicht nicht direkt Tuberkuloseerkrankungen verursacht, so werden ihm doch in den Berichten viele andere Erkrankungen nachgesagt, die an sich vielfach schon einen günstigen Nährboden für Tuberkuloseansiedlung darstellen. Erwähnt wurden schon die häufigen Erkrankungen der Luftwege in den im Winter oft überheizten und schlecht gelüfteten Arbeitsräumen, verbunden mit dem Schleimhautreiz des Tabakstaubes und der Tabakausdünstungen. Einer direkten Wirkung des Tabaks entstammen die zahlreichen Erkrankungen der Verdauungsorgane, da das Gift Nikotin Magensymptome wie Uebelkeit und Brechreiz auslösen kann. Häufig sind auch die Fälle von Furunkeln und Phlegmonen an den Händen. Blutarmut und Bleichsucht kommen bei allen Arbeiterinnen, die mit jungen Jahren in die Fabrik eintreten, sehr häufig vor. Auch die Neigung zu Aborten ist verstärkt. Im Jahre 1924 kam nur eine uneheliche Geburt vor, dagegen 68 Aborte. Bresler berichtet, daß Mädchen oft in Tabakfabriken Arbeit suchen sollen, um Schwangerschaftsunterbrechung zu erzielen. Auch Experimente an trächtigen Kaninchen und Meerschweinchen haben die Beobachtung bestätigt. Zahnkaries wird ebenfalls als Form der Tabakvergiftung angegeben.

Ein unmöglicher Reichsminister

Ein neuer Fall Keudell. — Beschwerde der preußischen Staatsregierung beim Reichskabinett.

Der Reichsinnenminister von Keudell hat der völkischen Studententagung vom Sonntag ein Telegramm gesandt, das eine Unterstützung der Auflehnung gegen den preußischen Unterrichtsminister bedeutet.

Herr von Keudell ist damit einer Länderregierung, die für die Staatsautorität kämpft, in den Rücken gefallen. Herr von Keudell hat als Reichsinnenminister die Pflicht, die Beziehungen zu den Ländern zu pflegen. Er erfüllt diese Pflicht Preußen gegenüber so, daß eine Zusammenarbeit überhaupt nicht mehr möglich ist.

Die preußische Staatsregierung hat sich mit diesem neuen durch Herrn von Keudell provozierten Zwischenfall beschäftigt. Sie wird in der schärfsten Form Beschwerde beim Reichskabinett führen.

Es ist selbstverständlich, daß die Aktion des Herrn von Keudell gegen Unterrichtsminister Dr. Becker von der preußischen Regierung einmütig voll Entrüstung und Empörung zurückgewiesen wird.

Die Haltung des Herrn von Keudell im Falle Badt entsprach nicht der Würde eines Reichsministers, seine Haltung in diesem Falle steht im Widerspruch zu seinen Amtspflichten. Er ist als Innenminister selbst im Bürgerblock unmöglich.

Wahlblock der Minderheitsvölker.

Für die polnische Parlamentswahl.

Warschau, 28. November.

Ueber die vollzogene Bildung des Wahlblocks der Minderheiten ist ein Kommuniqué ausgegeben worden. Die polnische Presse beurteilt diesen Schritt der Minderheiten jetzt viel ruhiger als vorher. Die jüdischen Orthodoxen werden dem Block fernbleiben. Angeschlossen haben sich außer den bürgerlichen Gruppen noch die sozialistischen Ukrainer in den Ostgebieten gleichzeitig mit den deutschen und weißrussischen sozialistischen Gruppen. Auch ein Wahlblock der polnischen Linken ist wahrscheinlich; zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS.) und der Bauernlinken (Wyzwobnje = Befreiung) ist er ziemlich sicher.

Polizeiattacke in Budapest.

Natürlich auf Arbeiter.

Budapest, 29. November.

Bei einer Demonstration von etwa 400 sozialdemokratischen Arbeitern vor dem sozialdemokratischen Organ „Nepszava" (Volksstimme) griff berittene Polizei ein. Hierbei wurden vierzehn Personen leicht und eine schwer verletzt; sie wurden in ein Spital gebracht. 35 Arbeiter wurden festgenommen und in den Abendstunden von der Polizei verhört.

Berlin gegen Schacht!

Seine Bochumer Rede wird richtiggestellt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm die sozialdemokratische Fraktion scharf gegen die Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht Stellung. Genosse Dr. Lohmann wandte sich in temperamentvoller Rede gegen das städteschädigende Vorgehen Schachts in den Fragen der Auslandsanleihen.

Oberbürgermeister Böß warf Schacht vor, daß er über Dinge rede, die er nicht verstehe.

Alle größeren Fraktionen des Hauses stimmten für den sozialdemokratischen Antrag, der vom Magistrat die Richtigstellung der Schachtschen Aeußerungen verlangt. Nur die Deutschnationalen stimmten dagegen.

Schlechte Gebisse, ja völliges Fehlen der Zähne ist bei jungen Menschen unter 20 Jahren keine Seltenheit. Auch der Kropf ist sehr häufig: unter den Arbeiterinnen bildet sein Fehlen geradezu eine Ausnahme.

Der Anblick solcher Menschenruinen als Opfer hemmungsloser Profitsucht fordert geradezu den Vergleich mit den Sklaven des Altertums heraus mit dem Ergebnis, daß deren Los ein besseres gewesen ist. Denn für ihre Herren waren sie ein Wertgegenstand, der im eigenen Interesse pfleglich behandelt wurde. Dagegen kann der heutige Arbeitgeber durch Raubbau frühzeitig aus- und abgenutzte Arbeiter leichtherzig beiseite schieben, denn auf den Platz jedes Verbrauchten warten zwei andere, denen keine Wahl bleibt. Elend und Krankheit ist gewißlich eine Lohnfrage. Aber es ist ebenso auch eine Wohnfrage, denn wir haben ja gesehen, daß, wie ein Arbeiter in einer Streikversammlung es in diesen Tagen ausdrückte, der Hund des Fabrikanten besser gebettet ist als das Kind des Arbeiters.

Deutschland ist arm an Rohstoffen. Sein größtes, wichtiges Kapitel sind aber um so mehr die Menschen, und dieses Kapital dauernd zu schwächen, zu zerstören, Raubbau an ihm zu treiben, bedeutet endlich Vernichtung der wirtschaftlichen Machtstellung unseres Volkes und was in den Elendsjahren nach dem Kriege vorübergehend sich anbahnte, daß die deutschen Betriebe, und gerade auch die tabakverarbeitenden Betriebe, sich nur noch als Zwischenmeister für ausländische Unternehmergruppen halten können, das könnte für immer eintreten. Deutschland wird Menschenökonomie treiben, oder es wird als selbständige Wirtschaftsmacht nicht sein. Für einen bloßen „Nachtwächterstaat", der nur aufpaßt, daß die Ausbeutung und Zerstörung seines wertvollen Menschenkapitals nur in den formalrechtlichen Grenzen sich vollzieht, gibt es heute auf die Dauer keine Lebensmöglichkeit mehr.

Ein seiner Pflicht bewußter Staat wird sich durch das Geschrei der in der Ausbeutung der Gesamtheit Gestörten nicht abschrecken lassen, aktiv einzugreifen, um sein wertvollstes Kapital, den arbeitenden und Werte schaffenden Menschen, zu schützen.

Kleiner Betriebsunfall.

Keine Einigkeit der Bürgerblockparteien im Hauptausschuß.

In der Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurden bei den vielen und verwickelten Abstimmungen über die Gestaltung des 3. Abschnittes des Beamtenbesoldungsgesetzes, betreffend die Regelung der Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge gerade an der entscheidenden Stelle, im § 75 des Gesetzes, **sowohl die Regierungsvorlage wie alle dazu gestellten Anträge abgelehnt.** Damit ist eine Lücke entstanden, die weittragende finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen muß. Der Zentrumsführer v. Guérard beantragte darauf, sofort den Reichsfinanzminister Dr. Köhler vor den Ausschuß zu laden, um von ihm selbst zu hören, wie er und die Reichsregierung sich zu den vom Ausschuß gefaßten Beschlüssen stellen. Dr. **Köhler**, der alsbald erschien, gab folgende Erklärung ab.

„Ich bin davon unterrichtet, daß die Vorlage der Regierung in erheblichem Umfange verändert worden ist. Es ist meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Einstufung der Pensionäre und Alipensionäre Gegenstand besonderer Sorge und Prüfung der Reichsregierung gewesen ist. Wir haben uns insbesondere dieserhalb mit dem größten Lande, mit Preußen, ins Benehmen gesetzt. Wir waren und sind bereit, den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen soweit entgegenzukommen, wie es irgendwie tragbar ist. **Ueber den gegebenen finanziellen Gesamtrahmen aber hinauszugehen, ist der Reichsregierung zurzeit nicht möglich,** weil die finanziellen Aufwendungen nicht nur für die Reichshoheitsbehörden, sondern auch für die Betriebsverwaltungen und auch für Länder und Gemeinden hier ihre Grenze finden. Ich möchte deshalb dringend betonen, daß es der Reichsregierung nicht möglich ist, über den Gesamtrahmen der Kosten hinauszugehen. Ich will entgegenkommend versuchen, mit dem Ausschuß wie bisher über Wege zu beraten, ob in diesem Gesamtrahmen einzelne Verschiebungen möglich sind. Aber ich muß mit Bestimmtheit erklären, daß dies über das finanzielle Gesamtausmaß hinaus, das der Vorlage zugrunde liegt, nicht möglich ist."

Nach dieser Erklärung des Reichsfinanzministers wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Elternrecht und Schule.

Das Antragsrecht der Erziehungsberechtigten.

Der Bildungsausschuß des Reichstages führte am Dienstag die Beratungen des § 7 des Schulgesetzes zu Ende, der insbesondere das Recht der Erziehungsberechtigten, neue Schulen zu beantragen, behandelt. Eine Anzahl sozialdemokratischer Abänderungsanträge verfielen der Ablehnung. Aber auch die Regierungsvorlage erfuhr insofern eine Aenderung, als der vierte Absatz gestrichen wurde, der den Ländern die Befugnis übertragen sollte, solchen Personen, welche die Reichsangehörigkeit nicht besitzen, das Recht zur Stellung von Anträgen zuzuerkennen. In der Schlußabstimmung erhielt der § 7 dann folgende Fassung:

„Innerhalb einer Gemeinde ist zur Stellung eines Antrages auf Einrichtung der in § 2 genannten Schulformen oder auf Umwandlung einer Schulreform in eine andere jeder deutsche Reichsangehörige berechtigt, der die Sorge für die Person eines Volksschulpflichtigen und die Volksschule besuchenden Kindes zusteht. Das Antragsrecht ruht, solange der Antragsberechtigte geschäftsunfähig oder nur beschränkt geschäftsfähig ist.

Steht Eltern die Sorge für die Person des Kindes zu, so genügt es, wenn der Antrag von einem Elternteil gestellt wird, es sei denn, daß der andere Elternteil ausdrücklich widerspricht. In diesem Falle kann die Vermittlung oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Auf dessen Verfahren findet § 2 Absatz 3 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 939) Anwendung.

Steht die Sorge für die Person des Kindes neben anderen Personen einem Vormund oder einem Pfleger zu, so gilt im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Vater oder Mutter einerseits und Vormund oder Pfleger andererseits der Grundsatz des § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung.

Das Antragsrecht kann nur in der Gemeinde ausgeübt werden, in der das Kind die Volksschule besucht. Das Antragsrecht ist unabhängig von dem Wohnort des Antragstellers.

Jeder Antrag ist schriftlich zu stellen und von dem Antragsberechtigten eigenhändig zu unterschreiben."

Die nächste Sitzung wird bereits auf 6 Uhr abends angesetzt. Es entspinnt sich eine längere Debatte über das Antragsrecht der Ausländer. Das Auswärtige Amt soll in der heutigen Sitzung Auskunft darüber geben, ob andere Staaten bei der Gründung von Schulen den Auslandsdeutschen das Antragsrecht gewähren, weil diese Feststellung für die Rechtsstellung der Ausländer im deutschen Schulgesetz von Wichtigkeit ist.

Die Justiz in Zahlen.

Arbeiter als Geschworene und Schöffen.

Der „Amtliche preußische Pressedienst" teilt Zahlen aus der Justizverwaltung mit, die interessante Einblicke gewähren.

Die Beteiligung der Arbeiter an den zum Schöffen- oder Geschworenenamt ausgewählten Personen stellt sich prozentual folgendermaßen im Geschäftsjahr 1927:

Geschworene: Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg 8,45 Prozent, Oberlandesgerichtsbezirk Hamm 31,02 Prozent, im übrigen schwankend zwischen 10,59 Prozent im Kammergerichtsbezirk und 19,27 Prozent im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M.

(Schöffen bei Strafkammern schwankend zwischen 16,21 Prozent (Oberlandesgerichtsbezirk Breslau) und 36,98 Prozent (Oberlandesgerichtsbezirk Hamm).

Schöffen bei Schöffengerichten schwankend zwischen 16,6 Prozent (Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg) und 35,78 Prozent (Oberlandesgerichtsbezirk Hamm).

Der Anteil der Arbeiter entspricht also nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung!

Die Meineidsjustiz.

Im Jahre 1925 sind in Preußen Strafverfahren wegen Eidesverletzungen jeder Art (also auch wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen, fahrlässigen Falscheides, Verleitung zum Meineid usw.) eingeleitet worden gegen 25 619 Personen.

Die Staatsanwaltschaft hat eingestellt in	17 397	Fällen
Außer Verfolgung gesetzt durch Gerichtsbeschluß ist in	2 729	„
Auf andere Weise sind die Verfahren erledigt (Tod, Amnestie und dergl.) in	3 637	„
Durch Urteil sind erledigt	1 766	„
Davon ist Verurteilung erfolgt in	1 056	„
Freisprechung in	710	„
Die Erledigung hat bei Aufstellung der Statistik noch ausgestanden in	90	„

Die Preußenamnestie.

Die aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten in Preußen ausgesprochenen Gnadenerweise haben inzwischen die Zahl 8500 überschritten.

Das Strafgesetz und die Entgleisten.

Gefängnis oder soziale Maßnahmen?

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages setzte gestern seine Beratungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Abg. **Kahl** unter allgemeinem Beifall des Ausschusses mit, **daß er Bürgermeister Seitz die herzlichsten Wünsche des Ausschusses, dessen Mitglieder erst kürzlich in Wien die Gäste des Bürgermeisters gewesen sind, übermittelt habe.**

Alsdann wurde die Beratung des § 57 fortgesetzt, der die Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt oder in eine Entziehungsanstalt betrifft. Genosse Dr. **Moses** wies darauf hin, daß der Morphinismus und der Kokainismus in letzter Zeit einen großen Umfang angenommen hätten. Die schädlichen Wirkungen des Morphiums und des Kokains seien kaum geringer als die des Alkohols. Es sei notwendig, Personen, die solche berauschenden Mittel zu sich nehmen, in Heilanstalten unterzubringen. Genosse **Sollmann** hob die große Bedeutung der Trinkerheilanstalten hervor und begrüßte das Gesetz, das eine Wohltat für die Familien der Trunksüchtigen bedeute. Er verlangte nur eine Erweiterung der jetzigen Bestimmungen. Genosse **Landsberg** wies auf die Unmöglichkeit hin, jemanden mit Gefängnis zu bestrafen, der unter der Wirkung des Alkohols, den er gewohnheitsmäßig zu sich nehme, eine Strafat begangen habe. Man müsse allerdings berücksichtigen, daß die Unterbringung in eine Anstalt eine einschneidende Maßnahme sei, die nur dann getroffen werden dürfe, wenn eine Heilung noch möglich sei. Ministerialdirektor **Dunke** stimmte den sozialdemokratischen Rednern im allgemeinen zu.

Bei der Abstimmung wurde sowohl ein sozialdemokratischer Antrag, der die Unterbringung in Trinkerheilanstalten erleichtern soll, wie auch ein weiterer Antrag, der das Anhören eines Facharztes vor der Unterbringung fordert, angenommen. Infolge dieser auf sozialdemokratischen Antrag erfolgten Verbesserung des § 57 stimmten Deutschnationale, Zentrum und Wirtschaftspartei gegen den ganzen Paragraphen, der mit den 13 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen und Bayerischen Volkspartei angenommen wurde.

Der Ausschuß wandte sich dann der Beratung des § 58 zu, der die Unterbringung in einem Arbeitshaus für zulässig erklärt, wenn jemand wegen Bettelns, wegen Anschickens zum Betteln, wegen Landstreichens oder wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestraft ist. Genosse **Rosenfeld** beantragte, zunächst allgemein die Frage zu besprechen, ob in solchen Fällen überhaupt Gefängnisstrafe zulässig sein soll. Es gehe nicht an, Menschen mit Gefängnis zu bestrafen, die in ihrer Not solche Delikte begangen hätten. Der Ausschuß beschloß demgemäß, zunächst eine allgemeine Beratung dieser Frage stattfinden zu lassen.

In dieser Beratung vertrat die Genossin **Pfülf** die sozialdemokratische Auffassung, nach welcher Menschen, die sich in den Produktionsprozeß nicht mehr einordnen können oder wieder herausgeschleudert werden, weil ihnen die Kraft zum Arbeiten fehlt, nicht mit Gefängnis bestraft werden dürfen. Wer dem Verhungern nahe sei, werde betteln, wenn er nicht stehle. Das Strafgesetz sei kein Mittel, der Bettelei entgegenzutreten.

Genosse **Sollmann** kritisierte die Strafbestimmung, nach welcher mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden solle, wer gewohnheitsmäßig zum Erwerbe Unzucht treibe und diesem Erwerbe in der Nähe von Kirchen oder Schulen oder anderen zum Besuche durch Kinder und Jugendliche bestimmten Oertlichkeiten nachgehe. Diese Bestimmung sei undurchführbar insbesondere z. B. auch in Köln, wo man in der Altstadt nicht weit gehen könne, ohne auf eine Kirche oder Kapelle zu stoßen. (Heiterkeit.) Man solle endlich sozialen Nöten, die sie zum Betteln führten, mit sozialen Maßnahmen entgegenarbeiten und von Strafbestimmungen absehen. Die Weiterberatung wurde alsdann auf morgen vertagt.

Joffes Selbstmord.

Die GPU. hat seine Papiere beschlagnahmt. — Ein Brief an Trotzki.

Joffes Selbstmord unmittelbar nach dem Ausschluß von Trotzki und Sinowjew mußte den Eindruck erwecken, daß er in Verbindung mit den Kämpfen innerhalb der Kommunistischen Partei stehe. Die offizielle Sowjetpresse hatte sich deshalb beeilt, eine Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu veröffentlichen, die als Ursache des Selbstmords Joffes Nervenkrankheit bezeichnete.

Bei den strengen Zensurverhältnissen, die in Rußland herrschen, war man selbstverständlich allein auf Vermutungen angewiesen. Im höchsten Grade verdächtig schien es aber, **daß die Reden Rakowskis, Sinowjews und Trotzkis** bei der Beerdigung — letzterer galt als Joffes bester Freund — **gleichfalls von der Zensur unterdrückt wurden.** Nun erfährt man aber von dem Berichterstatter der französischen Zeitung „Paris Matinal", Bernard Lecache, der sich augenblicklich in Moskau aufhält, sensationelle Einzelheiten sowohl über die Motive des Joffeschen Selbstmordes als auch über die Vorgänge bei seiner Beerdigung.

Joffe habe, heißt es da, einige Tage vor seinem Tode an Trotzki einen Brief gerichtet, in dem er u. a. sagt, daß er der Kommunistischen Partei die letzte Warnung zukommen lassen wolle. Er gibt darin seinem Bedauern über die Zwistigkeiten innerhalb der Kommunistischen Partei Ausdruck und fordert die Kommunisten auf, sich der revolutionären Führung Trotzkis anzuvertrauen. Da er — so schreibt er in diesem Briefe — nicht mehr die Möglichkeit habe, der Kommunistischen Partei mit seinem Leben zu dienen, so hoffe er wenigstens, durch seinen Tod ihr zu nutzen.

Dieser Brief ist nicht in Trotzkis Hände gelangt, da er von der GPU. und dem Zentralkomitee beschlagnahmt wurde.

Sein Inhalt ist jedoch in Moskau bekanntgeworden.

Interessantes erzählt Lacache auch über **die Beerdigung Joffes.** Es hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die in der Hauptsache aus Mitgliedern der Opposition, etwa 3000 an der Zahl, bestand. Die Miliz versuchte zwar, den Zutritt zum Friedhof zu verweigern, mußte jedoch dem Ansturm der Menge schließlich nachgeben. Aus der Rede Trotzkis fand besonderen Beifall sein Schwur, bis zuletzt im Namen Marx' und Lenins zu kämpfen. Nicht geringeren Beifall erntete **Rakowski,** als er die Menge aufforderte, Joffe sowohl im Leben wie im Tode nachzueifern. Alle drei Oppositionsführer wurden schließlich von der Menge auf den Händen aus dem Friedhof getragen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Wie eng Joffe mit der Opposition verbunden war, erfährt man aus der Rede Jaroslawskis auf der 16. Moskauer Parteikonferenz. Es heißt da, daß man in den Papieren Joffes, die nach seinem Tode vom Zentralkomitee und von dem Kommissariat für äußere Angelegenheiten versiegelt wurden, die Statuten eines „Roten Kreuzes" gefunden habe mit der Ueberschrift:

Die Hilfe für die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Opposition verfolgten und geschädigten Genossen wie deren Familien.

Diese Statuten, die sechs Paragraphen enthielten, sehen die Gründung einer zentralen Organisation mit Unterabteilungen über ganz Sowjetrußland vor. Die Mittel sollten durch entsprechenden prozentualen Abzug vom Einkommen aufgebracht werden; ferner durch Sammlungen, Veranstaltungen von Vorträgen und dergleichen mehr. Die Hilfe sollte Oppositionellen, die ihrer Arbeit verlustig gegangen oder der Verhaftung anheimgefallen sind, zuteil werden. Die Organisation war streng geheimzuhalten. Also eine „Rote Hilfe" für die Opfer der RKP.!

Diese Statuten befanden sich unter den Papieren Joffes in mehreren Exemplaren. Man darf wohl sagen, daß die oppositionelle Gruppe eine gewisse Weitsichtigkeit offenbart hat. Berücksichtigt man, daß augenblicklich in Moskau bereits ein „Politisches Rotes Kreuz" existiert, das gewissermaßen die Fortsetzung des illegalen Politischen Roten Kreuzes zur Zeit des Zarismus darstellt und zur Aufgabe hat, den jetzigen politischen Opfern des bolschewistischen Terrors materielle und moralische Hilfe zu leisten, so entbehrt die Tatsache der Gründung eines zweiten illegalen politischen „Roten Kreuzes" durch die Oppositionellen nicht einer gewissen Pikanterie. Die Oppositionellen gehen eben den Weg aller Sterblichen in Rußland, nämlich den Weg in die Gefängnisse der GPU.

Die ungarische Rentenfälschung.

Senator Reynald unter Verdacht.

Paris, 29. November.

Senator Rechtsanwalt Reynald, dessen Name im Zusammenhang mit der ungarischen Rentenfälschungsaffäre wiederholt genannt wurde, und der von den heutigen Morgenblättern verdächtigt wurde, unter dem Schutze seines Diplomatenpasses mit falschen Stempeln versehene Wertpapiere von Wien nach Frankreich geschmuggelt zu haben, erklärt dem „Paris Soir", er sei seit drei oder vier Jahren nicht mehr in Wien gewesen. Er habe in dieser Zeit Frankreich nur zu Vortragsreisen in Deutschland oder Belgien verlassen. Der „Paris Midi" teilt mit, dem Untersuchungsrichter sei das Ergebnis der in Wien geführten Nachforschungen noch nicht bekannt. Er könne gegen die Unterzeichner oder die Urheber des dort aufgefundenen Vertrages keine Entscheidung treffen, solange er nicht im Besitze einer beglaubigten Abschrift oder einer Photographie sei. Diesen Vertrag, der die Beteiligten vor strafrechtlicher Verfolgung schützen sollte, hat Reynald entworfen und, wie es heißt, sogar eigenhändig geschrieben: daher wohl der Wunsch des Untersuchungsrichters nach einer Photographie! Die „Liberté verzeichnet ein Gerücht, daß der Senat sich demnächst mit einem Antrage auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität Reynalds zu befassen haben werde.

Erkrankung des Genossen Silberschmidt. In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses teilte der Vorsitzende, Abgeordneter Bortschot (Dem.) mit, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Silberschmidt am Montag einen Schlaganfall erlitten habe.

Heydebrands sel. Erben.

Sie melden sich ...

Die „Kreuz-Zeitung", das konservative Organ der Deutschnationalen Partei, teilt ihren Lesern mit stolzgeschwellter Brust mit, daß der „Vorwärts" den Konservativen „einen ganzen Leitartikel" gewidmet hat, womit bewiesen sei, daß wir „eine gehörige Portion von Angst" vor ihnen hätten. Wie groß muß da erst die Angst der „Kreuz-Zeitung" vor der Sozialdemokratie sein, der sie alle paar Tage mal „einen ganzen Leitartikel" widmet! Den Ausführungen des Genossen Wendel hat sie nichts weiter entgegenzusetzen als folgendes:

Die Angriffe im einzelnen zu widerlegen, erübrigt sich. Sie können uns nur ehren, daß aber das, was die Konservativen vor dem Kriege gesagt und getan haben, durchaus richtig und zum Nutzen des Vaterlandes war, das hat ja die Revolution und die Zeit nach ihr zur Genüge bewiesen. **Denn hätte man im Sinne der Konservativen die Autorität der Krone gestärkt, anstatt sie immer mehr dem Parlamentarismus zu überantworten, dann wäre Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrt geblieben.**

Man steht vor dieser Offenbarung erschüttert! Daran, daß wir in einen Weltkrieg hineingeschlittert sind und ihn verloren haben, hatte nur der alte kaiserliche Reichstag schuld! Hätte man alles der Weisheit Wilhelms II. überlassen, dann hätten wir entweder überhaupt keinen Krieg gehabt oder glänzend gesiegt!

Dies aber ist die Moral von der Geschichte:

Die Deutschnationalen sollten aus diesem Wahlartikel den einzigen logischen Schluß ziehen, daß sie am wirkungsvollsten den Marxismus durch konservative Politik bekämpfen. Sähen die Sozialdemokraten in den Konservativen nicht ihre stärksten Gegner, so würden sie nicht die Deutschnationalen als ihre Nachfolger bezeichnen.

Für die Konservativen wurden bei den Reichstagswahlen 1893—1912 durchschnittlich rund eine Million Stimmen abgegeben. Bei dem heutigen Wahlrecht — Frauenwahlrecht und Proporz — würde das einen Besitzstand von etwa 34 Mandaten ergeben. So beliebt im deutschen Volke waren die Konservativen zur Kaiserzeit!

Die Bezeichnung der Deutschnationalen als Nachfolger der Konservativen stammt — wie außer der „Kreuz-Zeitung" ein jeder weiß — nicht von uns, sondern vom Grafen Westarp. Seine Deklaration hat uns aufrichtig gefreut, weil sie dem Schwindel, als ob die Deutschnationalen etwas anderes seien als die alten Konservativen, ein Ende macht. Die Deutschnationalen werden die Stimmen, die sie diesem Schwindel verdanken, wieder abgeben müssen, wenn das Volk sie als Nachfolger der Konservativen erkennt und sie so behandelt, wie Heydebrands sel. Erben behandelt zu werden verdienen.

Die Härten im Wohnungsrecht.

Der Bürgerblock lehnt Milderungen ab.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags spielte sich der Kampf um die sozialere Gestaltung des Wohnrechts in einer Reihe von Teilfragen ab. Trotz der großen Härten, die die bisherige Praxis der Rechtsprechung bei unterlassener Mietzahlung brachte, lehnte der Rechtsblock alle von der Sozialdemokratie geforderten Verbesserungen ab. Dabei konnten die sozialdemokratischen Vertreter auch darauf hinweisen, welche katastrophalen Folgen die Bestimmung hat, die die Räumung der Wohnung bei einem Mietrückstand erlaubt und bei einem Verschulden des Mieters sogar die Zuweisung eines Ersatzraumes zu verweigern gestattet. In Bonn mit seinen 92 000 Einwohnern sind seit Oktober 1925 infolge dieser Bestimmung 755 Räumungsurteile ergangen, von denen 492 vollstreckt wurden. **Sechzig bis siebzig Familien sind in dieser Stadt ständig obdachlos,** dabei harren noch 240 Räumungsurteile der Vollstreckung. Die Stadt muß für die herausgesetzten Mieter 5000 M. monatlich Kosten aufbringen. In anderen Großstädten mag das noch viel schlimmer sein. Trotzdem lehnte der Rechtsblock eine Aenderung der Bestimmung in sozialem Sinne ab.

Weiter gab es scharfe Auseinandersetzungen über die Bewirtschaftung der gewerblichen Räume, deren Lockerung zahlreiche Gewerbetreibende um ihre Existenz gebracht, andere durch die Mietensteigerung schwer bedroht hat. Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums sprach sich über diesen Erfolg sogar noch befriedigt aus. Genosse Lipinski bewies, daß das Gegenteil richtig wäre; der Innungsobermeister Päth schloß sich seiner Kritik an, stimmte aber dann gegen die von der Sozialdemokratie verlangten Abänderungen, die den notleidenden Gewerbetreibenden helfen sollen. Eine Verschlechterung bewirkten die Bürgerblockparteien durch die Streichung des Satzes im § 4 des Mieterschutzgesetzes, der die gewerblichen Mieter vor den Inflationsgewinnern schützen wollte. Jetzt soll der Vermieter das Recht haben, den Inhaber zu kündigen, wenn er den gewerblichen Raum aus beruflichen Gründen dringend braucht.

Ein sozialdemokratischer Antrag wollte die bildenden Künstler schützen, die durch die Freigabe der gewerblichen Räume schwer betroffen worden sind. **So wurde ohne jeden Grund einem Künstler gekündigt und auf Räumung erkannt, der vier Jahre lang an dem Entwurf eines Monumentalwerks gearbeitet und es in Ton geformt, aber nicht vollendet hat.** Der Bürgerblock hat für diese Gefährdung kultureller Güter trotz vieler schöner Worte nicht das geringste Verständnis und lehnte daher den sozialdemokratischen Antrag ab, der in solchen Fällen das Räumungsrecht beseitigen wollte. Ebenso verweigerten die Parteien des Hausbesitzes den gekündigten Mietern eine Verlängerung der Räumungsfrist, wenn dies ohne Schaden der Vermieter möglich ist.

Sowohl die Wohnungsmiete wie Mieter gewerblicher Räume werden hoffentlich aus diesem rücksichtslosen Eintreten der Rechtsblockparteien gegen die dringendsten Interessen der Mieter lernen.

Der unverstandene Schacht.

Eine neue Rede des Reichsbankpräsidenten.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat endlich auf die scharfe Kritik erwidert, die ihm fast in der gesamten Presse mit Ausnahme einiger völkischer und deutschnationaler Blätter zuteil geworden ist. Als Forum suchte er sich dafür die Tagung des Wirtschaftlichen Ausschusses des Hansabundes aus. Die Gelegenheit war nicht schlecht gewählt. Hatte doch der Präsident des Hansabundes vor gar nicht langer Zeit die unglaubliche Forderung aufgestellt, Reich, Länder und Gemeinden sollten ihre wirtschaftlichen Betriebe an die Privatindustrie verhökern, damit die Wirtschaft für einige Jahre weniger Steuern zu zahlen brauche! Schacht, der seinen Kampf gegen die Gemeindeanleihen nur gegen die öffentliche Wirtschaft führt, konnte mit Recht glauben, daß er in dieser Versammlung ohne allzu große Mühe mit seinen Auffassungen Lorbeeren ernten würde.

Darauf waren auch seine Ausführungen zugeschnitten. Jedenfalls wollte der Reichsbankpräsident die Lorbeeren sich nicht allzu teuer erkaufen. Deswegen stellte er nicht einen einzigen der von ihm erhobenen und sachlich längst widerlegten Vorwürfe gegen die Gemeinden unter Beweis, sondern er markierte die „unverstandene Frau". Die Presse habe lediglich Sensationsberichterstattung getrieben. Die Reichsbank habe immer gewarnt, doch habe sich niemals jemand um sie gekümmert. Es bedürfe daher energischer Reden, um auch den Willen zur Tat zu wecken. Auf den einheitlichen geschlossenen Willen des ganzen Volkes käme es dabei an, das deutsche Volk und das Deutsche Reich dürfe nicht bankrott werden.

Es ist nun merkwürdig, daß niemand bisher von einem solchen Bankerott geredet hat, außer dem Reichsbankpräsidenten selber, und auf dessen Angaben hin höchstens der Reparationsagent, der übrigens auch seine Kritik nicht in derart scharfe Worte gekleidet hat. Es ist schlimm um die Sache Schacht bestellt, wenn er mit solchen allgemeinen Redensarten den Schaden zu vertuschen sucht, den er durch seine Politik dem deutschen Kredit im Auslande und besonders den deutschen Gemeinden zugefügt hat. Nur wird niemand seinen Beteuerungen und seinen pathetischen Aufrufen zur Einheit des deutschen Volkes Gehör schenken, der nicht ebenso wie Schacht von einem fanatischen Willen zur Bekämpfung der Gemeindewirtschaft geleitet ist und darüber alle sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden vergißt.

Die halbierten Deutschnationalen.

Bei den Braunschweiger Wahlen verloren die Deutschnationalen die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate.

„Donnerwetter, schon wieder halbiert! Aber diesmal werden die Hälften nicht wieder zusammenwachsen wie nach der Dawes-Abstimmung!"

Für Eingemeindung von Gutsbezirken.

Forderungen des Reichsstädtebundes.

Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes, der die Mehrzahl der kleineren Städte vertritt, erhebt einstimmig die Forderung, daß in der neuen Landgemeindeordnung die Bestimmungen über Auflösung der Gutsbezirke so gestaltet werden, daß die seit Jahren notwendige Eingemeindung der Gutsbezirke in mittlere und kleine Städte, mit denen sie in Gemengelage oder durch unmittelbare Nachbarschaft verbunden sind, ohne Schwierigkeit und schnellstens ermöglicht wird.

Steuergeschenke an den Hausbesitz.

Alle 5 Minuten zweitausend Mark.

Der Hausbesitz ist von jeher das Lieblingskind der deutschen Finanzminister und der Mieter das Stiefkind des Hausbesitzes und seiner hachmögenden Parteien.

Von der preußischen Hauszinssteuer ist allgemein bekannt, daß sie den Hausbesitz bei weitem nicht entsprechend seinem wirklichen Einkommen besteuert, sondern ihm erhebliche Extragewinne läßt. Ihre Erhebung ist etwas kompliziert. Sie erfolgt in der Form, daß angenommen wird, einem bestimmten Betrag des Grundvermögensteuerwerts entspräche eine Jahresmiete von bestimmter Höhe; und zwar wurde das Verhältnis zwischen beiden Steuern — Grundvermögens- und Hauszinssteuer — so hergestellt, daß man annahm, die Grundstücke hätten einen Mietertrag von 6 Proz., und daß man auf dieser Grundlage immer für je 4 Proz. der Friedensmiete, die als Hauszinssteuer an den Staat abzuführen sind, 100 Proz. der Grundvermögensteuer erhebt. Heute, wo der Normalsatz der Hauszinssteuer in Preußen 48 Proz. der Miete beträgt, werden also im Regelfall zu ihrer Abgeltung 48 × 100 : 4 = 1200 Proz. Grundvermögensteuer als Hauszinssteuer gezahlt. Bei einem Haus mit einem Grundvermögensteuerwert von 100 000 M. sind 2,40 M. 1 Proz. der Grundvermögensteuer, also 1200 × 2,40 = 2880 M. jährlich der zu zahlende Betrag der Hauszinssteuer. Nimmt man die Friedensmiete dieses Hauses mit 6 Proz. des Grundvermögensteuerwerts an, so beträgt die Miete 6000 M. und demnach die Hauszinssteuer von 48 Proz. der Friedensmiete = 2880 M. Wenn die Friedensmiete also tatsächlich genau 6 Proz. des Grundvermögensteuerwerts ausmacht, so wird auf dem Wege über die Berechnung der Hauszinssteuer nach dem Grundvermögensteuerwert an sich korrekt verfahren.

Wenn jedoch die Friedensmiete nicht 6 Proz. des Grundvermögensteuerwerts ausmacht, sondern 7 Proz., so bleibt die Hauszinssteuerzahlung unverändert, soweit sie von dem Hausbesitzer gezahlt wird. Die Mieter zahlen ihm aber zur Abgeltung seiner Steuerlast nicht 2880 M. jährlich, sondern in diesem Fall 48 Proz. der wirklichen Friedensmiete von 7000 M., d. h. 3360 M.

Dem Hausbesitzer verbleiben dann also 480 M., von denen der harmlose Mieter meint, der Staat erhielte sie.

Als man diese Regelung schuf, glaubte man wohl ernsthaft, daß auf diese Weise eine angemessene Besteuerung des Hausbesitzes sich ergebe. Man nahm damals wohl an, daß wirklich 6 Proz. im allgemeinen das Verhältnis der Friedensmiete zum Grundvermögensteuerwert ausdrücke. Inzwischen aber zeigte sich, daß das Aufkommen aus der Hauszinssteuer nicht die Höhe erreichte, die man nach den ja ungefähr bekannten im Frieden üblich gewesenen Mieten hätte erwarten müssen. Man wurde also gegenüber dem Satz von 6 Proz. etwas mißtrauisch.

Dieses Mißtrauen ist gerechtfertigt. Der Kieler Magistrat untersuchte die Angelegenheit in Kiel. Für 412 Häuser ermittelte er den Grundvermögensteuerwert und die tatsächliche Friedensmiete. Diese betrug rund 2,4 Millionen Mark, jener fast 31 Millionen Mark. Die Miete betrug im **Durchschnitt 7,8 Proz. des Grundvermögensteuerwerts.**

Die Mieter in den 412 Häusern zahlten über 25 Proz. mehr an den Hausbesitz für die Hauszinssteuer, als dieser selbst an den Staat abzuführen hatte.

In den 412 Häusern betrug der Ueberschuß des Hausbesitzes aus dieser Quelle rund eine Viertelmillion Mark jährlich. Da es in Kiel im ganzen über 6000 Mietshäuser gleicher Art gibt, darf man also ruhig annehmen, daß die Mieter in der Stadt Kiel jährlich rund **17 Millionen Mark an Hauszinssteuer zahlen, von denen die Hausbesitzer noch nicht 13,5 Millionen Mark an den preußischen Staat abführen, über 3,5 Millionen Mark aber in die eigene Tasche fließen lassen — und zwar nach Recht und Gesetz!**

Weitere Untersuchungen in 11 preußischen Großstädten zeigen ein ähnliches Bild.

Es sind die Städte Berlin, Breslau, Essen, Düsseldorf, Magdeburg, Duisburg, Stettin, Kiel Halle, Barmen und Altona mit zusammen rund 7,1 Millionen Einwohnern. In diesen 11 Städten betrug die auf diese Weise an den Hausbesitzer von den Mietern zuviel beziehungsweise von den Hausbesitzern an den preußischen Staat zu wenig gezahlte Hauszinssteuer **mindestens rund 145 Millionen Mark jährlich,** d. h. in sämtlichen preußischen Großstädten mit einer Einwohnerzahl von über 11 Millionen wahrscheinlich **rund 230 Millionen Mark jährlich,** also über 20 Proz. des ganzen preußischen Hauszinssteueraufkommens.

Dieses Steuerunrecht ist auf die Dauer unerträglich. Rund 10 Proz. Friedensmiete werden auf diese Weise dem Hausbesitz zugeleitet, auf die der Staat ein Anrecht hat, wenn er es nur gebührend geltend macht. Daher ist

eine Reform der Steuer erforderlich.

Grundsätzlich soll bekanntlich eine Reform der Hauszinssteuer von Reichswegen geschehen. Bis jedoch diese Reform durchgeführt ist, bis das Gesetz nicht nur angenommen, sondern auch die nicht ganz einfachen verwaltungstechnischen Voraussetzungen für die Erhebung der neuen Hauszinssteuer geschaffen sind, vergeht sicherlich noch sehr viel Zeit, und jeder Tag, der bis dahin verstreicht, kostet dem preußischen Staat mindestens eine Dreiviertelmillion.

In je 5 Minuten des Jahres verlieren die preußischen Steuerzahler durch ihre eigene unvollkommene Gesetzgebung über 2000 Mark.

Das Ziel der deutschen Finanzpolitik muß sein, durch Verwaltungsreform und gerechte Ausschöpfung der gegenwärtigen Steuerquellen Wege zur Steuersenkung zu finden. Das ist das Programm, das vor kurzem der Staatssekretär im Finanzministerium des Reiches, Professor Dr. Popitz, aufgestellt hat. Hier gibt es nützliche Arbeit für ihn.

Ein ganz kurzes und einfaches Reichsgesetz, das den Ländern die Erhebung der Hauszinssteuer nach der Friedensmiete, wie sie wirklich ist, vorschreibt, würde genügen, um

Preußen und den preußischen Gemeinden eine Mehreinnahme von fast einer Viertelmilliarde jährlich

zu verschaffen. Wenn die Hälfte davon für den Wohnungsbau verwandt wird, so können damit jährlich Wohnungen für Zehntausende gebaut werden. Die andere Hälfte aber wäre mehr als ausreichend, um das Defizit des preußischen Etats zu decken und auch den Gemeinden für ihre dringenden Finanzbedürfnisse neue Mittel zuzuführen. Wird der Herr Staatssekretär zu seinem Worte stehen und dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen?

Die Zigarrenarbeiter-Aussperrung.

Ein Schulbeispiel für die Unorganisierten.

Wie jedes Ding seine zwei Seiten hat, so auch die Generalaussperrung der Zigarrenarbeiterschaft. Die Unorganisierten stehen vor der Frage, warum denn auch sie, die doch „zufrieden" waren, mit ausgesperrt wurden. Dem christlichen Tabakarbeiterverband wurde seine gänzliche Unschuld an den Vorgängen, die nach Angaben der Scharfmacher im Reichsverbande der Zigarrenhersteller zu der Aussperrung führten, von diesem Reichsverband ausdrücklich bescheinigt. Dennoch wurden seine Mitglieder mit ausgesperrt. So wird sich denn auch mancher christlich organisierte Tabakarbeiter fragen, wieso es kommt, daß er mit an freiwilliger Arbeit verhindert, ein paar Wochen vor Weihnachten, vor dem Fest der Liebe, ebenfalls ausgesperrt wurde, obwohl er nichts gefordert hatte. Die Unternehmer kennen eben

keine konfessionellen Unterschiede

in wirtschaftlichen Dingen, weder in ihren einenen Interessenvereinigungen noch bei den Verbänden der Arbeiter. Und wenn es zu einer Aussperrung kommt, werden die Unorganisierten samt den Gewerkschaftsmitgliedern ausgesperrt.

Unorganisiert war für die Organisierten gleichbedeutend mit gleichgültig und unwissend. Die Unorganisierten mußten nur aufgerüttelt und aufgeklärt werden, um sie ihrer Organisation zuzuführen. Diesen Indifferenten, die es auch heute noch in großer Zahl gibt, müssen die Lehren der Zigarrenarbeiteraussperrung erst verdolmetscht werden, bevor sie sie recht begreifen können.

Neben diesen indifferenten Unorganisierten hat sich mit der Zeit eine besondere Spezies herausgebildet, der Unorganisierte „aus Prinzip", der vielfach „auch schon einmal organisiert" war, sich aber nicht als ein guter Kamerad erwiesen hat. Der „prinzipiell" Unorganisierte,

der Unorganisierte aus Berechnung,

hält sich seiner Organisation absichtlich fern, weil er sich weit klüger dünkt als alle Organisierten zusammen. Er spekuliert darauf, daß er als Unorganisierter nicht nur das Geld für die Verbandsbeiträge spart, sondern sich auch der Gefahrenzone in den Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital möglichst weit fernhalten kann, so daß er bei Wirtschaftskrisen, Abbau, Stillegung oder durch Streik so leicht nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Errungenschaften der Organisation in Gestalt von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung oder sonstiger Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses kämen ihm überdies ohnehin zugute. Nun, jede Aussperrung zeigt solchen Schmarotzern, daß ihre Berechnung sich am Ende als falsch erweist und bei einer Aussperrung sie die Dummen sind und nicht die Organisierten.

Rein gefühlsmäßig wird man den unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen unter der Tabakarbeiterschaft besondere Armut zugute halten, die es außerordentlich schwer macht, Verbandsbeiträge zu zahlen. Und dennoch wird man auch ihnen sagen müssen, daß sie recht töricht handeln, wenn sie ihrer Arbeitskraft den notwendigen Schutz durch ihre Organisation versagen.

Sie werden nicht satt, trotzdem sie den Beitrag „sparen".

Wir sagen ihnen: „Eben deshalb, weil ihr den Beitrag „spart" steckt ihr im Elend und kommt nicht heraus. Und für wen spart ihr den Beitrag zum Verband? Etwa für euch? Nein, ihr erspart ihn dem Fabrikanten, der euch so schlecht bezahlt, weil ihr unorganisiert seid, weil ihr durch euer einfältiges Verhalten auch die Organisation schwächt, sie an der gehörigen Kraftentfaltung hindert. Allgemein gesprochen kann behauptet werden, überall da, **wo die Organisation am schwächsten ist, ist der Lohn am niedrigsten,** dort aber, wo die Organisation am stärksten ist, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen am günstigsten."

Dem wirtschaftlichen Zwange zur gewerkschaftlichen Organisation kann sich heute kein Arbeiter, keine Arbeiterin mehr entziehen, ohne sich selber zu schädigen und die Gesamtheit der Arbeiterbewegung. Die Lehre dieser Aussperrung ist nicht nur für den noch unorganisierten Teil der Zigarrenarbeiterschaft nützlich. Sie darf deshalb nicht unbeachtet bleiben, muß vielmehr

allen Unorganisierten recht deutlich vor Augen geführt werden.

Auch die noch weniger fest überzeugten Gewerkschaftsmitglieder können bei näherer Betrachtung dieser Aussperrung in ihrem Solidaritätsbegriff gefestigt, in ihrer Organisationstreue bestärkt werden.

Der Reichsverband der Zigarrenhersteller bietet der deutschen Arbeiterschaft durch seine Aussperrung einen so klaren Anschauungsunterricht, daß er auch dem Einfältigsten einprägsam ist. Müssen die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Gesamtzahl schon einmal die Opfer dieser Aussperrung mittragen, dann dürfen sie sich auch den Vorteil nicht entgehen lassen, den sie ihnen bietet zur Heranziehung der Unorganisierten.

Der Eisenbahnerkampf in Sachsen.

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands schreibt uns:

Die Reichsbahndirektion hat sich bis jetzt noch nicht zu unseren tatsächlichen Angaben geäußert. Es wird ihr auch unmöglich sein, die an und für sich bedauerlichen Tatsachen abzustreiten, zumal der Reichsbahndirektionspräsident Kluge persönlich das unvorschriftsmäßige Verhalten der örtlichen Werkleitung zugeben mußte.

Trotzdem ging die Reichsbahnverwaltung jetzt soweit, die von der Leitung des Solidaritätsstreiks angebotene Ausführung der Notstandsarbeiten brüsk abzulehnen. Dabei handelt es sich um den für die gesamte Bevölkerung so äußerst wichtigen Unfalldienst, zu dem in der Regel eingearbeitete Leute zur Verwendung kommen.

Aus dieser Haltung der Verwaltung der Reichsbahn ist deutlich zu erkennen, wohin sie steuern will. Die gesamte Bevölkerung wird ermessen können, wie schwer es bei einer derartigen unverständlichen Einstellung der Reichsbahnstellen möglich sein wird, zu einer vernünftigen Lösung des Konflikts ohne vorherige größere Spannungen zu kommen.

Die Güterbodenarbeiterkonferenz in Riesa am vergangenen Sonntag, zu der die verantwortlichen Funktionäre dieser gerade jetzt so äußerst wichtigen Bedienstetengruppe aus ganz Sachsen erschienen waren, hat einmütig nachstehende Entschließung angenommen:

„Die Stellungnahme der Reichsbahndirektion Dresden gegenüber den Vorgängen im RAW. Dresden-Fr., insbesondere die Maßregelung zweier Kollegen, zwangen die Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Dresden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, in einer besonderen Versammlung zu diesen Vorkommnissen Stellung zu nehmen und mit großer Mehrheit den Streik zu beschließen.

Die am Sonntag, dem 27. November, in Riesa zu einer Konferenz versammelten Funktionäre der Güterbodenarbeiter Sachsens sprechen den Dresdener Kollegen ihre volle Sympathie aus und erklären, daß sie gewillt sind, den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, nötigenfalls auch aktiv, zu unterstützen."

Die verantwortlichen Reichsbahnstellen haben — besonders deshalb, weil sie nicht schuldlos an dem Streik sind — die ernste Aufgabe, die weitere Entwicklung nicht zu unterschätzen.

In Chemnitz sind nach amtlicher Meldung im Rangierdienst auch bereits 11 000 Restsachen entstanden, obwohl diese Arbeitergruppe vorläufig noch nicht aktiv in die Bewegung eingetreten ist.

Es ist völlig abwegig, wenn die zuständigen Reichsbahnstellen annehmen, die berechtigte Solidaritätsaktion ließe sich in eine willkürliche Aussperrung umwandeln. Wenn man schuldig ist, soll man nicht noch mehr verschulden.

Einigungsverhandlungen.

Dresden, 29. November.

Die Streiklage im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt ist unverändert. Ein Uebergreifen der Bewegung, von der etwa 1300 Güterarbeiter betroffen werden, auf andere Reichsbahnbetriebe ist bisher nicht erfolgt. Gegenwärtig finden in der Reichsbahndirektion Einigungsverhandlungen statt, die noch nicht abgeschlossen sind.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen über die Wahlen zur Angestelltenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 45 Wahlkreisen vor. Das Gesamtstimmergebnis ist nunmehr folgendes: Es haben erhalten Allgemeiner Freier Angestelltenbund 189 197 Stimmen, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 176 358 Stimmen, Gewerkschaftsbund der Angestellten 155 369, sonstige Hauptausschußverbände 35 624, 17 Frauenberufsverbände 61 526 Stimmen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 39, Hof. Bunter Einführungsabend. — **Südwesten:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Dorfstraße 11 (Fabrikgebäude). Lärm-Abend. — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Straße 18/19. Vortrag: „Die Entwicklung des Menschen." — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 10. Alt-Berliner Humor. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Wir feiern unsern 1. Geburtstag. — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36. Lichtbildervortrag: „Das moderne Bühnenbild." — **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24/25. Vortrag: „Reichsschulgesetzentwurf und Gewerkschaften." — **Kreiskursus:** Um 20 Uhr in der weltlichen Schule Dieskauerstr. 5 (Klassenzimmer). — **Kreis Oberspree:** Unsere Kapelle übt um 19 Uhr im Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Str. 31 (Schule).

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Bezirk Osten:** Jugendheim der Schule Litauer Str. 16. Vortrag: „Grundfragen des Sozialismus" (Lamm). — **Bezirk Neukölln:** Achtung! Neues Jugendheim! Hermannstr. 1/4. Mitgliederversammlung. Neuwahl. — **Bezirk Nordwest:** Realgymnasium Schleswiger Ufer 14. Bunter Abend. — **Bezirk Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Warum wandre ich im Herbst und Winter?" (Bulan). — **Bezirk Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Arbeitsgemeinschaft: „Jugendbewegung und Arbeiterbewegung." Leitung: Kurt Michoelis.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **K. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Jugend-Vorwärts".

Alle Tage eine Stunde Sonntag!

Massary-Privat möchte nicht mit geringwertigen Zigaretten verwechselt werden, denen man sofort den billigen Preis anmerkt. / Man darf Massary-Privat getrost auch dem Sonntagsgast reichen, denn diese 4-Pfg.-Zigarette ist von einer Feinheit des Geschmacks, von so überragender Güte, daß auch der verwöhnteste Raucher Freude an ihr hat. / Weit entfernt vom banal Alltäglichen, trägt sie in manche Werktagsstunde einen Funken sonntäglicher Freude.

Massary-Privat 4 ₰

ohne Mundstück
und mit
Goldmundstück

Das ist Tabak!

(Urteilen Sie selbst!)

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:

Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.

Wehr' dich, Berlin!

Abrechnung mit dem städteschädigenden Reichsbankpräsidenten.

Zum Abwehrkampf gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der durch seine bekannte Stellungnahme zur kommunalen Finanzpolitik den Kredit der deutschen Städte zu schädigen droht, rief in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern die sozialdemokratische Fraktion auf. Um den von ihr eingebrachten Antrag entspann sich eine mehrstündige Debatte, deren Höhepunkte die Reden unseres Genossen Dr. Lohmann und des Oberbürgermeisters Böß waren. Wie Keulenschläge wirkten die Ausführungen Lohmanns, seine Kennzeichnung besonders der Bochumer Rede Schachts, die er als einen beispiellosen Skandal brandmarkte, als eine den Städten widerfahrene Kreditgefährdung, an der die privatkapitalistische Wirtschaft ihre Freude haben werde. Auch Oberbürgermeister Böß sprach mit einer Schärfe, die kaum etwas zu wünschen übrig ließ, und er kam zu dem Schluß, Herr Schacht habe von Dingen gesprochen, die er nicht versteht. Es verstand sich von selbst, daß die Deutschnationalen sich diesen Protesten nicht anschlossen. Die Stadt Berlin ringt, wie die anderen deutschen Großstädte, um ihr Existenzrecht — da stehen die Deutschnationalen beseite! In der Abstimmung versagten nur sie dem Antrag ihre Unterstützung. Er wurde mit den Stimmen aller anderen Parteien angenommen.

•

Der zur Verhandlung stehende Antrag der sozialdemokratischen Fraktion

gegen die Reden des Reichsbankpräsidenten Schacht

hat folgenden Wortlaut:

Die Bochumer Rede des Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist geeignet, den Kredit aller deutschen Städte, insbesondere aber der Stadt Berlin, auf die diese Rede sehr deutlich hinweist, aufs schwerste zu gefährden. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht daher den Magistrat, dieser Gefahr durch eine Berichtigung der irrigen Angaben jener Rede bei allen in Betracht kommenden Stellen sofort entgegenzutreten.

Mit diesem Antrag verbunden ist eine Anfrage der Demokraten, des Zentrums und der Wirtschaftler ähnlichen Inhalts. Für Begründung unseres Antrages sprach

Genosse Dr. Lohmann:

Wir haben den Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß die unverantwortliche und verantwortungslose Rede des Reichsbankpräsidenten die größte deutsche Kommune, Berlin, zur Stellungnahme zwingt. Schacht hat nicht als Reichsbankpräsident, sondern als Sachwalter privatkapitalistischer Interessenkreise gesprochen. Es sollte eine Rede gegen die öffentliche Wirtschaft sein und war im besonderen eine Attacke gegen die Finanzwirtschaft der Kommunen. Dabei kommt es nicht auf den Wortlaut der Rede, sondern auf ihren Effekt an. Die steigende Rentabilität der kommunalen Werke und Einrichtungen paßte Herrn Schacht und seinen kapitalistischen Hintermännern nicht in den Kram.

Wenn einem jemand vor zwei oder drei Jahren gesagt hätte, daß die deutschen Städte noch einmal gezwungen sein würden, einen Kampf um die Existenzberechtigung und Existenznotwendigkeit ihrer Monopolbetriebe zu führen, so würde man ihn für einen hoffnungslosen politischen Stümper erklärt haben. Nach Beendigung der Inflation war auch für die bürgerlichen Politiker diese Frage endgültig entschieden, die Städte waren klug genug, durch eine Befreiung von kameralistischen Fesseln ihren Betrieben jene kaufmännische Beweglichkeit zu verschaffen, die sie zu Herren der Situation macht, ohne ihre Gebundenheit an die Interessen der Allgemeinheit preiszugeben. Jedermann wußte allerdings, daß der Ausbau bei den kommunalen Betrieben — ebenso wie bei Privatbetrieben — zunächst erhebliche Kredite notwendig machen würde, die bei ihrer nunmehr endgültig erwiesenen Rentabilität keinerlei Bedenken hervorrufen konnten. Nach der Verknappung des Inlandsmarktes mußten die Städte diese Kredite — ebenso wie die Privatbetriebe — im Auslande aufzunehmen versuchen. Daß es sich hierbei um eminent produktive Zwecke handelte, konnte und kann keinem Zweifel unterliegen. Irgendwelche Bedenken gegenüber derartigen Auslandsanleihen können also mit keinerlei stichhaltigen Gründen geltend gemacht werden.

Und doch sollen nun auf einmal diese Kredite abgedrosselt werden,

soll der erfreulich schnelle Aufstieg aller städtischen Werke jäh unterbrochen werden, weil es ein einzelner Mann in Deutschland so will. Herr Dr. Schacht glaubt, den Bankrott der öffentlichen Wirtschaft, den keine Sabotage und keine Katastrophenpolitik privatkapitalistischer Parteien während der Inflationszeit zustande gebracht hat, durch sein Instrument der „Beratungsstelle für Auslandsanleihen" herbeiführen zu können. Es besteht kein Zweifel, daß diese Möglichkeit gegeben ist. Wir müssen aber verlangen, daß Ziel und Mittel mit aller Deutlichkeit bekanntgegeben werden, damit der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf die Front kennt, gegen die er sich zu richten hat.

So aber geht es nicht an, daß man diese Front künstlich verschleiert, indem man aus Unwissenheit oder wider besseres Wissen behauptet, die Kredite der Städte für den Ausbau ihrer Betriebe würden in Wirklichkeit nur dazu gebraucht, damit die „Luxusausgaben" der Kommunen gedeckt werden könnten. Schon eine ganz oberflächliche Betrachtung des Berliner Etats z. B. zeigt, daß von den 220 Millionen Anleihebedarf für das laufende Jahr **allein 152 Millionen auf die Werke entfallen.** Was bedeuten demgegenüber die Ausgaben für Grünanlagen, für Flugplätze, für Sport- und Ausstellungsbauten, die der Dr. Schacht mit einer summarischen Geste als „Luxusausgaben" registriert?

Aber es handelt sich ja gar nicht um das Drum und Dran, es geht auf das Ganze. Der Kampf geht gegen die kommunalen Betriebe überhaupt.

Die Macht des Herrn Dr. Schacht hat ihre Grenze — wenn die Reichsregierung es will!

Die Absicht des Reichsbankpräsidenten ist so klar, daß man nicht weitere Worte darum zu verlieren braucht: Er will, daß der öffentlichen Wirtschaft die unbedingt erforderlichen Kredite gesperrt werden, dieselben Kredite, die der Privatwirtschaft gegeben werden. Er will dann, wenn die öffentliche Wirtschaft infolge dieser rigorosen Abdrosselung nicht mehr lebensfähig erscheint, triumphierend dastehen können und sagen: „Seht ihr — ich habe es immer behauptet, daß die Betriebe der öffentlichen Hand versagen, wo die Privatbetriebe prosperieren. Hier der Beweis!" „Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!"

Dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sollte vor seiner Politik Angst und Bange werden, wenn er die Auswirkungen sieht, die sich jetzt schon zeigen: Bauten müssen stillgelegt werden, die Erwerbslosigkeit steigt! Da müssen wir den Magistrat wirklich ernstlich fragen, was er zu tun gedenkt, um diesen Wirkungen entgegenzutreten. Nachdem Genosse Dr. Lohmann die relativ geringe Verschuldung Berlins, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, gegenüber ausländischen, besonders amerikanischen Städten dargelegt hatte, schloß er mit dem Hinweis darauf, daß wir gern bereit sind, die Schachtsche Finanzpolitik, die die Politik der Reichsregierung ist, dem Volke zur Beurteilung zu unterbreiten. Ueber den Ausfall dieses Urteils dürfen wir Sozialdemokraten nicht bange sein! (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Für die Anfrager aus den Fraktionen der Mitte betonte Stadtv. **Merten,** nicht soweit gehen zu wollen, wie Dr. Lohmann. Der Reichsbankpräsident habe unzweifelhaft seine Verdienste um die deutsche Währung. Aber Schachts Vorwürfe passen in den Rahmen der Hetze gegen die deutschen Städte; sie beruhen auf einer weitgehenden Unkenntnis der kommunalen Verwaltung. Deshalb sind sie aber auch um so unberechtigter. Der Magistrat habe alle Veranlassung, die Aeußerungen Schachts auf das erforderliche Maß zurückzuführen. In bemerkenswert scharfer Weise nahm der

Oberbürgermeister Böß

gegen den Reichsbankpräsidenten Stellung. Der Husarenritt Schachts sei den deutschen Städten mindestens schon deshalb überraschend gekommen, weil nach den unlängst gehabten Unterredungen deutscher Städtevorsteher mit Schacht eine Verständigung zu erhoffen war. Der Standpunkt des Reichsbankpräsidenten zu den Auslandsanleihen der Städte schien sich zu ändern, Schacht war sogar bereit, die Aufwendungen für Wohnungsbauten als werbende anzusehen und für sie Auslandsgelder zu bewilligen. Schachts Redereien sind daher um so unverständlicher. Seine Argumente waren so absurd, daß man nicht glauben konnte, daß damit gegen die Städte gearbeitet werden sollte. Aber Schacht ist doch schließlich ein politischer Kopf:

Er konnte doch wohl keinen Augenblick glauben, daß die Kommunen etwa ihre Werke und sonstigen Anlagen verkaufen würden, um mit dem Erlös ihren Finanzbedarf zu decken.

Und wer sollte denn kaufen. Doch nur das Ausland, vielleicht Amerika. Verlangt Herr Schacht das in demselben Augenblick, in dem endlich gegen die Ueberfremdung des Grundbesitzes vorgegangen werden soll? Gewiß hat der Reichsbankpräsident nur die Währung im Auge gehabt, aber war es denn nicht auch seine Pflicht, die Rückwirkungen seiner Worte auf die deutschen Städte zu überdenken? **Die Auswirkungen zeigen sich bereits!** Die schon eingetretene Drosselung des Baumarktes wirkt sich doch schließlich auf die Gesamtwirtschaft aus; damit erleidet aber die Währung auch Schaden. Ich weiß nicht, fuhr der Oberbürgermeister fort, ob **bei Schacht nicht Denkfehler vorliegen, denn er arbeitete doch eigentlich gegen sich selbst!** Er scheint aber bereits sich eines besseren belehrt zu haben; bisher lehnte er eigentlich Auseinandersetzungen mit den Städten ab. Jetzt hat er sich aber dazu bereit erklärt und man kann hoffen, daß es zu einer Verständigung kommt.

Die Politik der „Beratungsstelle für Auslandsanleihen" ist eine Gefahr für die deutschen Städte,

die ihre Werke ausbauen mußten, weil die Wirtschaft es verlangte, dazu natürlich Betriebskapital brauchte und deshalb Schulden machen mußten. Wir wollen Herrn Schacht gern vorrechnen, wie unsere Anleihen nur für werbende Zwecke gebraucht wurden. **Aber der Reichsbankpräsident ist nicht unterrichtet und er spricht über Dinge, die er nicht versteht!** (Beifall.) Der Oberbürgermeister wandte sich gegen die Behauptungen, Berlin habe in den letzten Jahren „Luxusausgaben" gemacht und fragte, ob etwa die Ausgaben für Sport- und Spielplätze, für Parks, der Ankauf von Gütern und die Ausgestaltung der Rieselfelder „Luxusausgaben" seien? Berlin hat nur das geschaffen, was andere Städte längst haben. Die Ausgaben für das Berliner Messewesen haben sich glänzend verzinst. Unser Messegelände und seine Anlagen haben uns noch keinen Pfennig gekostet, aber der Wirtschaft haben sie große Dienste geleistet. So zeigt es sich allenthalben, daß Berlins Finanzwirtschaft durchaus zu vertreten ist. Noch in dieser Woche werden wahrscheinlich die Beratungen der Städte mit dem Reichsbankpräsidenten beginnen, und es steht zu hoffen, daß eine befriedigende Lösung gefunden wird. (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter **Steiniger** (Dnat.) unterzog die Schachtschen Aeußerungen und seine Politik einer eingehenden Analyse. Steiniger sah die Geldwirtschaft Deutschlands sehr pessimistisch. Er glaube, daß Schacht gegen Auslandsanleihen auf die bei ihm bekannte Art vorgehen mußte, sollte nicht die Währung gefährdet werden. Der Redner sprach viel davon, daß man Schacht Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse. Der Kommunist **Schwenk** behauptete, die Städte hätten die arbeiterfeindliche Politik des Reiches mitgemacht. Schacht sei der Totengräber der gesamten deutschen und kommunalen Wirtschaft. Seine Fraktion werde für den sozialdemokratischen Antrag stimmen. Im Auftrage der Demokratischen Fraktion betonte Stadtverordneter **Merten,** daß die Ausgaben Berlins zur Wiederherstellung des Berliner Stadtwesens nach dem Kriege nötig waren. Die ungeheuren Ausgaben dafür sind nicht der Laune der Stadtverwaltung entsprungen, vielmehr war es bitterer Zwang. Im übrigen könne man doch unmöglich all die Instanzen, die die Anträge auf Genehmigung einer Auslandsanleihe durchlaufen müßten, für so verantwortungslos halten, wie es der Reichsbankpräsident

---

51]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Polja sah ihn schweigend wie eine Blinde an. Zuckte zusammen und schlug ihn mit ihrem Gewehr über die Hand.

„Nimm deine Hand weg, Tölpel! Such deine Waffen zusammen, hast sie am Wege verloren . . ."

Und ging auf ihren alten Platz, zum Dreifuß auf dem Gipfel.

. . . Aus dem Wäldchen liefen einzeln Menschen, stolperten, schossen, fielen, überschlugen sich . . . Ein dröhnendes Schießen, Staub, Feuer und Geheul waren hinter dem Gipfel, wo die Kette von Rotarmisten sich versteckt hatte. Polja lag auf dem Bauch und schoß. Das Gewehr schlug schmerzend gegen die Schulter, aber sie knackte mit dem Verschluß, zielte in wilder Begeisterung und feuerte auf die in der Ferne wie Hasen hüpfenden Gestalten.

Und erinnerte sich nur dumpf, wie Gljeb an ihr vorbeilief und sein Kommandoruf über den Berg hinweg dröhnte.

3. Das elektrische Surren.

Wie Saiten sangen die Räder der Förderbahn, und ihre eisernen Speichen schwenkten ihre schwarzen Flügel nach allen Richtungen hin. Stahlseile wickelten sich spinnenartig auf die Rillen der bauchigen Räder und wickelten sich wieder ab. Die Elektromonteure, Arbeiter und Jungkommunisten, mit dem bronzefarbenen Luchawa und Ingenieur Kleist an der Spitze, sahen in stummer Begeisterung den elektrischen Flug der Räder und lauschten der wieder auferstandenen Musik der Maschinen.

Eine Lawine von Menschenmassen strömte über den von Wind und Regengüssen zernagten Spat und Schiefer, über Steinplatten und Geröll, sie heulte, tobte mit stürmischen Stimmen, schien durch Tausende vermehrt, wogte in Zuckungen ihres Muskelgeflechtes, und die Krämpfe dieser Muskelwellen erschütterten die Massen, wie den Körper einer gigantischen Hydra. Von der Förderbahn bis zum Fuße des Berges, wo sich Pyramiden von Steinhaufen türmten, teilte sich der Wasserfall der Massen in zwei Ströme, und in der Mitte spannten sich straff, wie ein aschgrauer, feuriger Weg, vier brennende Saiten.

Und zwischen dem menschlichen Strome, tief unten, kroch über die Saiten, sich an den Schlangenfäden des Seiles klammernd, auf Walzen, die wie Flöten spielten, eine viereckige Schildkröte.

„. . . Huu . . . rra—a . . . Huu . . . rra—a! . . ."

Und es schien, als ob das nicht das Schreien einer vieltausendköpfigen Masse war, sondern ein Sturm in der trichterförmigen Kratermündung der bergigen Höhen.

Eine Arbeiterabteilung, die Gewehre geschultert, kam über die stufenartigen Felsen in ungeordneter Reihenfolge herunter. Die Rotarmisten nahmen wieder ihre alten Plätze ein und beobachteten alles wie scharfsichtige Vögel. Vor der Abteilung gingen Gljeb und die Mjechowa. Hinter ihnen trug man, auf Gewehren gebettet, den Körper eines Genossen.

Die Abteilung stieg zu den Maschinen herab und warf die Gewehre weg. Die Gesichter der Arbeiter waren trunken und mit schmutzigem Schweiße bedeckt. Den Körper des Genossen, der einen blutigen Klumpen statt eines Kopfes hatte, legten sie auf den Platz, zu Füßen der Masse. Und wie eine Herde, einander stoßend, mit vielstimmigem Schreien, stürzte sich die Menschenmasse zu der Abteilung und überschwemmte sie mit lautem Getöse. Lachend und brüllend drückte die Masse die Arbeiter zusammen, packte und verschluckte Gljeb. Mit den Händen und Füßen baumelnd, flog er wie eine Puppe in die Luft und fiel wieder in die dichte Masse. Und mit Gebrüll und Gelächter aufgefangen, flog er wieder über ihre Köpfe . . . und wieder . . . und wieder . . .

Neben dem Leichnam — stand eine andere Masse, streng und schweigend, die Gesichter voll Schmerzen und Leiden. In diesem blutüberströmten Kopfe konnte man nicht den Harmonikaspieler Mitjka mit dem glattrasierten Schädel erkennen, der mit Gewalt ein Gewehr gepackt und sich in die kommunistische Abteilung hineingedrängt hatte.

Gleich daneben, zwischen den Massen, verbanden Jungkommunistinnen die Wunden der Genossen.

„Habt tüchtig geschwitzt, Brüder . . . Wie die Ferkel schaut Ihr aus . . . Die Erde wollen sie uns untergraben . . . Teufel sind es — nicht von unserem Herrgott . . .

„Ho, ho! . . . Wir werden alles in Scherben schlagen . . . die Berge werden wie Stiere aufbrüllen . . ."

Und eine Stimme überschlug sich vor Freude: „Die Haut werde ich ihnen abziehen! . . . Gebt mir noch tausend Generale her — in Scherben zerschlage ich sie. Brüderchen, meine geliebten, mit Hosen und ohne Hosen! . . . Singen wir die Internationale! . . . Schluß! . . . Die Weiber sind die liebsten Mütterchen . . . deshalb liebe ich die Frauengruppe so . . . Gebt die ganze Frauengruppe her — werde sie niederlegen, sie ablecken und aussaugen . . ."

Immer wieder kamen neue Menschenmassen und schrien hurra. Und wieder wurde Gljeb hochgehoben. Nur vor dem Leichnam blieben sie stehen und brüllten vor Schmerz.

Die Mjechowa stieß sich zwischen der Masse herum und schrie aus vollem Halse: „Genossen! . . . Genossen! . . ."

Und in ihrem Gesicht sah man nur ihre Augen.

Ingenieur Kleist ging mit zuckenden Wangen in gewohnter Würde auf Gljeb zu und drückte ihm schweigend die Hand.

Und Dascha ging an Gljeb vorbei, legte ihre Hand auf seine Schulter, sah ihn mit feuchten Augen an, in denen eine neue Freude und ein Staunen nicht erlosch.

„Gljeb! . . ."

„Daschok! . . ."

Sie blieb nicht stehen und ertrank im Menschenstrom.

Das ist es — das Wichtigste — die Massen . . . das Dröhnen der Arbeit . . . der beschwingte Flug der Räder . . . In der Nacht öffnete das Werk mit elektrischen Monden seine Augen, und die erloschenen eisigen Lämpchen in den Arbeiterwohnungen erglühten mit ihren geflochtenen Fäden. Das Werk. Es erzittert schon, schon dröhnt unterirdisch, in seinem Schoße, seine versteckte Kraft, und es schaut ihn mit seinen Fenstern sehnsüchtig an, wie ein Mensch. Massen, die die Berge erweckt haben, die in Verwilderung und Schimmel gestorben waren. Der Bremsberg, der mit lebendigem Eisen donnert. Und dort, aus den Schlotschlünden, wälzen sich schwarze Wolken, und luftige Schildkröten fliegen zum Quai und zurück auf die Höhen, um dort, in den Steinbrüchen, Schiefer zu fressen . . . Ziegen . . . Feuerzeuge . . . das Mäusepiepen der Sägefeilen . . .

Luchawa stand neben den Maschinen, schrie irgend etwas und winkte mit seinen Händen.

Die Räder erdröhnten und klirrten mit ihren Eisen. Sie erbebten und blieben stehen.

Gljeb lief die Stufen hinunter zu den Maschinen. Unten auf dem Platze stand, mit grauem Staub der Verwesung bedeckt, ein flacher, großer Laufkorb, er roch nach Schimmel.

Gljeb lief wieder hinauf, und mit einer Stimme, die das Kriegskommando gewohnt war, schrie er in die Massen hinein: „Tragt den Leichnam des Genossen auf den Laufkorb. Wollen wir ihn in Ehren hinunterlassen. Alle sollen das sehen . . . alle, die dort . . . bis zu Ende . . ."

(Fortsetzung folgt.)

gegenüber der Berliner Stadtverwaltung getan habe. Die Vorwürfe Schachts waren sehr bedauerlich; wäre Berlin im Auslande nicht als ernster, verantwortungsvoller Schuldner bekannt, so könnte die Kreditschädigung schwerer sein als sie ist. Die Stadtverordneten **Schwarz** (D. Vp.) und **Kinscher** (Wirtschp.) schließen sich dem sozialdemokratischen Antrage an.

In der Abstimmung wurde schließlich der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Deutschnationalen waren nur in geringer Anzahl im Saale anwesend, sie stimmten aber gegen den Antrag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übermies die Versammlung eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über die Neuregelung der Besoldung und der Versorgungsbezüge für die städtischen Beamten dem Beamtenausschuß.

Die Bauausstellung 1930.

Was soll und will sie?

Die Deutsche Bauausstellung von 1930 ist gesichert. Auch daß sie in Berlin stattfindet, ist durch die inzwischen vollzogene Unterzeichnung des Vertrages mit der Stadt festgelegt. Der Verein Bauausstellung, der das Ausstellungsunternehmen durchführen wird, hatte zu heute die Vertreter der Presse geladen, um über Zweck und Ziel der Ausstellung einige Auskünfte zu geben. Unter den Gästen war auch Stadtbaurat Wagner und andere Vertreter der Architektenkreise.

Baurat Dr. Riepert, der Vorsitzende des Vereins, betonte in seinem einleitenden Vortrag, daß es sich nicht um eine Berliner, sondern um eine gesamtdeutsche Ausstellung handelt. Der Gedanke, sie auf eine Reihe von Jahren auszudehnen, ist aus Sparsamkeitserwägungen erstanden. Die Dauerausstellung soll eine größere Zahl Einzelausstellungen ersetzen und zusammenfassen, sie soll aber auch durch alljährliche Sonderveranstaltungen aktuell gestaltet werden. Sie wird vier Gruppen umfassen: Baustoffe, Bauausführung, Baukunst und -wissenschaft, Lehrwesen. Durch Vorträge und Lehrgänge wird Fachleuten und Laien die Möglichkeit geboten werden, aus der Ausstellung Nutzen zu ziehen.

Der Reichskommissar für das Ausstellungs- und Messewesen, Geheimrat Matthies, hob hervor, daß die Befürchtungen anderer Messestädte, diese große Dauerbauausstellung werde zu einer Zentralisierung des Messewesens führen, unbegründet sind.

Ueber die Dauerausstellung als Lehr- und Forschungsinstitut sprach Dr. Siedler, Professor an der Technischen Hochschule Charlottenburg. Alle an der Bautätigkeit beteiligten Kreise, vom Maurerlehrling und Handlanger bis zum leitenden Architekten und Ingenieur, sollen diese Ausstellung wie ein technisches Bildungsinstitut für ihre Weiterbildung verwerten können. Dem Bauwesen hat bisher eine solche Stätte gefehlt. Sie soll auch eine Versuchs- und Forschungsstätte sein, die neu aufkommende Baustoffe und neue Bauweisen prüft. Man denkt an Kurse für Fortbildungsschüler, für Studierende der Hochschulen, für Baubeamte der Gemeinden und der Privatwirtschaft. Prof. Siedler wies mit Befriedigung darauf hin, daß für die Durchführung der Ausstellung auch die Mitwirkung der Künstler jetzt völlig gesichert ist.

Prof. Poelzig erklärte freilich, daß Näheres hierüber noch nicht vereinbart sei. Wie Baurat Dr. Riepert mitteilte, wird das Wettbewerbausschreiben für die Bauausstellung an die gesamte deutsche Architektenschaft baldigst ergehen. Auf eine Anfrage über die Beziehungen des Vereins Bauausstellung zu Gewerkschaften und Genossenschaften versprach Dr. Riepert, daß man auch diese Kreise zu selbstverantwortlicher Mitarbeit heranziehen wolle.

Der Kampf um das Kind.

Frau Herschel-Bleichröder abgewiesen.

Der Ehescheidungsstreit Herschel-Bleichröder mit dem Kampf um das Kind macht immer wieder von neuem von sich reden. Gestern hat das Vormundschaftsgericht Dresden den Antrag der Frau Herschel, den dreijährigen Alfred ihrer Obhut zu überlassen, weil der Vater die Sorge für die Person des Kindes mißbraucht habe, abgelehnt. Das Kind bleibt also bis auf weiteres bei Herschel. Gegen diese Entscheidung des Vormundschaftsgerichts wird von der Verteidigung der Frau Herschel Beschwerde beim Landgericht Dresden eingelegt werden unter Einreichung von Material, das dartun soll, daß der Vater entgegen der Auffassung des Vormundschaftsgerichts nicht in dem notwendigen Maße sich um sein Kind gekümmert habe.

Die auf Veranlassung Herschels in Aachen aus dem Norderpreß heraus verhaftete Hausangestellte der Frau Herschel, Marie Straßburger, befindet sich zurzeit auf dem Transport nach Dresden, wo man dieses Opfer eines erbittert geführten und an Merkwürdigkeiten reichen Ehestreits hoffentlich recht bald wieder freilassen wird.

Hausrat auf freiem Felde.

Während die Wohnungsnot immer deutlichere Formen annimmt, um all dem Jammer der Wohnungslosen ein Ende zu bereiten, steigert das traurige Heer der Exmittierten ständig das Kontigent der Obdachlosen. Es gehört schon zur traurigen Rubrik der Tagesereignisse, daß da und dort ein armer Teufel an die Luft gesetzt wird und nun den Gang nach Canossa antritt. Vom Wohnungsamt zur Wohlfahrtsstelle und wieder zurück und wieder dahin, vergebliche Bittgänge, und zur Nacht? Wenn mitleidige Seelen keinen Unterschlupf gewähren, dann mit den letzten paar Pfennigen ins Massenquartier, und wenn es auch dazu nicht mehr langt, trostloses Umherirren auf der Straße. Aber der Mensch ist zähe, und wenn ihn nicht blinde Verzweiflung zu irgendeinem fürchterlichen Schritt treibt, dann ordnet sich sein Leben auch wieder so nach und nach dem Alltag ein. Wo soll der Exmittierte aber mit seiner Habe verbleiben? Es mehren sich die Fälle, daß man die Leute samt ihrem Mobiliar einfach an die Luft setzt und daß ihnen keinerlei Wege gewiesen werden, wo sie ihr Mobiliar vorläufig unterstellen können. Die städtischen Speicher stehen ihnen wohl zur Verfügung, doch müssen sie die Transportkosten und einen Monat Miete im voraus bezahlen. Der Schneider B., der in Mariendorf, Albrechtstraße 1, Stube und Küche bewohnte und, weil er Mietenrückstände hatte, exmittiert wurde, konnte diese Bedingung nicht erfüllen, und so standen seine Möbel eine ganze Woche lang auf freiem Felde, Wind und Wetter, Diebstahl und jeder Beschädigung preisgegeben. Das Haus, in dem er wohnte, steht isoliert mitten auf freiem Felde, und seine paar Habseligkeiten lagen bunt verstreut, zu jedermanns Ansicht und Bedienung, mitten auf einem Feldweg. Der Mann ist kriegsbeschädigt, seit fast einem Jahre ohne Arbeit; da er meist selbständig arbeitete, genießt er auch nicht die Vergünstigung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Berliner können wieder an den Wannsee.

Bei der gestrigen Zwangsversteigerung beim Amtsgericht Charlottenburg wurde der Stadt Berlin der Zuschlag für das frühere Nordfluggelände am Wannsee erteilt. Die Interessentenbeteiligung war sehr rege, es ist deshalb als ein Erfolg zu begrüßen, daß das ganze Gelände für den verhältnismäßig billigen Preis von 358 001 M. zugeschlagen werden konnte. Das äußerst günstig gelegene Gelände wird also nicht Gegenstand der privaten Ausbeutung und Spekulation werden. Für den Naturfreund war es immer ein schmerzliches Empfinden, das schöne Bild des Wannsees an dieser Stelle durch den Blick auf alte Baracken und Sandsteinbuden gestört zu sehen. Der Uebergang dieses Terrains in den Besitz der Stadt Berlin erweckt nun die Hoffnung, daß es den Wassersportfreunden und dem Erholung suchenden Publikum zugute kommt.

Raubmord am Görlitzer Bahnhof.

Ein Gastwirt erschlagen und beraubt.

Ein mit außerordentlicher Roheit ausgeführtes Kapitalverbrechen wurde gestern gegen 16 Uhr im Südosten Berlins verübt. Im Hause Grünauer Str. 25, zwischen der Reichenberger Straße und dem Landwehrkanal, die in den Nachmittagsstunden einen ziemlich regen Verkehr aufweist, wurde der 58jährige Gastwirt Theophil Rogowski mit furchtbaren Kopf- und Gesichtsverletzungen tot aufgefunden. Rogowski lag in einer großen Blutlache hinter dem Ladentisch.

In der Gastwirtschaft, einem kleinen Laden mit Billard, Klavier und Grammophon, walten die Beamten der Mordkommission ihres Amtes. Photographische Aufnahmen und Fingerabdrücke werden gemacht. Der Gerichtsarzt Dr. Weymann macht die übrigen notwendigen Feststellungen. In das fast lautlose Arbeiten der Kriminalbeamten tönt das ängstliche Piepen zweier Kanarienvögel, der einzigen stummen Zeugen dieser furchtbaren Bluttat. — Die Geschäftsleute der Straßen befinden sich in großer Aufregung. Die Frau eines gegenüberliegenden Ladens, die sich in der Zeit von ¾4 bis 4 Uhr in ihrem Geschäft aufgehalten hat und nach Art der Geschäftsleute die Straße beobachtete, hat nichts Verdächtiges bemerkt. Der Verbrecher hat rasch und unauffällig gearbeitet!

Zu der Bluttat erfahren wir folgende Einzelheiten: Das Ehepaar betreibt die Wirtschaft im Hause Grünauer Straße 25 schon 25 Jahre und erfreut sich des besten Rufes. Am gestrigen Dienstag war Rogowski vormittags aus der im ersten Stock desselben Hauses gelegenen Privatwohnung gekommen und hatte seine gewohnte Tätigkeit aufgenommen. Seine Frau unterstützte ihn dabei, ging aber gegen 2 Uhr nachmittags in die Wohnung hinauf, um noch etwas zu ruhen. Der Mann blieb allein im Lokal zurück. Gegen 3½ Uhr betrat ein Gast das Lokal. Er sah zunächst niemanden, trat deshalb an die Theke heran und wollte sich durch Klopfen bemerkbar machen. Da fielen seine Augen auf den Ermordeten. Der Mörder muß den Gastwirt, während dieser an der Theke stand, niedergeschlagen haben. Er wandte sich dann, als sein unglückliches Opfer sich nicht mehr regte, der Kasse zu, die an der Wand befestigt ist. Ihm ist nur geringe Beute in die Hände gefallen, denn nach Aussage der Ehefrau des Ermordeten können höchstens 30 bis 40 Mark darin gewesen sein. In der Eile, in der der Mörder seinen Raub zusammenraffte, blieben einige 10- und 5-Pfennig-Stücke zurück. Wie der Befund ergab, war Rogowski nach Erledigung der Aufräumungsarbeiten mit Abrechnungen beschäftigt gewesen. Eine Reihe von Gästen, die zum alten Stamm gehörten, ließen die Zeche anschreiben und nach vereinbarten Zeitpunkten abrechnen. Derartige Abrechnungen hatte Rogowski gestern vorgenommen, während er allein war. Auf einem kleinen Tischchen, das dem Fenster abgekehrt steht, lagen noch ein Bleistift, die Brille und Notizblätter. Ohne Zweifel ist der Mörder eingetreten und hat unter der Maske des harmlosen Gastes ein Getränk verlangt, wie aus den Gläsern zu schließen ist, ein Bier und einen Schnaps. Möglicherweise sind es auch zwei Personen gewesen. Gesehen sind sie, soweit sich bisher feststellen ließ, nicht. Der oder die Täter verließen das Lokal durch die Vordertür, die sie nicht hinter sich abschlossen, obwohl ein Schlüssel darin steckte.

Die Besichtigung der Leiche durch den Gerichtsarzt ergab, daß der Tod infolge Schädelbruchs eingetreten ist. Der Mörder muß einen Augenblick benutzt haben, als der Wirt sich umwandte, um etwas aus dem Büfett herauszuholen. Mit welchem Instrument der Mörder zugeschlagen hat, ließ sich noch nicht feststellen, es scheint eine Art eiserne Klaue gewesen zu sein. Jedenfalls ist mit ungeheurer Wucht zugeschlagen worden, so daß an mehreren Stellen das Gehirn des Ermordeten zutage tritt. Die Nachbarschaft ist von dem Verbrechen um so mehr erschüttert, als sich das Paar allgemeiner Beliebtheit erfreute und Rogowski in der nächsten Woche sein 25jähriges Geschäftsjubiläum feiern wollte. Von dem Mörder oder den Mördern fehlt bisher noch jede Spur. Auf ihre Ermittlung und Ergreifung ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen von Personen, die vielleicht einen Mann mit blutbesudelter Kleidung aus dem Lokal herauskommen sahen, werden umgehend an die Kriminalkommissare Broschwitz und Thomas im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums erbeten.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 3. Dezember, 7½ Uhr abends

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3
Vortrag des Genossen **Otto Jenssen, Gera-Tinz:**

„Achtzig Jahre kommunistisches Manifest"

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II, Zimmer 8. — Buchhandlung J. H.W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engeufer 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5. — „Werkfreude" Tischlerstuben, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engeufer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Liningstraße 57.

Wie im Mittelalter.

Empörung gegen die Weißenberg-Sekte.

Die Evangelische Johannes-Gemeinde hatte zu gestern abend ihre Brüder und Schwestern, die Anhänger der Weißenberg-Sekte sind, zu einer Andacht nach dem „Alten Fritz" in Potsdam eingeladen. Schon lange vor Beginn der Andacht, zu der der Eintritt nur gegen Karten gestattet war, hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Lokal eingefunden, die den Saal zu stürmen drohte. Es kam zu Ausschreitungen und die Demonstranten schrien: „Vor den Staatsanwalt mit Holz! Raus mit den Gesundbetern aus Potsdam! Nieder mit Holz!" In der Andacht machte ein Weißenberg-Bruder die Mitteilung, daß der Magnetiseur Holz in Potsdam seines Amtes als Führer und Vorsteher der Potsdamer Weißenberg-Gruppe entsetzt worden ist und zwar wegen der unerhörten Uebergriffe anläßlich des Todes von dem Lebensmittelhändler Rohde. Während der Andacht verfielen zwei Damen in religiöse Verzückungen und mit lautem Aufschreien stürzten sie von ihren Plätzen und riefen: „Gott zum Gruß, Gott zum Gruß!", schlugen mit den Händen um sich und fielen dann in Ekstase nieder. Nach Schluß der Andacht hatte sich wieder eine große Menschenmenge vor dem Lokal eingefunden und das Ueberfallkommando mußte freien Weg für die Weißenberger schaffen, die mit Hohnrufen empfangen wurden.

Ein gemütliches Gefängnis.

Die eigenartigen Zustände in einer Strafanstalt in Weißensee bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg, die gleichzeitig ein beredtes Zeugnis dafür ablegte, in welcher Weise manche Beamte mit Arbeit überhäuft werden. Der Hauptwachtmeister S., ein alter Beamter, der seit zwanzig Jahren im Dienst ist, stand unter der Anklage der vorsätzlichen Gefangenenbefreiung vor Gericht. S. ist im Weißenseer Gefängnis tätig, wo es ihm als einzigen Beamten obliegt, die Gefangenen zu beaufsichtigen. Er ist sozusagen der Mann für alles, denn zu seiner Aufgabe gehört es auch, für die Inhaftierten zu kochen. Auch hat er Gefangene zu entlassen. Er hat bis zum heutigen Tage keine Hilfe bekommen. Es kommt oft vor, daß S. an manchen Tagen sogar Einkäufe erledigen muß. Er muß dann das Gefängnis, in dem sich in der Regel ungefähr 20 Insassen befinden, ohne Aufsicht lassen. Am 19. August begab es sich nun, daß der Wachtmeister Gemüse gebrauchte. Als Koch fungierte zu der Zeit ein Gefangener Sch., der eine fünfmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. S. ging in seinem Vertrauen zu dem Gefangenen so weit, daß er ihn allein Gemüse holen schickte, in der Erwartung, Sch. würde rechtzeitig wiederkommen. Diesem gefiel es aber in der Freiheit so gut, daß er erst am nächsten Tage in den Abendstunden auf der Bildfläche erschien. Dieser Vorfall hatte dem Hauptwachtmeister eine Anklage wegen vorsätzlicher Gefangenenbefreiung eingetragen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis.

Der Schutzengel des Hochstaplers.

Vor dem Großen Schöffengericht Neukölln hatten sich gestern der Ingenieur Kurt Brecht und der Photograph Manthey wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Brecht, erblich belastet, gründete allerlei Geschäfte, um luxuriös leben zu können. So verstand er es, von dem Mitangeklagten Manthey 500 M. zur Gründung eines pharmazeutischen Geschäfts zu erlangen. Von dem Gelde wurden als „Ware" 8 Kilo Tee gekauft, während der Rest von Brecht für seinen Umzug in eine Neunzimmerwohnung am Kurfürstendamm verwendet wurde. Das Eigenartige war, daß der geprellte Manthey sich nun mit dem Hochstapler an einem Schwindelunternehmen mitbeteiligte. Durch Inserate in Tageszeitungen wurden für die „Gründung von Spielklubs" Oekonomen, Garderobefrauen und Küchenchefs gesucht. Mit den Interessenten wurde sodann ein äußerst günstiger Vertrag abgeschlossen, für den allerdings jedesmal von den Neuangestellten einige hundert Mark einkassiert wurden.

Brecht versuchte, seine Hochstapeleien mit Geisteskrankheit zu entschuldigen. Für die Psychiater war es sehr schwierig, **den Angeklagten zu untersuchen, denn dieser spielte den Spiritisten** und teilte dem Arzt mit, er könne nicht zu ihm kommen, weil sein Schutzengel ihm dies nicht erlaube. Auch an seine Mutter schrieb Brecht ähnliche Bemerkungen: u. a. „Ich bin jede Nacht bei Dir, wenn Du Dich genau umsiehst, würdest Du meine Anwesenheit feststellen können." Die Sachverständigen kamen aber vor Gericht zu der Ueberzeugung, daß diese medialen Fähigkeiten nicht für den § 51 ausreichten, und trotz des „Schutzengels" erkannte das Gericht auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Sein Helfer Manthey wurde wegen Unterschlagung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende betonte als strafverschärfend, daß die beiden rücksichtslos die Aermsten der Armen um ihre letzten Spargroschen betrogen hätten.

Geheimnisvolle Ueberschwemmungen.

Ein Postamt unter Wasser.

Von einer eigenartigen Ueberschwemmung wurde gestern abend das Postamt in der Ritterstraße im Südwesten Berlins betroffen. In den umfangreichen Kellerräumen des Postamtes, in denen sich die Kabelkanäle der Rohrpostanlage befinden, sammelten sich plötzlich größere Wassermengen an, die eine bedrohliche Höhe von etwa dreiviertel Meter erreichten.

Es bestand die Gefahr, daß die gesamte Anlage durch das Wasser vernichtet würde. Die Feuerwehr wurde von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt. Sie rückte sofort mit zwei Motorspritzen an die Unfallstelle und begann mit Pumparbeiten. Zunächst war es unmöglich, festzustellen, wo die gewaltigen Wassermengen ihren Ursprung hatten. Erst nach ziemlich eineinhalbstündiger Tätigkeit, wobei etwa 60 bis 70 Kubikmeter Wasser von der Feuerwehr ausgepumpt werden mußten, war die Gefahr beseitigt. Inzwischen waren Beamte der Städtischen Wasserwerke in der Ritterstraße erschienen, die die Ermittlungen nach der Ursache des plötzlichen Wassereinbruches in die Kellerräume des Postamtes aufnahmen. Fast zur selben Zeit kam vom Moritzplatz ein Alarm, wo sich in den Kellerräumen des Warenhauses Wertheim ebenfalls Wassermengen, aber nur in geringer Höhe angesammelt hatten. Durch Oeffnen einiger Gullys konnte die Gefahr auch hier bald behoben werden. Die mehr als seltsame Erscheinung ist vermutlich auf folgende Umstände zurückzuführen. Das Kondenswasser der Elektrizität erzeugenden Maschinen des Postamtes Ritterstraße und des Kaufhauses von Wertheim am Moritzplatz floß bisher in den jetzt zugeschütteten Luisenkanal. Vermutlich ist bei den Bauarbeiten die Abflußmündung vermauert worden, so daß sich die Kondenswasser der letzten acht Tage stauten, in den unterirdischen Kanal zurückfluteten und die Ueberschwemmungen verursachten. Die Ermittlungen der Wasserwerke sind nach dieser Richtung noch nicht endgültig abgeschlossen.

Chlor im Berliner Wasser.

Vorgestern und gestern machte sich beim Genuß des Trinkwassers aus den Berliner Wasserleitungen ein leichter Chlorgeschmack bemerkbar. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, gingen schon allerlei Gerüchte um, die von einer Vergiftung, zum mindesten aber von einer gesundheitsschädlichen Verunreinigung des Wassers sprachen. Von autorisierter Seite wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Schon seit Jahren wird dem Wasser des Wasserwerks Müggelsee auf Anordnung des Gesundheitsamtes der Stadt Berlin in winzigen Dosen Chlor zugeführt. Infolge der ungewöhnlich geringen Wasserförderung am letzten Sonntag war dieses Wasser etwas stärker chlorhaltig gewesen, so daß es auch am Geschmack zu merken war. Inzwischen sind die Wassermengen, die sich in dem Rohrnetz, in den Behältern und in den Leitungen befanden, fast völlig verbraucht worden und der Chlorgeschmack damit fast gänzlich verschwunden. Irgendeinen gesundheitlichen Schaden hat das Wasser nicht verursacht.

Ein schweres Bauunglück.

Elf Arbeiter verschüttet.

Graz, 29. November.

Beim Bahndammbau Feldbach—Gleichenberg ereignete sich heute um ½3 Uhr nachmittags ein furchtbares Unglück. In der Nähe des Gasthofes „Tafert" waren Arbeiter mit dem Ausbau der Fundamente für eine Betonstützmauer beschäftigt. Plötzlich löste sich eine Erdmasse von 30 Kubikmeter los und verschüttete elf Arbeiter. Nach zweistündigen Rettungsarbeiten konnten die Verschütteten befreit werden. Acht von ihnen waren bereits erstickt. Zwei weitere wurden schwer und einer leicht verletzt. Die Toten stammen aus der Umgebung des Kurortes Gleichenberg. Mangelhafte Abteifung soll die Ursache des Unglücks sein.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Uebungsstunde am Donnerstag, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Gesangsaal der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17. Kinder und Jugendliche müssen bereits um 7 Uhr erscheinen.

Im Metropol-Varieté gastiert im nächsten Monat außer Clare Waldoff die Wiener Soubrette Clare Karry. Professor Wiesenthal wird konferieren.

Stiller

am Dönhoffplatz

die Geburtsstätte der Firma Stiller.

Die Eröffnung unseres gewaltig vergrößerten Hauptgeschäftes **als des räumlich größten Schuh-Spezialgeschäftes der Welt findet morgen Donnerstag 9 Uhr statt.**

Es wird eine weltstädtische Sehenswürdigkeit darstellen, die ihresgleichen sucht. Die Ausdehnung unserer neuen Verkaufsräume am Dönhoffplatz ermöglicht es, daß jeder Einkauf, unterstützt durch fachmännisch gutgeschultes Stammpersonal, in größter Ruhe und Bequemlichkeit vorgenommen werden kann.

Große luftige Verkaufsäle in 4 Geschossen, verbunden durch moderne Doppelfahrstühle. Getrennte Abteilungen für Damen, Herren und Kinder. Große Spezialabteilungen für Sportschuhe u. Strumpfwaren. Neu! Sonder-Abteilung für Gelegenheitskäufe, Rest und Einzelpaare.

Die Kinder-Abteilung,

mit dem originellen Kindergarten und mehreren geprüften Kindergärtnerinnen, steht einzig in ihrer Art da.

Es kommt oft vor, daß die Mütter ihre Einkäufe bei uns machen und noch anderswo wichtige Besorgungen zu erledigen haben. Für einen solchen Fall können die Mütter ihre Kleinen ruhig unserer Obhut anvertrauen, wir werden sie stundenlang zu ihrer Belustigung unterhalten.

Auf unsere Kinder-Abteilung haben wir von jeher großes Gewicht gelegt. Viele ältere Berliner werden sich noch gern erinnern, schon in ihrer eigenen Kinderzeit bei Stiller gekauft zu haben.

Unsere Attraktionen! Ein elektrisch betriebenes Kinderkarussell und viele andere Belustigungen, die große Freude machen werden.

Jedes Kind erhält zur Eröffnung ein schönes Geschenk.

Große Spezial-Abteilung:

Dr. Scholls Fußpflege-System.

Dieses sinnreiche System hat sich bereits die ganze Welt erobert. Langjährige Erfahrungen auf dem Gebiete der Fußhygiene haben es Dr. Scholl ermöglicht, eine praktische Fußstütze zu schaffen, die vermöge ihrer besonderen Eigenschaften kranken Füßen Heilung bringen kann. Tausende von Anerkennungen beweisen dies. Die Dr. Schollschen Fußstützen aus Leichtmetall lassen sich ganz individuell dem Fuße anpassen und bleiben trotz der Festigkeit des Metalls elastisch. Sie werden in gewissen Zeitabständen nach Erzielung einer merkbaren Besserung des Fußleidens unentgeltlich dem veränderten Fußgewölbe wieder neu angepaßt, so daß nach längerem Gebrauch das Tragen der Einlagen in vielen Fällen unnötig wird. Die Fußbeschwerden sind oft nur zeitweilige Erscheinungen, die bei sachgemäßer Behandlung ganz beseitigt werden können.

Besuchen Sie uns, wir werden Sie kostenlos beraten.

Fußhygienische Abteilung:

Eine neuzeitliche Einrichtung, die sich von selbst aus den Bedürfnissen unserer Kunden herausgebildet hat. Unter ärztlicher Leitung werden von ausgebildeten Orthopäden kostenlose Fußuntersuchungen vorgenommen und praktische Ratschläge erteilt in bezug auf die Behandlung kranker Füße, Anpassen von zweckdienlichen Schuheinlagen bzw. Fußstützen und Aussuchen von zweckmäßigem Schuhwerk für kranke und empfindliche Füße. Ein praktischer Arzt mit langjährigen Erfahrungen der Fuß-Orthopädie ist immer anwesend. Die mustergültige Einrichtung dieser Abteilung in einem Schuhgeschäft bildet eine Sehenswürdigkeit, die einzig in der Welt dasteht. Anfertigung komplizierter Fußeinlagen nach Maß und Gipsabdruck.

Neu! Röntgen-Apparat für photographische Aufnahmen.

„Multostat" Elektrischer Universal-Apparat, vielseitig verwendbar für reine Galvanisation, reine Faradisation, Galvano-Faradisation und Vibrationsmassage zur Behandlung vieler Fußleiden.

Neuzeitliche Fußspiegel zur Untersuchung der Füße.

Ungenierte, elegant ausgestattete Fußpflege-Kabinen mit Warmwasser-Anlage für Fußbäder.

Erstklassige Kräfte

für die Fußnagelpflege und sonstige Behandlung von Fußbeschwerden aller Art.

Schuhwarenhaus Carl Stiller
Gegründet 1867

Jeder Besucher erhält anläßlich der Eröffnung eine kleine Festgabe.

Mittwoch Kindertag
C&A
BRENNINKMEYER
Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof
Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Nachdruck von Wort und Bild verboten!
Hallers Märchen-Revue
Aschenbrödel
Jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr
Theater im Admiralspalast.
Rundfunkhörer zahlen gegen Vorzeig. d. Rundfunkquitt. a. d. Kasse halbe Preise
Ab heute!
Der falsche Prinz
Nach dem gleichnamigen Buch von
Harry Domela
Regie: Heinz Paul
Große Besetzung
Eine sensationelle Uraufführung
7⁰⁰ Emelkapalast 9¹⁵
Kurfürstendamm 68
7¹⁵ Schauburg 9¹⁵
Potsdamer Platz
Achtung!
Benutzen Sie den Vorverkauf für das neue
Dezember-Star-Programm der
SCALA
Die Nachfrage
ist heute schon sehr groß. Jeder will die berühmten
Drei Fratellini
(Original)
sehen, und ferner
Low Skaya
Tracey & Hey
Bert Errol
die ab morgen
zum ersten Mal in Berlin auftreten!
Neues Theater am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Hotelratte
Operette v. Bromme
Lustspielhaus
8¼ Uhr
„Zaza"
Metropol-Th.
Tägl. 8¼ Uhr
Paganini
Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo!"
Heute 3½ Uhr: Märchen-Revue „Aschenbrödel"
Kl. Preise 1—5 M.
Theater in der Kommandantenstr.
8 Uhr
Der große Erfolg!
Schön sehn wir aus!
m. Henry Bender
Dönhoff 5083
Theater, Lichtspiele usw.
Mittw., 30. 11. 27.
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7½ Uhr
Der ferne Klang
Mittw., 30. 11. 27.
Städtische Oper
Bismarckstr.
Ab.-Tausch II Anf. 7½
Fidelio
Staatl. Schauspielh.
Am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig
Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
Anf. 8 Uhr:
Weh dem der lügt
Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Hinkemann
Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Schieber des Ruhms
8 Komische Oper 8
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu"). 200 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffn.
Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
im großen Novemberprogramm
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntagsnachmittags:
große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.
Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
spie. Max Reinhardt
Kammerspiele
Norden 10334—37
7¾ Uhr
Ende nach 10 Uhr.
Letzte Aufführung.
„Mays"
Donnerstag, 1. Dez.
7½ Uhr
Deutsche Uraufführung:
Broux-Expreß
Komödie von Oscar Dystow
Regie: Heinz Hilpert
Die Komödie
Bismarck 2414-7516
8¼ U., Ende nach 10
Die Ehe von Welt
Komödie von Noël Coward.
Regie: Fritz Lamprecht
Heute z. letzt. Male
11 Uhr nachts
Jazzkonz. auf 2 Flügeln
Wiener und Doucet
Preise 2—7 M.
Piscatorbühne
Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende nach 11
Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoi und Schtschegolew
Inszn. Erwin Piscator
Chicago
Schinderhannes
Rose-Theater
8¼ Uhr
Einer von unsere Leut.
Großes Schauspielhaus.
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue CHARELL-Inszenierung
mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
Jackson Boys
Sunshine Girls
Ausst. Prof. Stern
Dirig. Dr. Römer
Mittw., Sonnab., Sonntag nachmitt. 3 Uhr
Kinderrevue
Kapitän Funk
mit Alfred Braun
Kleine Preise.
Vorverkauf 10—6 Uhr
Residenz-Theater
Heute geschlossen!
Ab Donnerst. 1. Dez.
Der große Erfolg!
„Schön sehn wir aus"
mit Henry Bender
Stg. 4 Uhr kl. Preise
Die Puppenfee
Planetarium am Zoo
Tiergarten, Insulaner Straße
Nollendorf 1578
Der Himmel der Heimat
Halbe Kassenpreise
Eintritt 0,50 M.
III. Tanzmatinee der Volksbühne E. V.
Sonntag, 4. Dezember, vorm. 11½ Uhr
im
Theater am Bülowplatz
Wy Magito / Garietto Thieben
Ursula Falke
Maskentänze
Karten zu 3 und 2 M. bei Wertheim, Tietz und an der Theaterkasse der Volksbühne, Bülowplatz 2-3 (10—2).
CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37
Neu! Klein-Kleckersdorf! Neu
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.
8 Winter Uhr
Variete Garten
Rauchen gestattet
Pilello der deutsche Rastelli
Deyelma-Ballett m. B. Campson
Waldoff-Penkert: Boxkampf
Reichshallen-Theater
Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
„Eine Hochzeit in de Müllerstraße"
nachm. halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brett'l:
Täglich: Varieté, Tanz-Kabarett.
Heute Mittwoch 8 Uhr Eröffnung
100 Löwen
Circus Kapitän Schneider
Winterbeu mit Zentra heizung
Köpenicker Str. (früher)
Pionierkaserne
Das kolossale Programm!
Th. Königgrätz. St.
Bergm. 2110.
8—10.15 Uhr:
Gustav III
von Strindberg
Regie: Victor Barnowsky
Komödienhaus
Norden 6304.
8.15—10.40 Uhr:
Hokuspokus
von Curt Götz
Berliner Theater
Dönhoff 170.
8 Uhr:
Heute letztes Gastspiel
La Argentina
u. ihr span. Ballett
Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
Der rote Hahn
Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr:
Frasquita
Operette von Lehár
Trianon-Th.
Tägl. 8¼ Uhr:
Gastspiel
Erika Glässner
in
Gretchen
Für Jugendliche nicht geeignet.
Walhalla-Theat.
8¼ Uhr:
Wie Du küßt keine
Komödie von Pfarschner
Vorz. für Park. auch Sonntags 60 Pf.
Heute nachm. 4 U.:
Der gestiefelte Kater.
Parkett v. 30 Pf. an.
F. A. Schumann
BERLIN LEIPZIGER STR. 109
Küchen
Auch gegen 12 Monatsraten
Überall zu haben!
van Heusen
DER HALBSTEIFE KRAGEN
D. R. P.
Deutsches Fabrikat
Elegant und doch bequem!
Billigste Hauswäsche
Zirkus Busch
Heute, 30. November
Einmalig abends 8 Uhr
die gr. Märchenrevue
u. vorher d. gr. Circusprogramm.
Ab morg. 1. 12., tägl. 8 Uhr:
Der bayrische Hiesel
Ein Spiel aus den Bergen
von Adolf Steinmann,
Musik von Jul. Einödshofer,
d. beliebt. Kom. Komponisten.
In den Hauptrollen bayrische Gäste:
Victor Mariel v. d. Münch. Kammersp.
Maria Hölle
Albert Moermann
vom Münchener Schauspielhaus
Gastspiel
der oberbayrischen Schuhplattler-Jodler-Gesellschaft vom
Tegernseer Bauerntheater
1. Wildschützen und Schmuggler.
2. Verlorene Heimat.
3. Die Flucht durch die Wasser des Paarsee.
4. In des Waldes tiefsten Gründen.
5. Ich schieß den Hirsch im tiefen Forst.
6. Gebetzles Wild.
7. Am Tage des Gerichts.
8. Die Sühne.
Die Apotheose des deutschen Waldes.
Vorher
das große, vollständig neue Circusprogramm
Martha Kohnke Hohe Schule.
Arcoudis: Die verwegenste F. zu der Welt.
Yamatos, spanische Akrobaten usw.
Sonnt. 3½ Uhr halbe Preise.
Volles Programm u. am Schl. 8
Berlins größte Märchenrevue
„Fahrt ins Märchenland".
Ein heiterer Zillefilm.
Schwere Jungen
Leichte Mädchen
Manuskript: L. Heilborn-Körbitz / Regie: Carl Boese
In den Hauptrollen: Lissi Arna, Gustav Fröhlich
Carl Boese-Film der National-Film A.-G.
Auf der Bühne Claire Waldoff
Uraufführung ab heute 5, 7, 9 Uhr
Primus-Palast, Potsdamer Str.

Kampf um die Konjunktur.

Verantwortlichkeit der Bürgerblockregierung. — Interpellation im Reichstag.

Weder die Bürgerblockregierung, noch die kapitalistischen und großagrarischen Kreise, von deren Fleisch und Blut sie ist, haben das geringste Recht, das Zustandekommen und Anhalten der guten Konjunktur der von ihnen verfolgten Wirtschaftspolitik als Verdienst anzurechnen. Die gute Konjunktur ist diesmal trotz aller schwarzen Voraussagen und trotz aller theoretischen und wirtschaftspolitischen Grundsätze, die von den Unternehmern aufgestellt wurden, als eine Konjunktur auf der Grundlage des inneren Marktes und namentlich des Massenkonsums zustandegekommen. Allein diese Tatsache straft alle diejenigen Lügen, die darüber geschrien haben, daß ohne Zurückweisung der Lohnforderungen und Herabsetzung der Soziallasten keine Erholung der deutschen Wirtschaft möglich sei. So klar und anschaulich, wie in einem besonders gelungenen physikalischen Experiment, sieht man jetzt durch die tatsächliche Entwicklung die Thesen bestätigt, die von sozialdemokratischer Seite den Behauptungen der kapitalistischen Kreise gegenübergestellt und dank der sozialdemokratischen Politik und dem gewerkschaftlichen Kampf teilweise praktisch durchgesetzt wurden. Die im großen ganzen erfolgte

Beibehaltung des erreichten Lohnniveaus während der Krise,

die Erweiterung und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die, wenn auch nur in begrenztem Maße durchgeführte planmäßige Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten, Auftragsvergebungen und Exportkrediterleichterungen, dies waren die Vorbedingungen für die Erhaltung relativ gesunder Verhältnisse innerhalb der Wirtschaft, wodurch die Entwicklung der guten Konjunktur möglich wurde. Gewiß hat dabei auch der Zustrom des Kapitals aus dem Auslande mitgeholfen, diese günstige Auswirkung der Kapitaleinfuhr wurde aber erst durch die genannten Voraussetzungen ermöglicht.

Wir können stolz darauf sein, daß der Kampf unserer Partei und der freien Gewerkschaften entscheidend dazu beigetragen hat, die **Wiedereinstellung von anderthalb Millionen Proletarier** und ein gewisses allgemeines Aufatmen zu ermöglichen. Ja, wir stehen nicht an zu sagen: wir sind stolz auf diese Konjunktur, die unsere theoretische Auffassung bekräftigt und unseren Kampf mit einem großen Erfolg gekrönt hat.

Immer mehr zeigt die Entwicklung, daß, soweit man von „Gesamtwirtschaft" oder „Volkswirtschaft" reden darf, es die Klassenpolitik der Arbeiterschaft und, als ihre Trägerin, die sozialdemokratische Partei ist, die diese gesamt- und volkswirtschaftlichen Interessen vertritt. Und wenn die Ansätze zur wirtschaftlichen Prosperität jetzt durch die volkswirtschaftliche wahnsinnige Wirtschafts- und Finanzpolitik bedroht sind, so ruft diese Situation wiederum unsere Partei auf den Plan, um die Konjunktur und dadurch die Beschäftigung von vielen Hunderttausenden womöglich zu schützen. So seltsam es klingen mag, es ist aber

der Kampf gegen die Gefährdung der Konjunktur,

der in den nächsten Tagen von der Sozialdemokratie gegen die Bürgerblockregierung **im Reichstage ausgefochten** werden wird. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß man schon jetzt durch planmäßige Wirtschaftspolitik die Konjunkturentwicklung dauernd regeln könnte, es ist aber keine Illusion, sondern eine offensichtliche Tatsache, daß die Konjunktur durch bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen gefährdet wird und gedrosselt werden kann. Und wir stehen jetzt vor der Möglichkeit einer solchen Drosselung der Konjunktur

dank der Erschütterung des deutschen Kredits im Auslande.

Der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht erscheint als Hauptfigur in diesem grotesken Schauspiel, wo der Kredit eines Landes durch eine planmäßige Kampagne untergraben wird, die von verantwortlichen offiziellen Stellen dieses Landes geführt wird. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Kampagne von der **Reichsregierung nicht nur geduldet, sondern kräftig unterstützt** wird. Die autonome Lage der Reichsbank darf in diesem Falle nicht zum Schutzwall für die Reichsregierung werden! Man redet zwar von den Differenzen zwischen verschiedenen Stellen, besonders davon, daß man im Wirtschaftsministerium alles andere als begeistert von der Politik des Herrn Schacht sei. Was nutzt das alles? Die Tatsache bleibt bestehen: die Reichsregierung tut das, was Herr Schacht will, und tut nichts, um seiner Politik entgegenzutreten.

Was hat die Reichsregierung getan,

um dem Einspruch des amerikanischen State Department gegen die preußische Anleihe vorzubeugen? Man sagt, dieser Einspruch sei nicht durch Herrn Schacht veranlaßt worden, er sei vielmehr ohne Wissen Schachts oder der Reichsregierung erfolgt. Angenommen, daß es wirklich so war, so ist es trotzdem völlig ausgeschlossen, daß das amerikanische Auswärtige Amt — und das State Department ist doch nichts anderes als das Auswärtige Amt — einen solchen Schritt getan hätte, ohne überzeugt zu sein, daß dies den Wünschen der deutschen offiziellen Stellen entspräche. Das wurde auch in der amerikanischen Presse behauptet. Die Behauptung ist ohne Widerspruch geblieben, daß die Federal Reserve Bank von New York gegen die preußische Anleihe vorstellig geworden sei — „ein Ergebnis der auf der Konferenz der Zentralbankdirektoren ausgearbeiteten Politik in bezug auf die Drosselung des nach Deutschland fließenden Dollarstroms". („Journal of Commerce" vom 4. Oktober 1927.) Das State Department handelte in dem guten Glauben, daß sein Schritt dieser Politik und damit auch dem Wunsche der Reichsregierung entspräche. Dann ist die Reichsregierung ohne Zweifel dafür verantwortlich, daß im amerikanischen Auswärtigen Amt eine solche Vorstellung über ihre Politik vorhanden war. Wir fragen weiter:

Warum hat die Reichsregierung nicht schon früher den Kampf für den deutschen Kredit aufgenommen,

wie es jetzt der amerikanische (!?) Botschafter in Berlin getan hat? Es war die Pflicht der deutschen Regierung, mit aller Deutlichkeit im Auslande gegen die den deutschen Kredit unterwühlende Aktion Stellung zu nehmen. Die Reichsregierung hat aber diese Aktionen mindestens tatenlos geduldet. Sie tat und tut aber noch mehr. Sie leistet dieser „Politik der Drosselung des nach Deutschland fließenden Dollarstroms" direkte Hilfe. Beweis: die neueste Geschichte der Beratungsstelle. Es war das Reichsfinanzministerium, das unlängst mitteilen ließ, daß die Beratungsstelle nicht eher wieder ihre Tätigkeit aufnehmen werde, als bis die Erhebung über die Verschuldung der Gemeinden durchgeführt worden sei. Und diese Erhebung soll den Zweck haben, „eine gerechte und zweckmäßige Entscheidung in der Verteilung des etwa zur Verfügung stehenden Auslandskapitals sicherzustellen". Diese Mitteilung war bewußt irreführend, indem sie so gefaßt war, als ob es sich nicht um die Ueberwachung und Drosselung der kommunalen Anleihen, sondern überhaupt um die „Verteilung des etwa zur Verfügung stehenden Auslandskapitals" handele.

Das ist ebenso eine Unwahrhaftigkeit, als wenn Herr Schacht in seiner Bochumer Rede sagt, daß die Reichsbank „es nicht zulassen kann, daß jeder Beliebige in Deutschland nach seinem Gutdünken zur Steigerung unserer ausländischen Zahlungsverpflichtungen beiträgt". Was tut aber Herr Schacht, um „jeden Beliebigen" zu überwachen? Er wendet sich gar nicht gegen „jeden Beliebigen", sondern **gegen die öffentliche Hand.** Die Beratungsstelle hat auch keine so weitgehende, und man darf sagen geradezu staatssozialistische Aufgabe wie die „gerechte und zweckmäßige Verteilung" des gesamten zur Verfügung stehenden ausländischen Kapitals, sondern sie ist jetzt berufen, den Anteil der öffentlichen Hand am einströmenden ausländischen Kapital zu verringern, während die privaten Unternehmungen das übrige nach Belieben „verteilen" dürfen.

Die Beratungsstelle wurde zum Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft mißbraucht.

Man sieht aber jetzt, daß dieser Kampf den gesamten deutschen Kredit schwer geschädigt hat, ja sogar eine Art von Kreditblockade gegen Deutschland hervorzurufen droht. Sind wir schon so weit, so läßt sich befürchten, daß das Ausland auch das kurzfristige bei uns angelegte Geld zurückziehen wird, wodurch geradezu katastrophale Folgen bewirkt werden könnten. Es ist eine schwerwiegende Schuld der Reichsregierung, wenn dieser gefährliche Zustand durch die Tätigkeit oder jetzt auch durch die Untätigkeit der Beratungsstelle verlängert wird. Wie glaubt die Reichsregierung,

diese konjunkturgefährdende Politik verantworten zu können?

Jetzt wird sie Rede und Antwort stehen müssen, und man darf auf ihre Erklärungen gespannt sein. Alle Beteuerungen guter Absichten werden aber nichts als leere Ausflüchte bleiben, wenn die Regierung nicht selber die oben geschilderte Politik aufgibt und dieser Politik, sofern sie von anderer Seite getrieben wird, nicht tatkräftigen Widerstand entgegensetzt. Bis jetzt wagte sie nicht diesen Widerstand zu leisten, schwerlich wird sie es auch in Zukunft wagen. Dafür ist sie selbst viel zu stark von den gleichen mächtigen kapitalistischen Interessen abhängig, ja vertritt bereits diejenigen Interessen, die um jeden Preis die öffentliche Wirtschaft abgewürgt sehen möchten und die hinter Herrn Schacht stehen, wenn er gegen „die wirtschaftliche Konkurrenz der öffentlichen Hand gegen ihre eigenen Staatsbürger" (Bochumer Rede) donnert. Sonst hätte die Bürgerblockregierung sehr gern Maßnahmen gegen die Gefährdung der Konjunktur getroffen, zumal die breiten Kreise der Industrie und des Handels an der Fortdauer der Konjunktur das stärkste Interesse haben. Jetzt steht sie aber der Situation völlig ratlos gegenüber. Sie darf nicht für die Wiederherstellung des deutschen Kredits sorgen, weil das jetzt mit einer entscheidenden Stellungnahme für die öffentliche Wirtschaft gegen die mächtigen Kapitalmagnaten gleichbedeutend wäre. Sie darf keine positiven Maßnahmen treffen, keine wahre produktions- und insbesondere ausfuhrfördernde Wirtschaftspolitik treiben, schon deshalb nicht, weil Herr Schiele in der Regierung sitzt, der so viel Verständnis für die „eigenen großagrarischen Staatsbürger" hat, daß dadurch jede vernünftige Zoll- und Handelspolitik unmöglich wird.

Die Lage der Bürgerblockregierung ist wahrhaftig nichts weniger als beneidenswert: sie hat wenig oder nichts getan, um die günstige Konjunkturentwicklung zu fördern und zu festigen, sie wird aber die volle Verantwortung für eine vorzeitige Abwürgung der Konjunktur zu tragen haben.

Rationalisierung des Maschinenbaues.

11—12 Prozent der Maschinenindustrie durch Zusammenschlüsse vereinigt.

Im Rahmen der von der Handelshochschule veranstalteten Vortragsreihe sprach Direktor Lange vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten über die Rationalisierungsfragen in der Maschinenindustrie. Der Maschinenbau sei als Träger der Rationalisierung anzusehen, da er den übrigen Industrien die Produktionsmittel zur Durchführung ihrer betrieblichen Rationalisierung liefern muß.

Welche Aufgaben der Maschinenindustrie für weitere Rationalisierung in der Weltwirtschaft noch bevorstehen, geht am besten aus dem Maschinenverbrauch je Kopf der Bevölkerung in den einzelnen Ländern hervor. Nach dem Stande von 1925 betrug dieser Verbrauch in den Vereinigten Staaten rund 99 Mark, in Großbritannien 43 Mark, in Deutschland 36 Mark, in Süd- und Mittelamerika 7 Mark, in Rußland 4 Mark und in China 20 Pfennig. In Deutschland ist besonders der Maschinenverbrauch der Landwirtschaft noch steigerungsfähig, in der noch etwa 37 Proz. der Ernte mit der Hand gemäht wurden.

Die Rationalisierung in der Maschinenindustrie selbst betrifft einmal die Organisation des Produktionsapparates und andererseits die innerbetriebliche Organisation. Die organisatorische Rationalisierung zielt insbesondere auf Typisierung und Spezialisierung der Erzeugnisse hin und damit auch auf Zusammenschlüsse gleichgerichteter Unternehmungen bzw. betriebliche Interessengemeinschaften. Nach dem Stande von 1926 haben sich an der Belegschaft gemessen etwa 11 bis 12 Proz. der Maschinenbetriebe zusammengeschlossen, womit diese Bewegung jedoch keineswegs beendet ist. So haben insbesondere in der Bergwerksmaschinen- und Kälteindustrie im Laufe des letzten Jahres größere Fusionen stattgefunden. Die innerbetriebliche Rationalisierung kann nicht allein auf der Produktionstechnik fußen. Etwa 30 Proz. der Erzeugnisse kommen für einen Uebergang von der Einzel- zur Reihenproduktion überhaupt nicht in Frage, weil eine Anpassung an den individuellen Bedarf notwendig ist. Diese Anpassung ist besonders häufig dann erforderlich, wenn Fließvorrichtungen für andere Industrien zu bauen sind. Außerdem kann die Reihenproduktion nur dann mit Erfolg aufgenommen werden, wenn die entsprechenden Absatzgebiete vorhanden sind.

Im gewissen Sinne hat sich die Rationalisierung der Maschinenindustrie bereits volkswirtschaftlich günstig ausgewirkt, da nach amtlichen Feststellungen die Maschinenpreise etwa 4 Proz. hinter dem Großhandelsindex zurückgeblieben seien.

Soziale Baubetriebe voran.

Bauhüttentag und Gemeinwirtschaft.

Die Tagung der Sozialen Baubetriebe nahm am Dienstag nach längerer Debatte über Fragen der wirtschaftlichen Betriebsführung eine Entschließung an, wonach alle angeschlossenen Betriebe verpflichtet sind, in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wirtschaftliche Betriebsführung" des Verbandes der Betriebsorganisationen so auszubauen, daß sie ein Höchstmaß von Klarheit und Leistungsfähigkeit gewährleistet. Die Entschließung fordert die baugewerblichen Gewerkschaften auf, das Verständnis ihrer Mitglieder für wirtschaftliche Fragen zu fördern, um unter den Bauarbeitern die psychologischen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Betriebsführung zu schaffen.

Dann sprach Bezirksleiter Hermann (Mitteldeutschland) über das Bildungswesen im Verband Sozialer Baubetriebe. Er führte u. a. folgendes aus: Alle Rationalisierungsbestrebungen haben ihre Grenze in der Beschaffenheit der Menschen. Wir müssen daher auch die Menschen bewirtschaften. Notwendig ist vor allem die Beseitigung der schlechten Behandlung der Arbeiter, wie sie vielfach in der Privatwirtschaft zu finden ist. Wird dieses Ziel erreicht, dann sind die besten Bedingungen für eine wirtschaftliche Betriebsführung geschaffen. Die Ausführungen des Referenten fanden ihren Niederschlag in einer Resolution, die den Betrieben empfiehlt, der Lehrlingsfrage und der allgemeinen und fachwissenschaftlichen Weiterbildung der Bauhüttenleute besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Am Schluß beschäftigte sich die Tagung mit der Stellung des Bauhüttentages zum Verband sozialer Baubetriebe. In einer Entschließung wird der Bauhüttentag als wirtschaftliches Parlament zur Erreichung der Gemeinwirtschaft im Baugewerbe bezeichnet und der Gesellschafterversammlung empfohlen, ihm die Aufgabe zu überweisen, die Organe des Verbandes in betriebswissenschaftlichen, fachlichen und organisatorischen Fragen zu beraten und Aenderungen und Neuerungen zu behandeln.

Frostwetter drückt den Arbeitsmarkt.

Aber auch die Politik Schachts!

Die vierte Novemberwoche stand noch den einzelnen Berichten der Arbeitsämter ganz unter den Einwirkungen des plötzlich eingetretenen Frostwetters, das die Arbeitsmarktlage vorzeitig in einem nicht erwarteten Maße verschlechtert hat. Fast sämtliche Außenarbeiten mußten eingestellt werden, wodurch der Andrang der Arbeitslosen bei den Arbeitsnachweisen einen in dieser plötzlichen Zusammenballung seit langem nicht beobachteten Umfang angenommen hat. Während in der Woche vorher schon die Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe stark abgenommen hatten, kamen diese in der Berichtswoche so gut wie ganz zum Stillstand.

Abgesehen von den saisonmäßigen Einflüssen haben sich die Aussichten für die Bautätigkeit in den nächsten Wochen auch dadurch verschlechtert, daß zahlreiche Gemeinden infolge der ungünstigen Geldmarktlage **nicht nur nicht imstande sind, die für diese Monate geplanten Neubauten auszuführen, sondern daß sie neuerdings sogar in Gefahr geraten sind, bereits begonnene Neubauten nach Erschöpfung der hierfür verfügbaren Mittel nicht fertigstellen zu können.**

Schachts Saat trägt ihre Früchte!

Bald 1 Million Versicherte der Volksfürsorge.

In den ersten 10 Monaten des Jahres 1927 sind bei der Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft, der Volksfürsorge, rund 310 000 Anträge auf Volks- und Lebensversicherungen gestellt worden, davon im Oktober allein 33 000. Gegenwärtig zählt die Volksfürsorge einen Bestand von etwa **950 000 Versicherungen mit etwa 350 Millionen Reichsmark Versicherungssumme!** Die erste Million-Versicherter ist also bald erreicht. Durch solche erfreulichen Fortschritte wird die Volksfürsorge immer mehr eins der größten deutschen Lebensversicherungsunternehmen.

In diesem Jahre sind bis einschließlich Oktober rund 916 000 Mark an Versicherungssummen zur Auszahlung gebracht worden. Von dieser Summe entfallen rund 190 000 Mark auf tödliche Unfälle.

Verdoppelter Reingewinn und 10 Proz. Dividende. Die sehr günstige Konjunktur hat sich auch für die Schlesische Cellulose- und Papierfabriken A.-G. in Cunnersdorf ausgewirkt. Nach vorherigem Abzug sämtlicher Handelsunkosten wird ein um 300 000 M. erhöhter Bruttogewinn ausgewiesen. Obwohl die Abschreibungen auf die Anlagen noch um 160 000 M. höher sind als im letzten Jahre und mit 0,43 Millionen Mark fast 14 Proz. des Aktienkapitals betragen, verbleibt mit 460 000 M. ein Reingewinn in doppelter Höhe des Vorjahres. Daß die Gesellschaft trotzdem die Dividende „nur" von 8 auf 10 Proz. erhöhte, hängt sicherlich mit der Obligationenanleihe von 1,0 Million Mark zusammen, deren zehnprozentiger Zinsfuß sich vertragsgemäß mit einer 10 Proz. überschreitenden Dividende gleichfalls erhöht. In der Bilanz lassen die hohen Zugänge von 0,34 Millionen Mark auf Maschinen eine weitere Mechanisierung der Betriebe erkennen, die vermutlich mit der in Holland aufgenommenen Auslandsanleihe von einer halben Million Gulden finanziert wurde. Außerdem werden für Gebäude und und Fahrzeuge noch rund 100 000 M. Zugänge ausgewiesen. Durch den Verkauf von Vorrechtsaktien, deren Erlös in einer Spezialreserve angelegt wurde, sind die Reserven bei einem Aktienkapital von 3,2 Millionen Mark auf fast 600 000 M. gestiegen. Auch an Betriebsmitteln herrscht kein Mangel. So erhöhten sich Forderungen und Bankguthaben von 1,8 auf 2,0 Millionen Mark, während in den von 2,3 auf 2,6 Millionen gestiegenen Schulden die halbe Million Hollandanleihe enthalten ist, so daß die laufenden Verpflichtungen sogar um 200 000 M. geringer sind. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden weiterhin als sehr günstig bezeichnet, so daß die Beschäftigung für die fast 1500 Mann betragende Belegschaft in den fünf hauptsächlich in das Riesengebirge gelagerten Werken auch für die nächsten Monate gesichert ist.

Und doch Verzögerung des Heimstättengesetzes? Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages besteht die Absicht, zunächst das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu beraten, das dem Ausschuß in einer der letzten Vollsitzungen überwiesen worden ist. Dadurch muß die zum Arbeitsgebiet des Ausschusses gehörende Beratung des Heimstättengesetzes, bei dem die Frage einer eventuellen Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes über Schankkonzessionen zur Entscheidung steht, weiter hinausgeschoben werden. Es ist nicht damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf noch im laufenden Jahre an das Plenum gelangen kann.

Kampf und Aufstieg.

Generalversammlung des Verkehrsbundes.

Die Bezirksverwaltung Berlin des Verkehrsbundes hielt am Montag im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Quartalsgeneralversammlung ab. Die Versammlung billigte zunächst ohne Debatte einstimmig einen Beschluß der Bezirksverwaltung, für die Arbeitslosen eine Weihnachtssammlung zu veranstalten, zu welchem Zweck Beitragsmarken zu 1 M. und 50 Pf. herausgegeben werden. Genosse Klose betonte, daß es eine Ehrenpflicht sei, daß jedes männliche Mitglied wenigstens einen freiwilligen Beitrag von 1 M. und jedes weibliche Mitglied einen Beitrag von 50 Pf. entrichte. Im Anschluß an einige weitere Mitteilungen gab Genosse Ortmann den Geschäftsbericht für das dritte Quartal.

Dieses Quartal schließt mit einer geringeren Zahl von Angriffsbewegungen ab, was aber nur darauf zurückzuführen ist, daß viele der im dritten Quartal eingeleiteten Bewegungen erst zu Anfang des vierten Quartals beendet werden konnten. Im dritten Quartal wurden 24 Angriffsbewegungen in 1086 Betrieben mit 4585 Beschäftigten geführt und beendet, die den Beteiligten eine wöchentliche Lohnerhöhung von insgesamt 17 359,65 M brachten, das sind pro Kopf rund 3,78 M. Manteltarife wurden sieben abgeschlossen in 313 Betrieben mit 2055 Beschäftigten. Eine Ueberstundenbezahlung von 15 bis 25 Proz. wurde in sechzehn Fällen vereinbart und zwar in 3684 Betrieben mit 10 198 Beschäftigten. In einem Betriebe wurde durch Proteststreik die Maßregelung eines Berufsangehörigen rückgängig gemacht und erreicht, daß die Streiktage bezahlt wurden.

Genosse Ortmann ging dann näher auf die einzelnen Bewegungen ein und betonte, daß die Bewegungen leider nicht immer den Erfolg hatten, wie ihn die Organisation wünschte. Der Erfolg war aber auch meist ein Spiegelbild des Organisationsverhältnisses der daran Beteiligten. Zwischentarifliche Lohnforderungen konnten nur in wenigen Fällen durchgesetzt werden, da die Unternehmer meist auf die Einhaltung des Tarifvertrages pochten und die Organisation ihre Mitglieder nicht zum Kampf auffordern kann.

Durch die rege Agitationstätigkeit der Funktionäre sind der Organisation im dritten Quartal wieder 4244 neue Mitglieder zugeführt worden, wozu noch 244 Uebertritte kommen. Mit diesem Erfolg kann die Organisation schon zufrieden sein, zumal der Zustrom zur Organisation auch im vierten Quartal anhält. Genosse Ortmann ging dann auch noch auf die letzte Bewegung in den Verkehrsbetrieben ein. Er erklärte u. a., daß der Organisation höchstens der Vorwurf gemacht werden könne, daß sie die Bewegung der Straßenbahner trotz des schlechten Organisationsverhältnisses auf die Spitze getrieben habe. Wenn sich die Unorganisierten nicht endlich zum Anschluß an die Organisation bereit finden, werden es sich die Organisierten in Zukunft überlegen müssen, ob sie weiter für die Unorganisierten ihre Existenz aufs Spiel setzen und die Kastanien für sie mit aus dem Feuer holen. Zum Schluß noch auf die Verschmelzungsfrage eingehend, berichtete Ortmann, daß die Verhandlungen wieder lebhafter in Fluß gekommen sind.

Der Kassierer, Genosse Bretzke, konnte über eine gute Entwicklung der Finanzen berichten. Der Bestand der Lokalkasse hat sich im dritten Quartal von 36 577 M. auf 54 458 M. gehoben.

In der ziemlich ausgiebigen Diskussion wurde zum eigentlichen Geschäftsbericht fast gar nichts gesagt, sondern von den Kommunisten nur die Bewegung in den Verkehrsbetrieben benutzt, um gegen das Schlichtungswesen, den sozialdemokratischen Schlichter und die „reformistische" Gewerkschaftstaktik vom Leder zu ziehen. Besonders die Ausführungen des Kommunisten Schramm verrieten solche Unkenntnis, daß man sich nur wundert, wie frech solche Leute über die Führung von Bewegungen zu reden wagen.

In seinem Schlußwort rechnete Genosse Ortmann sehr scharf mit diesen Phrasenhelden ab. Die Versammlung entschied dann noch über einige interne organisatorische Fragen und erledigte die vorliegenden Anträge.

Der gekennzeichnete Kellner.

Ein Blick des Syndikus genügt!

Ein Kellner B. hat sich vor sechs Jahren an einem Streik in einem großen Restaurant hervorragend beteiligt. Er hat als Vorsitzender des Betriebsrates, wie es seine Pflicht war, die Interessen der Arbeitnehmer im Betriebe wahrgenommen und wenn es nötig war, deren Rechte vor dem Gewerbegericht vertreten. Bei den Unternehmern im Gastwirtsgewerbe, namentlich bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes, gilt B. deshalb als „Hetzer und Aufwiegler" und es ist ihm seitdem nicht leicht, Arbeit zu finden. In letzter Zeit hatte B. in einem kleineren Betrieb Stellung erhalten. Er könnte vielleicht noch jetzt dort arbeiten, wenn nicht eines Tages sein Verhängnis in der Person des Herrn Geisthard erschienen wäre, der Geschäftsführer des Vereins der Kaffeehausbesitzer ist.

Geisthard besuchte den Wirt des Lokals, in dem B. damals beschäftigt war, um Angelegenheiten des Arbeitgeberverbandes mit dem Wirt zu besprechen. Als die beiden plaudernd am Tisch saßen, ging der Kellner B. vorüber. Geisthard warf einen vielsagenden Blick auf B. und lächelte. Dem Wirt fiel das auf, er meinte, der Blick und das Lächeln müsse doch etwas zu bedeuten haben. Also fragte er Geisthard: „Kennen Sie den?" — „Na und ob" — antwortete Geisthard — „den habe ich oft auf dem Arbeitsgericht getroffen und an der Affäre im Reginapalast war er auch beteiligt." So wurde dann das „Sündenregister" des Kellners „vertraulich" besprochen.

Am folgenden Tage erhielt B. seine Kündigung. Dabei sagte der Wirt: „Wie Sie wissen, war Herr Geisthard gestern hier, ich muß Sie entlassen."

B., der hiernach annehmen mußte, daß Geisthard seine Entlassung verlangt oder doch veranlaßt habe, forderte durch eine Klage beim Arbeitsgericht Schadenersatz von Geisthard. Dieser führte zu seiner Verteidigung an, er habe ja nicht die Entlassung des Klägers verlangt, sondern nur auf Anfrage mitgeteilt, was er von diesem wußte. Das könne ihm nicht verübelt werden. — Nachdem in drei Terminen — jedesmal unter einem anderen Kammervorsitzenden — der vorstehend erwähnte Tatbestand festgestellt war, erwartete man im vierten Termin, der wieder unter einem anderen Vorsitzenden stattfand (in der Besetzung mehrerer Kammern mit richterlichen Vorsitzenden ist das Arbeitsgericht noch nicht zu stabilen Verhältnissen gekommen) die endgültige Entscheidung. Dieser Vorsitzende fand nun, und die Kammer stimmte ihm darin bei, daß das Arbeitsgericht für diese Klage nicht zuständig sei, da zwischen dem Kläger und dem Beklagten kein Arbeitsverhältnis bestanden habe und der Beklagte auch nicht als Dritter an einem Rechtsstreit aus einem Arbeitsverhältnis beteiligt sei. Die Klage wurde dem zuständigen Amtsgericht überwiesen.

Wie dieser Rechtsstreit schließlich auch entschieden werden mag, soviel ist bereits jetzt festgestellt, daß ein vielsagender Blick und ein bedeutungsvolles Lächeln des Geschäftsführers eines Arbeitgeberverbandes genügt, um eine vertrauliche Aussprache herbeizuführen, deren Ergebnis ist, daß der so gekennzeichnete Arbeitnehmer brotlos gemacht wird. Da haben wir also eine mimische Ergänzung der schwarzen Liste, die ebenso schändlich ist wie diese selbst.

Superintendent und Ortskrankenkasse.

Eine giftige Begebenheit.

In dem Kampf der Reaktion gegen den Einfluß der freiorganisierten Arbeiterschaft in den Ortskrankenkassen haben nun auch die Superintendenten und Pastoren mobil gemacht. So leistete sich der Superintendent Dr. Bronich, bisheriger Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Züllichau, in einer Versammlung der christlich-unpolitischen Wahlvereinigung folgende geradezu unerhörte Hetze:

„An uns liegt es, so erklärte er, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß wir bei der kommenden Wahl zur Krankenkasse eine überwiegende Mehrheit gewinnen. Bedenken Sie, für fünf Jahre soll im kommenden Monat eine Entscheidung fallen. Es muß ein anderer Geist von einer so wichtigen, mit der Bevölkerung in engster Verbindung stehenden Stelle in das Volk hineingetragen werden. Das Krankenkassenbureau muß entgiftet werden. Die Ausströmung des Giftes von unserem Krankenkassenbureau in die Bevölkerung muß unterbunden werden. Es ist als gute Christen unsere Pflicht, die Menschheit zu Gott zurückzuführen. Bedenken Sie doch, wie furchtbar es ist, an einer so einflußreichen Stelle drei Dissidenten zu wissen. Diese sozialdemokratische Zentrale muß entgiftet werden. Die Angestellten sollen ganz klein werden. Wir müssen versuchen, sie zu knebeln, sie müssen „kuch" machen. Verzeihen Sie, meine Herren, die harte Ausdrucksweise, aber hier ist der Hebel anzusetzen."

Der Herr Superintendent scheint ein recht giftiger Herr zu sein. Er vergiftet, wo er entgiften will. Seine giftige Hantierung muß unschädlich gemacht werden. Das nötige Gegengift in Gestalt einer großen Mehrheit freigewerkschaftlicher Stimmen ist dazu unbedingt notwendig.

Streik der Rasiermesserschleifer.

Solingen, 29. November.

Die Rasiermesserschleifer der Solinger Heimindustrie sind in den Streik getreten, nachdem auch in zweiter Abstimmung der neugestaltete Lohntarif abgelehnt worden war. Die Verhandlungen mit den Taschen- und Federmesserausmachern haben zu keinem endgültigen Ergebnis geführt, obwohl in einigen wesentlichen Fragen eine Einigung erzielt wurde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Heute, Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr, im Zimmer 28 des Verbandshauses, Linienstr. 83-85

Versammlung

sämtlicher jugendlichen Kollegen der Werkzeugmacherbranche.

Tagesordnung: Werksport oder Arbeitersport.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Morgen, Donnerstag, 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 24 25

Versammlung

der Metallformer u. Berufsgenossen

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. 2. Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, 1. Dezember, abends 6 Uhr, im Zimmer 28 des Verbandshauses, Linienstraße 83/85

Versammlung

aller Metallarbeiter in der chemischen Industrie.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wir ersuchen die Kollegen dringend, in der Versammlung zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen. — Es wird pünktlich um 6 Uhr begonnen.

Achtung! **Mechaniker** Achtung

Die Branchen-Vertrauensmännerkonferenz für den Monat Dezember findet bereits morgen, Donnerstag, 1. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 24/25, statt.

Die regelmäßige Konferenz am letzten Donnerstag des Monats fällt für Dezember aus.

Die Ortsverwaltung.

Herren-Maß-Schneiderei „ALEXECK"

Gontardstr. 5, II. Etg., Ecke Königstr. Erstklassige Stoffe. Solide Preise. Ratenzahlung ohne Preisaufschlag

BAER & SOHN

Berlin, N. 4 nur Chausseestraße 29-30

Jeden Mittwoch Knaben-Tag

Extra billige Preise

Knabenhosen aus haltbaren Buckskins Leibchenhose .... von 1.65 an

Pyjacks aus blauem Zeltcoin, warm gef., mit Aermelstick., für 3jähr. 5.50

Strickanzüge reine Wolle, in hervorragender Qualität, Gr. 1 8.25

Knaben-Anzüge Größe 0—6, Matrosen- u. Sportform, aus gemusterten Stoffen 8.40

Knaben-Mäntel in verschied. Stoffarten, je nach Qualität u. Größe, für 3jährige 8.50

Henko

Wasch- und Bleich-Soda

macht hartes Wasser weich!

L. JUERGENS

ALEXANDER PLATZ

Das Haus für Einpfennigartikel

Beleihung aller Werte, auch Nähmaschinen, Pfänderverkauf, Pfandleihe Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus.

Zuckerkranke

Fragen Sie Ihren Arzt Sb. A. Siegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügl. hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldorf B 37 (Hessen).

Kopfschmerz, Nervenschmerzen

„Darmitin"-Pulver

In allen Apotheken Mk. 6.15

unschädlich, sofort wirkend

Leopold Gadiel

Königstr. 22-26 1. Stock

Spezialhaus für große Weiten

Hochelegante Strickkleider aus ganz vorzüglichem Material, in den neuesten und schönsten Farbenzusammenstellungen .. nur 22.

Pullover und Westen hochelegante, für Damen, reine Wolle und reine Wolle mit Kunstseide durchwirkt, in den modernsten und schönsten Dessins, in ungeheurer Auswahl nur 13.

Seltene Gelegenheiten für Ihre Weihnachtseinkäufe!

Hochelegantes Wolltrikot-Kleid prima reinwollene Qualität, in entzückender Jumperform. Sowohl der moderne viereckige Ausschnitt und die Manschetten als auch die Taille und der Saum des mit Falten versehenen Rockes sind mit farbenfroh abgetönten Blenden besetzt, die dem wirklich entzückenden Kleid einen reizvollen Schmuck verleihen ..... nur 19.

Blendend schöne Mädchen-Kleider aus prima reinwollenen Stoffen in herrlichen schottischen und anderen Dessins, mit langen und kurzen Ärmeln, hübschhafte kleidsame Formen ab Größe 50 ..... nur 8.
Jede weitere Größe kleiner Aufschlag

Eine Riesenserie herrlicher Mädchen-Mäntel aus prima Velours de laine und anderen Woll- und Fantasie-Stoffen sehr guter Qualität, entzückende frische Macharten und Formen, ab Größe 50 ..... nur 10.
Jede weitere Größe kleiner Aufschlag

Mortenröcke aus gutem warmen, molligen Wollfloe-Flausch, in vielen modernen Formen, in großer Farbenauswahl und auch in großen Weiten nur 6.

Crêpe de Chine-Blusen hochelegante vorzügliche Qualitäten, mit reicher Fältchen- und Knopfgarnierung in allen Pastellfarben, auch in weiß nur 13.

Kleiderröcke prima reine Wolle, blau schwarz und farbig, ringsherum plissiert .... nur 8.
In allergrößten Weiten nur M. 12.—

Hochelegante Winter-Mäntel aus gutem Ottomane, jugendlich frische Wickelform. Der vorzüglich gestaltete Mantel ist ganz auf eigenem Bannend gefüttert. Die breite Steppbordüre, der große Pelzkragen, die Pelzmanschetten und die reiche Pelzverbrämung am Vorderteil machen den Mantel zu einem der letzten Mode entsprechenden eleganten und vornehmen Kleidungsstück. In blau, schwarz und farbig . nur 39.

Schnupftabaks Ende?

Von Dr. W. Wächter.

Wie die Zeitungen berichten, soll eine der berühmtesten und ältesten Schnupftabakfabriken, Loybeck und Cie. in Augsburg, beschlossen haben, zu liquidieren, da die Schnupftabakfabrikation sich nicht mehr lohnt. — Wenn diese Nachricht richtig ist, so stehen wir hier vor einem kulturhistorisch bedeutsamen Ereignis. Für den Tabakforscher bedeutet das ungefähr dasselbe, wie wenn der Oenologe, der Weinforscher, durch die Nachricht überrascht würde, daß eine unserer großen Sektkelereien ihren Betrieb einstellen wolle, weil die Champagnerfabrikation unrentabel geworden sei.

Wer nicht mehr zu den ganz Jungen gehört, wird ja in den letzten Jahrzehnten schon die Beobachtung gemacht haben, daß die Sitte des Tabakschnupfens merklich zurückgegangen ist. In Norddeutschland sah man schon um die Wende des Jahrhunderts eigentlich nur noch einige alte Leute schnupfen, und in Bayern hat das Schnupfen mit dem Kriegsende fast ganz aufgehört. Wer früher im Münchener Hofbräuhaus oder einem der anderen großen Bierhäuser das Publikum beobachtete, hatte sein Vergnügen an den Schnupfern. Fast jedermann hatte sein Schmalzlerfläschchen in der Tasche; kleine flache, runde Flaschen mit oft merkwürdig phantastischen Propfen enthielten das köstliche Pulver, und es gehörte eine gewisse Geschicklichkeit dazu, das genügende Quantum in die Daumengrube zu schütten. Erst wurde das eine Nasenloch versorgt und dann das andere, und ungeheures Behagen spiegelte sich auf den Gesichtern der Philister, wenn sie „die Nase voll" hatten. — Andere hatten anstatt des Schmalzlerfläschchens kleine ovale flache Holzdosen, aus denen sie mit dem Deckel den Tabak herausschaufelten und ihn direkt in die Nasenlöcher schoben. — Schnupftabaksdosen, aus denen man mit Daumen und Zeigefinger eine Prise herausnahm, waren seltener zu sehen, denn die Tabaksdose, die „Tabatière" war ein Instrument, das aus den „vornehmen Kreisen nicht allgemein ins Volk gedrungen war, wenigstens in Bayern nicht. Im Norden sah man auch in Bürger- und Arbeiterkreisen die Schnupftabaksdose, auf die man erst dreimal klopfte, bevor man den Deckel öffnete. — In Berlin habe ich eigentlich nur einen alten Herrn persönlich gekannt, der schnupfte. Er wollte mich zum Schnupfen verführen, weil er meinte, man gewöhne sich dadurch am besten das Rauchen ab. Als wir eines abends zusammen waren, sah ich aber, daß der alte Herr zwar fortwährend die Schnupftabakdose in Bewegung hatte, aber trotzdem im Laufe des Abends vier Zigarren rauchte. Es ist nicht so leicht, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben.

Sonderbar ist, daß das Schnupfen in Europa zum Teil früher als das Rauchen aufkam, obwohl in Amerika, dem Heimatlande des Tabaks, im Mittelalter nicht geschnupft wurde. — Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wurde die erste Schnupftabakfabrik zu Sevilla in Spanien gegründet, die den berühmten „Spaniol" herstellte. Als dann später über Frankreich der Tabak nach Italien kam, führten spanische Geistliche das Schnupfen in Rom ein, gegen welches der Papst Urban VIII. 1624 eine Bulle erließ, in der das Schnupfen den Geistlichen verboten wurde. Dies Verbot wirkte aber nicht lange, denn die Staaten erkannten, daß aus der Tabakfabrikation durch Steuern und Monopole mancherlei Gewinn zu erzielen war, und vor allem war es damals Venedig, das große Einnahmen hatte.

Das Rauchen wurde zunächst durch spanische Matrosen betrieben, und es galt als unvornehm, während sich das Schnupfen an allen europäischen Höfen derart einbürgerte, daß auch Nichtschnupfer wenigstens eine kostbare Tarbatière besaßen, mit der sie hantierten. Die Fürsten pflegten ihren Günstlingen kostbare Schnupftabaksdosen zu verehren, und es existieren unzählige Anekdoten über Könige und ihre Schnupftabaksdosen. Von Friedrich II. und Napoleon erzählt man sich, daß sie für ihren eigenen Gebrauch keine Dosen benutzten, sondern den Tabak offen in der Westentasche trugen, weil auf diese Weise an Zeit gespart würde. — Merkwürdig mutet uns es heute an, daß auch die vornehmen Damen schnupften; denn bei Licht besehen, ist die Schnupferei, mag sie noch so gesund und angenehm sein, eine etwas schmutzige Angelegenheit, worüber auch die großen bunten Taschentücher nicht hinwegtäuschen können. — Irgendein Tabakgegner hat einmal gesagt: Wer schnupft, sieht aus wie ein Schwein, wer raucht, riecht wie ein Schwein, und wer kaut, ist ein Schwein." Im Rauchen steckt viel Poesie, das Kauen kann ein Raucher zur Not auch noch begreifen, aber um am Schnupfen einen Genuß zu finden und diesem gar leidenschaftlich zu frönen, muß man selbst ein Schnupfer sein. Offenbar war das Schnupfen gepulverter Tabakblätter anfangs ein Heilmittel gegen Katarrh; daß aus Heilmitteln „Rausch"gifte werden können, sehen wir ja heutzutage an dem Kokainschnupfen.

Wie man lernte, den Rauchtabak durch Gärung oder durch Zusätze zu verbessern, so „veredelte" man auch den Schnupftabak. Zur Bereitung des Schnupftabaks werden die fermentierten (gegorenen) Blätter entrippt und dann in eine Soße gelegt, ausgepreßt, in leinene Säckchen gepackt und festgebunden. Nach dem Trocknen auf einem luftigen Gestell wird der Tabak zu sogenannten „Karotten" gepreßt, die nach längerem Lagern gemahlen werden. Für die Soße oder Beize des Schnupftabaks werden Rosinen, Wacholdersaft, Tamarinden, Zuckersirup, Sassafras, Kalmus, Kubeben, Kardamomen, Nelken, Pottasche, Kochsalz usw. verwandt. Auch dem fertigen Tabak werden unter Umständen aromatische Stoffe hinzugefügt. Bekannt ist z. B., daß viele Schnupfer eine Tonkobohne in ihre Dose legen, die ihres Kumaringehaltes wegen dem Tabak einen Waldmeisterduft verleiht. — Die Zusammensetzung der Beizen ist natürlich das Geheimnis der einzelnen Fabriken, und die richtigen Schnupfer schwören natürlich auf ihre Sorte, genau wie die Raucher und Verehrer des Kautabaks.

Sollte nicht wieder eine rückläufige Bewegung einsetzen, so daß das Schnupfen nach etwa dreihundertjährigem Gebrauch in absehbarer Zeit wirklich ausstirbt, wie es den Anschein hat, so stünden wir hier vor einer einzigartigen Erscheinung. Was Verbote, Strafandrohungen, Spott und Hohn oder Schimpfen nicht vermochten, hat die Mode vollbracht, ohne daß wir sagen könnten, was der Grund dieser Aenderung im Geschmack gewesen sein mag. Daß die Pfeife der Zigarre und in neuester Zeit der Zigarette Platz gemacht hat, läßt sich aus dem neuzeitlichen nervösen Arbeits- und Vergnügungsrhythmus erklären, der aller „altertümlichen" Behaglichkeit abhold ist. Grundlegende Aenderungen in der Kleidermode haben auch ihren Grund in allerlei wirtschaftlichen Aenderungen; Aenderungen im Geschmack und der Wertschätzung von Nahrungsmitteln sind ebenfalls erklärlich. So hat man sich an die Kartoffel gewöhnt durch Zwang, an die Tomaten durch Ueberangebot und Billigkeit. All dergleichen fehlt für die Erklärung des Schnupftabakksterbens. Das Schnupfen ist billiger als das Rauchen, Ware ist im Ueberfluß vorhanden, das Großkapital ist jederzeit gewillt, die Fabrikation zu unterstützen, wenn Bedarf vorhanden ist, und zeitraubender als das Zigarettenrauchen ist das Schnupfen auch nicht.

So hat also das Schließen der genannten Fabrik nicht nur für den Tabakforscher, den Botaniker, den Kulturhistoriker, sondern auch für den Wirtschaftstheoretiker eine gewisse Bedeutung, und wer einmal die Geschichte des Schnupftabaks schreiben wird, darf nicht an dem Problem der Launenhaftigkeit der Mode vorbeigehen, ohne zu versuchen, es zu lösen.

Der hypnotisierte Magen.

Neue medizinische Beobachtungen.

Eine für das Wesen der Hypnose und ihren Einfluß auf die Funktionen des Körpers äußerst bedeutsame Frage wurde in jüngster Zeit durch die Beobachtungen der Forscher Delhougne und Hansen geklärt. Als Ergebnis einer Reihe eingehender Untersuchungen konnte nämlich festgestellt werden, daß durch die Hypnose, die die bewußte psychische Einwirkung des Hypnotisierten ausschließt, gleichwohl starke Beeinflussungen in bezug auf die Tätigkeit des Magens und der Bauchspeicheldrüse (Pankreas) zu erzielen sind. Die Versuche, die man natürlich ohne Vorwissen der Versuchsperson ausführte, erfolgten in der Weise, daß der in tiefer Hypnose befindlichen Patientin suggeriert wurde, daß sie verschiedene wohlschmeckende Mahlzeiten zu sich nehme, und zwar sowohl Nahrung mit besonders ausgeprägtem Eiweiß- oder Fettgehalt als auch Kohlehydratenahrung. In gewissen Zwischenräumen, besonders auch vor der Hypnose, wurde dann der Magensaft untersucht. Die Mahlzeit, die in der Hypnose suggeriert worden war, wurde nach dem Erwachen der Patientin wirklich gereicht; die Erinnerung an die suggerierte Mahlzeit war jedoch — auf Befehl des Hypnotiseurs — nachträglich gänzlich geschwunden.

Die genaue Untersuchung des während der suggerierten Mahlzeiten erzeugten Magensaftes lieferte nun ein sehr bemerkenswertes Ergebnis: es zeigte sich, daß die Zusammensetzung des Magensaftes immer ganz genau der jeweils suggerierten Nahrung entsprach. Bei der Scheinmahlzeit fetter Speisen entstand Magensaft, dessen Verdauungswerte auf die Fettnahrung eingestellt waren, die suggerierte Fleischkost dagegen veranlaßte die Bildung eines Magensaftes mit die Fleischverdauung förderndem, vermehrtem Pepsin- und Trypsingehalt, während der infolge der suggerierten Kohlehydratenahrung gebildete Magensaft eine Vermehrung der Diastasewerte, also ebenfalls eine deutliche Reaktion auf die Verdauungsnotwendigkeit der betreffenden Speisen aufwies. In mehreren Versuchen, in deren Verlauf der Hypnotisierten suggeriert wurde, sie nehme die Mahlzeit mit ihr sympathischen und nahestehenden Menschen zusammen ein, traten wesentliche Veränderungen auf, zweifellos hervorgerufen durch die psychische Lust oder Unlust, die während der suggerierten Mahlzeiten die normale Bildung von Verdauungssaft gehemmt hatten.

Die Versuche, die sich bei gleicher Gelegenheit auch auf die Untersuchung der von der Bauchspeicheldrüse abgesonderten Säfte erstreckten, hatten ganz ähnliche Ergebnisse. Immer im Zusammenhang mit der jeweiligen Mahlzeit, die man der Patientin suggeriert hatte, zeigten diese Säfte gerade die Verdauungskraft, die in den betreffenden Speisen vorwiegend enthaltenen Hauptsubstanzen — also Fett, Eiweiß und Kohlehydrate — verlangten. Die Verdauungswerte kamen auch bei diesen Versuchen denen, die das wirkliche Verzehren der gleichen Speisen erzeugt hätte, fast genau gleich. Es ist somit erwiesen, daß im Zustand der Hypnose sowohl Magen als auch Bauchspeicheldrüse durch die Suggestion derart beeinflußt werden, daß sie sich in bezug auf die Bildung ihrer Verdauungssäfte immer genau auf die der Versuchsperson suggerierten Speisen einstellen, und zwar in derselben Weise, als ob die Speisen in Wirklichkeit verzehrt würden.

Anläßlich dieser sehr wichtigen Versuchsergebnisse mag auch an die vor Jahren von dem russischen Forscher Pawlow mit seinen „Speichelfistelhunden" ausgeführten Untersuchungen erinnert werden. Es handelte sich bei diesen Versuchen darum, daß bei Hunden auf ein gewisses Zeichen — Glockenton, Kampfergeruch, Abkühlung oder rote Farbe — hin der Reiz zu einem bekannten Reflex ausgelöst wurde. Es geschah dies in der Art, daß, sobald der Hund das Zeichen wahrnahm, das Fleisch, Zwieback, Brot und dergleichen bedeutete, prompt die auf die betreffenden Nahrungsmittel abgestimmte Speichelabsonderung eintrat, und zwar ohne daß der Hund die Nahrung in Wirklichkeit erhielt, also auf die bloße Vorstellung hin.

Eine Uhr, die von selbst geht.

Wie das Ei des Kolumbus mutet eine Uhr an, die von dem Schweizer Uhrmacher Meier konstruiert worden ist: sie braucht nicht mehr mit menschlicher oder motorischer Kraft aufgezogen zu werden, sondern läßt die Arbeit durch die täglichen Schwankungen der Temperatur besorgen. Eine von dem Erfinder gebaute Uhr ist bereits seit Jahresfrist in Betrieb, ohne daß sie stehen geblieben wäre oder hätte reguliert und aufgezogen werden müssen.

Die zum Aufziehen des Fallgewichtes, welches beim Niedergehen das Räderwerk der Uhr in Gang hält, erforderliche Kraft wird aus der Veränderung des Rauminhaltes einer gewissen Menge Glyzerin gewonnen, das bekanntlich auf ein Ansteigen der Temperatur mit Ausdehnung, auf Kälte mit Zusammenziehung reagiert. Es ist in einer vielfach spiralig gewundenen Röhre untergebracht, die an einem Ende verschlossen ist, am anderen Ende einen Kolben umschließt, der mit dem Zuggewicht der Uhr in Verbindung steht. Das sich mit der Wärme ausdehnende Glyzerin überträgt also seinen Druck auf den Kolben, der mit seiner dadurch hervorgerufenen Bewegung das Gewicht hebt, das beim Niedergehen den Lauf der Uhr sichert. Da bereits eine tägliche Temperaturschwankung von zwei Grad genügt, um das automatische Arbeiten der Uhr zu gewährleisten, erscheint ihr sicheres Funktionieren in unseren Klimaten außer Frage. Sind doch bei uns selbst in der guten Jahreszeit die täglichen Temperaturschwankungen um viele Grade höher.

Glyzerin erstarrt erst bei minus 30 Grad und siedet bei Temperaturen über 360 Grad. Man kann die Glyzeruhr vorteilhaft auch im Freien aufstellen, da Kältegrade von minus 30 Grad bei uns kaum vorkommen oder doch nur ausnahmsweise. Sollte sich ihre Konstruktion auf die Dauer bewähren, würde ihre Verwendung im Betriebe der öffentlichen Zeitmesser eine erhebliche Verbilligung der Unterhaltungskosten herbeiführen.

Trotzkis Porträt.

Von N. Tassin.

Der verantwortliche Beamte der Kommunistischen Partei, der von einer Gouvernementsreise kommt, blinzelt von der Seite her nach Trotzkis Porträt, das neben dem Lenins hängt. Drohend ziehen sich seine Brauen in Falten.

„Opposition?" meint er zornig.

Der Vorsitzende des Vollzugskomitees der Gemeinde verstand nicht recht, fühlte sich aber schuldig.

„Sie stellen hier die Opposition aus?" fragte, noch strenger, der Kommunist aus der Stadt.

„Durchaus nicht," murmelte der Vorsitzende. „Wir befassen uns nicht mit derlei Dingen. Unsere Leute sind stille Bürger, für sie spielt die Steuer eine gewichtige Rolle, oder etwa Samogonka."

„Ich frage Sie: warum stellen Sie hier Trotzkis Porträt aus?" Der Vorsitzende kam ganz aus dem Konzept.

„Das ist doch . . . weil er der Führer . . . des ganzen . . . man kann sagen . . . des ganzen kommunistischen Reiches ist . . . Und dann . . . es geschah ja nicht willkürlich . . . sondern auf Befehl der Behörden . . . es wurde ein Befehl herausgegeben, daß die Porträts der höchsten Persönlichkeiten . . ."

Vor Anstrengung trat ihm sogar der Schweiß auf die Stirn.

Der Kommunist aus der Stadt zog die Brauen noch mehr in Falten.

„Für heute abend noch werden Sie unverzüglich das Vollzugskomitee einberufen . . . und die kommunistische Bauernschaft."

„Jawohl. Aber, daß wir etwa gegen die Behörden . . . Gott bewahre davor . . .!"

*

Abends versammelten sich ungefähr fünfzig Personen.

„Wahrscheinlich wegen der Steuer!" flüsterten die Bauern untereinander. Der Kommunist aus der Stadt sprach sehr lange über Trotzkis Versuche, in die Kommunistische Partei Spaltung zu bringen. Die Zuhörer seufzten schuldbewußt auf und warteten, wann er endlich von den Steuern reden werde. Dann verlas der Kommunist aus der Stadt eine Protestresolution gegen Trotzkis Auflehnung.

„Wer dagegen ist, hebe die Hand!"

Niemand hob die Hand. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Fort damit!" — sagte der Kommunist aus der Stadt und wies mit den Augen nach dem Porträt Trotzkis.

Dann fuhr er weg.

Eine Minute lang herrschte tiefes Schweigen. Dann begannen alle auf einmal zu sprechen, als wäre ein Damm geborsten.

„Redet unklares Zeugs, dann verschwindet er!"

„Wieso unklares Zeugs? Er hat in russischer Sprache gesagt, daß sich Trotzki . . . gegen die Macht der Arbeiter und Bauern erhoben hat. . ."

„Mit England, heißt es, soll er einig geworden sein . . . und mit den anderen Staaten, um ihnen Rußland zu verkaufen. Sehr einfach!"

„So etwas! Zu fliehen beabsichtigte er also?"

„Und ob! Hast du denn nicht gehört, was in der Resolution gesagt wird: „Jene Genossen, welche die ihnen vorgezeichneten Grenzen überschreiten," das bezieht sich natürlich auf Trotzki!"

„Hat man ihn denn schon eingefangen?"

„Ja, ganz nahe der Grenze. Die Wachen haben ihn aufgespürt. Denn es geht strenge her. In der Resolution steht ja: wir stehen auf Wache . . ."

„Da ist noch etwas von Lenins Vermächtnis . . . na, da hat Trotzki was schönes angerichtet . . ."

„Wer weiß, was er alles angerichtet hat! Vielleicht hat er das Vermächtnis Lenins gefälscht . . . Dieses Vermächtnis war hinter sieben Schlössern verwahrt, streng geheim gehalten, niemand hatte Zutritt, Trotzki aber hat es erwischt . . . und hat es so zu drehen gewußt, daß nun alles ihm zufallen sollte . . ."

„So etwas! So ein habgieriger Mensch! Wollte alles für sich haben . . ."

„Nun, jetzt ist er für seine Habgier gründlich bestraft. Wird bis zur Gerichtsverhandlung im Gefängnis sitzen und dann ganz einfach . . . an die Wand gestellt. Für solche Stückchen wird man ihm nicht den Scheitel streicheln."

„Was sollen wir jetzt mit dem Porträt beginnen?" — fragte der Vorsitzende. „Wegräumen?"

Wieder allgemeines Schweigen.

„Wegräumen ist nicht schwer. Aber — vielleicht ist alles nur Lüge? Ob man es nicht am Ende später verantworten muß?" ertönte eine Stimme.

„Wieso?" fragte der Vorsitzende, merklich interessiert.

„Wieso? Der mit den Brillen hat uns einfach, weiß Gott was, erzählt. Wer weiß, ob das alles wahr ist? Wir räumen das Porträt weg. Dann kommt jemand von der Behörde und zieht uns sofort zur Verantwortung, welchem Gesetz zufolge habt ihr das getan? Wollt ihr etwa gegen die Macht der Arbeiter und Bauern rebellieren? Und sofort kommen Rotarmisten, wird nach Moskau telegraphiert: Aufstand!"

„Richtig!" hörte man von verschiedenen Seiten erregte Stimmen. „Wir werden uns nicht selbst hineinlegen. So dumm sind wir nicht!"

„Ein Papier brauchen wir!" schrie jemand.

„Was für ein Papier?" fragte der Vorsitzende aufmerksam.

„Einen Befehl der Behörde, daß Trotzkis Porträt weggeräumt werden muß. Schwarz auf weiß. Mit Unterschriften und Siegel."

Der Lärm schwoll an.

„Hört endlich auf zu lärmen! Wo soll ich denn ein solches Papier hernehmen? Wenn ich jetzt so ein Papier verlange, komme ich in die Liste der Konterrevolutionäre!"

Aber die Bauern beharrten auf ihrem Standpunkt.

„Dann schreibe: wir haben alle beschlossen, daß wir ein solches Papier benötigen. Du bist doch eine Amtsperson!"

„Ich pfeife drauf!" zischte der Vorsitzende, ganz außer sich. „Ich habe keine Lust, mich dem Henker zu überantworten. Ich verzichte auf mein Amt — und tut, was ihr wollt! Ich habe mich schon genug geplagt. Soll es ein anderer versuchen!"

„Nein, das geht nicht! Als Amtsperson mußt du alles ordentlich durchführen und darfst dich nicht drücken!"

Vor Zorn spuckte der Vorsitzende aus und blickte haßerfüllt bald auf die tobenden Bauern, bald auf Trotzkis Porträt.

*

Im Hausflur drängten sich die Weiber und Jungen, vom Lärm angelockt. Tante Atulina preßte ihr Ohr ans Schlüsselloch und benachrichtigte von Zeit zu Zeit die anderen über den Stand der kriegerischen Versammlung.

„Allmächtiger, Läterchen! Trotzki! Ganz Rußland wollte er verkaufen. . . Nun hat man ihn aber, den verfluchten Helden, gefangen genommen und im Gefängnis an die Kette gelegt. Und viel Geld wollte er mit sich nehmen . . . unzählige Millionen . . .!"

Die Weiber preßten die Lippen zusammen und schüttelten klagend ihre Köpfe:

„Was alles vorkommt auf der Welt!"

Und die alte, taube Bubnicha, die auch gekommen war, um neues zu hören, drängte ununterbrochen nach vorn und säuselte aus zahnlosem Mund:

„Wieviel kommt denn da auf eine Bauernseele . . . wenn man das Geld aufteilen wird . . .?"

(Aus dem Originalmanuskript übertragen von A. Wasserbauer.)

Großer Weihnachts-Verkauf

Kleiderstoffe

Moderne Scholten 100 cm breit, viele Stellungen, Mtr. **1.95**
Fouleiuch reine Wolle, viele Farben .....Meter **2.25**
Sportflanell reine Wolle, grosse Ausmusterung.....Meter **2.95**
Tuchscholten reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. **3.75**
Crêpe marocain Wolle mit Seide, elegante Kleiderware, Mtr. **4.90**
Ottomane schwere Mantelware, ca. 130 cm breit, mit angerankter Abseite ..... Meter **7.50**

Seidenstoffe

und kunstseidene Stoffe

Bemberg-Waschkunstseide für Kleider .....Meter **1.60**
Helvetia-Seide ca. 85 cm breit, viele mod. Farben ..... Meter **2.85**
Moiré für Handtaschen, schwarz und farbig .....Meter **3.90**
Satin riche schwere, elegante Qualität, doppeltbreit .....Meter **4.50**
Crêpe de Chine ca. 96 cm breit, schwarz weiss und viele moderne Farben.. .....Meter **4.90**
Kaschmirseide ca. 100 cm breit, für Gesellschaftskleider.....Meter **8.90**

Baumwollstoffe

Velours-barchent f. Hauskleider, Mtr. **78** Pf.
Zephir für Oberhemden, ca 80 cm breit .....Meter **95** Pf.
Samtflanell einfarbig .....Meter **1.35**
Hauskleiderstoffe .....Meter **1.65**
Wellline ca. 140 cm breit, für Morgenröcke.....Meter **2.25**
Foulardine ca. 100 cm breit, grosse Musterauswahl .....Meter **1.75**

Strümpfe

Für Damen		Für Herren	
Pa. Kunstseide ...Paar	**1.45**	Jacquard-Socken moderne Muster, prima Qualität, Paar	**1.25**
Unser ‚Hertie'-Strumpf mit elastischem Doppelrand ...Paar	**2.50**	Reine Wolle gestrickt, oder prima Hi d'écosse, oder pa. Mako, Paar	**1.45**
Kaschmir reine Wolle..... Paar	**2.95**	Herren-Socken prima wollplattiert ..... Paar	**1.95**

Taschentücher

Kinder-Tücher weiss Batist, fbg Kardenkant, fbg bestickt, Buchst., ½ Dtz. i. Kart **95** Pf.
Damen-Tücher weiss Batist, Hohlsaum gestickt, Buchst., scot.-schweiz. Fabrikat, ½ Dtz. i. Kart **2.45**
Herren-Tücher weiss Linon, Rippenstreifen, gestickt, Buchst., gut haltb. Qual., ½ Dtz. i. Kart **2.75**

Trikotagen

Damen-Schlüpfer mit angerauhtem Futter **1.95**
Damen-Hemdhose Windeform (Bau ww.), rein gewirkt **1.45**
Herren-Hemd mit Doppelbrust und Vorderschluss, gute wollhaltige Qualität..... **3.45**
Herren-Hose mit Uebersetzbeine, wollgemischt.... **2.95**
Herren-Garnitur Jacke u. Beinkleid viele Farben... **3.95**
Kinder-Schlüpfer mit angerauhtem Futter, viele Farben Grösse 25 **1.10**
Jede weitere Grösse 15 Pf. mehr.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr. • Chausseestr.

Am Sonnabend, dem 26. November, verstarb am Herzschlag unser lieber Filialleiter

Hermann Obst

im Alter von 54 Jahren. — Sein aufrichtiger Charakter sowie seine große Güte und Liebe für seine Angestellten bewahren ihm ein bleibendes Andenken.

Berlin, den 29. November 1927.

Die Belegschaft d. Filiale Adlerstr. 174 des Vorwärts-Verlages GmbH.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied

Gustav Junga

am 27. November gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 1. Dezember, vorm 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 27. d. Mts. starb unser Mitglied, der Schlosser

Paul Dochow

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 1. Dezember, mittags 12 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.

Unser Genosse, Schaffner

Richard Krüger

Neukölln, Donaustr. 130

ist nach kurzem Krankenlager verschieden. Einäscherung Donnerstag, 17 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung an der Trauerfeier bittet

Der Vorstand der 90. Abteilung.

Todesanzeige

Unser Genosse, Maurer

Friedrich Futh

Neukölln, Weichselstr. 37

ist im Alter von 70 Jahren plötzlich an Herzschlag verschieden. — Einäscherung: Donnerstag, 1. Dezember, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Um rege Beteiligung wird gebeten.

Vorstand der 90. Abteilung.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und für Überreichen Kranzspenden bei der Bestattung meines lieben Mannes des Kassenbeamten

Gustav Straube

sage ich im Namen der trauernden Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.

Ein-Behnsdorf, 26. November 1927.

Marie Straube.

Verkäufe

Teppiche. Fabrikfehler. 2×3, 24.—, Fabrikfehler, 2½×3½, 39.—, Fabrikfehler, 2½×3½, 48.—, Fabrikfehler, 3×4, 55.—, Fabrikfehler, 3×4, 69.—, Fabrikfehler, 3×4, 85.—, Körner, Potsdamerstraße Nr. 26a. *

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefevre seit 1882 nur Oranienstraße 138. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße *

Puppenwagen, Puppen, Spielwaren, Kinderräder, größte Auswahl, billigste Preise. Reparaturen. Zahlungserleichterung. Alexanderstraße 14, parterre. *

Sittauer - Nähmaschinen, Anzahlung 15.—, wöchentlich 5.—, Landsbergerstraße 28, Königstadt 6633. *

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Jaketots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware. *

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware. *

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware. *

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Tuchmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Bekannter Weg lohnend. Rothringerstraße 36, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. *

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Jackettanzüge, Grunewaldstraße 72. *

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Armbanduhren. *

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Herrenpaletots, Grunewaldstraße 72. *

Weltbekanntes Leihhaus, spottbilliger Wäscheverkauf. *

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Festgeschenke, Grunewaldstraße 72. *

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48.—, 68.—, 75.—. Ausziehtische 35.—, 45.— usw. Rohrstühle 6.50, 7.50, 8.75. Ruhebetten 29.—, 38.—, 45.—. Plüschsofas 98.—, 120.—, 135.—. Hausnummer achten. *

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78.—, 90.—, 125.— usw. Flurgarderoben 60.—, 49.—, 65.—. Kochtische und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten. *

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 345.—, 475.—, 590.—. Hausnummer achten. *

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Vitrinenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365.—, 485.—, 595.—. Hausnummer achten. *

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Ledermöbel, schwer gearbeitet, 285.—, 385.—, 490.—. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 72.—, 95.—. Hausnummer achten. *

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Ankleideschränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 110.—, 135.— usw. Spiegel, Waschtoiletten 95.—, 125.—. Nachttische 19.50, 25.—. Aperiken, Metallbetten 19.50, 27.—, 35.—. Hausnummer achten. *

Ausnahme-Angebote! zu tatsächlich günstigen Preisen nur Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof, Stammhaus Rügenerstraße 13. *

Polierte Schlafzimmer in Birke, Eiche, Nußbaum, Mahagoni 650.—, eichene Eßzimmer, 250 breit, zerlegbar, ganz erstklassige Verarbeitung, 645.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. *

Schlafzimmer, 180 breit, dreitürig, schwere Ausführung, mit echtem Marmor und Spiegel 395.—, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplett, echt Eiche, 315.—, Anrichtetischchen, Lebenteilig, mit Linoleum, lasiert und lackiert, 95.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. *

Ankleideschränke, Nußbaum fourniert, 150 breit, mit Plattenbank, dreitürig, extra Wäsche-Abteilung und Spiegel 128.—. Englische Bettstellen, komplett 35.—. Waschkommoden mit Marmor und Spiegel 78.—. Nachttische mit Aperiken 27.—. Mokettesofa 65.—. Chaiselongue 18.—. Standuhren 68.—. Diplomaten 52.—. Vierpuatische 78.—. Riesenauswahl in Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, Renaissancemöbel. Zahlungserleichterung. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. *

Gelegenheit. Büfett 75.—, Umbauten 18.—, Nußbaum-Schreibtische mit Aufsatz 55.—, Kleiderschrank 18.—, Bettstelle 15.—, Küchen 24.—, Bettstellen 15.—, Waschtoiletten mit Marmor 14.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. *

Fünfteilig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56 *

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achten, Spezialgeschäft *

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen, Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 5, Schönhausertor *

Belle-Alliance. Möbelhaus, Friedrichstraße 236, nur Etage. Seltenes Angebot, ein großer Posten gediegener Zimmereinrichtungen zu fabelhaft billigen Preisen. U. a.: eigentliches Speisezimmer, Büfett 1.50 breit mit großer Mahagoni-Kristallvitrine, herrliche Intarsienarbeit nur 395.— Chippendale-Speisezimmer, Künstlerentwurf, Büfett 2.10 breit, 450.—; dasselbe Zimmer mit 2.50 breitem Büfett 675.— Herrenzimmer von 250.— an. Darunter ein schweres Herrenzimmer mit Bibliothek, 2.10 breit, nur 650.— Schlafzimmer in feinster Verarbeitung, Eiche und Mahagoni, von 490.— an. Trotz des billigen Angebotes bequeme Zahlungserleichterung. Langjährige Garantie *

Musikinstrumente

Zahlung nach Wunsch, Pianos neu und gebraucht, mit herrlichem Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81. *

Klavianos. Überaus preiswert. Klavierfabrik Linz, Brunnenstraße 85 *

250.—, 425.—, 475.— gebrauchte, neue Pianos preiswert. Langjährige Garantie, wunschgemäße Teilzahlung. Pianohaus, Prinzenstraße 90, Moritzplatz. *

Alles flimmt. Keine Ladenpreise, ab Lager fabrikneue Pianos, Eiche, 450.—, schwarz 590.— bis 650.—. Langjährige Garantie. Zahlungserleichterung. Nur Schönleinstraße 6, Piano-Versandhaus Voigt, vorn 2 Treppen, am Kottbusser Damm.

Bohrpianos, Prachtinstrumente, Teilzahlung, teilweise Mietanrechnung. Pianoschelk, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos, Flügel, erstklassiges Fabrikat, Zahlungserleichterung. Römhildt, Potsdamerstraße 23b. *

In Zahlung genommene Pianos, tadellos erhalten, 375.—, 375.—, 700.—. Stutzflügel, fast neu, 1475.—. Steinberg u. Co., Flügel- und Piano-Fabrik, Berlin O. 34, Frankfurterallee 12. *

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Zeitzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn. *

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Nollendorfplatz 7 (Piano-Adam) *

2.50 wöchentliche Teilzahlung. Erstklassige Fahrräder. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91. *

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christ anat, Köpenickerstr. 39 (nahe Adalbertstraße).

Zahngebisse, Edelmetalldruck, Quecksilber, Zinn, Blei, Silberschmelze Christianat Köpenickerstraße 30a (Manteuffelstraße). *

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung (diskret). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 131, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer Eisenbahnhof. *

Saalbau Alpenhof, Invalidenstraße 63, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strahlwitzer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Heizungsmonteure stell. ein Rost & Dieterich, Berlin-Schöneberg, Barbarossastraße 35.

Tüchtige Isolierer

perfekt in Schalenarb., sofort für dauernd gesucht. Nur ganz fleiß. und tücht. Fachleute wollen sich unter Eintr. von Zeugnisabschr. melden unter **L. A. 1061** durch **Ala. Haasenstein & Vogler, Köln.**

„Ohne Spritzen"? „Gold Pfund" Weinbrand"

Sport.

Der ADAC. bleibt schwarzweißrot.

Die Patentlösung der Flaggenfrage.

Am Sonntag hat der Allgemeine Deutsche Automobil-Club in Bremen seine Hauptversammlung abgehalten, in der sich die Delegierten besonders mit der Flaggenfrage im Klub zu befassen hatten. Der in den Farben schwarzweißrot gehaltene Klubwimpel trägt bekanntlich in der Mitte den alten Reichsadler mit der Kaiserkrone, was den republikanisch gesinnten Mitgliedern des Klubs endlich nach neun Jahren Republik Veranlassung war, Anträge auf Aenderung des Klubwimpels zu stellen. Auf der Hauptversammlung in Bremen war die Opposition gegen die geplante Aenderung so stark, daß man sich mit einem Kompromiß begnügt hat. Besonders aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern, Mecklenburg und Südbayern (versteht sich), waren die Delegierten mit gebundenem Mandat zur Hauptversammlung geschickt worden. Sie hatten den Auftrag, bei einer Aenderung des schwarzweißroten Wimpels sofort den Austritt ihrer Mitgliedschaften aus dem ADAC. zu erklären. Die Pistole auf der Brust hat ihre Wirkung nicht verfehlt, die Hauptversammlung faßte den Beschluß, daß bei allen offiziellen Veranstaltungen des ADAC. neben dem Klubwimpel die Reichsflagge zu zeigen ist; die Krone im Wappen (Reichsadler) ist fortzulassen. Im übrigen bleibt der Wimpel wie bisher. Offenbar wollen die Flaggenstrategen im ADAC. jedes Mitglied des Klubs nach seiner Façon selig werden lassen. Man hat den schönen schwarzweißroten Wimpel beibehalten, hat dem Adler die „Behauptung" genommen und fährt lustig mit diesem Symbol der ehemaligen Monarchie spazieren. Den Republikanern ist es außerdem noch erlaubt, ein klein wenig mit der schwarzrotgoldenen Reichsflagge dazwischenzuwinken, falls sie es nicht vorziehen, diesen Flaggenkompromiß nicht mitzumachen. Wer aber von den führenden Leuten im ADAC. etwa glauben sollte, daß mit dieser den Berliner Hotels nachgemachten Patentlösung der Flaggenkrieg im Klub beendet ist, dürfte durch die kommenden Ereignisse eines anderen belehrt werden. Es wird nun wirklich Zeit, daß sich die republikanischen Elemente im Klub zu einer eigenen Organisation zusammenschließen, in der ihre republikanische Ueberzeugung anders geachtet wird, als im ADAC.

Boxmeisterschaften der Berliner Schupo.

Im Saalbau Friedrichshain wurden gestern die Boxmeisterschaften der Berliner Schutzpolizei abgewickelt. Der mit den Reichs- und preußischen Farben reich geschmückte Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Abgesehen von den beiden Einladungstreffen im Schwer- und Weltergewicht, die den Meisterschaftskämpfen vorausgingen, gab es auf der ganzen Linie harte und mit großer Erbitterung geführte Kämpfe.

Im Federgewicht verteidigte Oberwachtmeister Blümel (Polizeigruppe West) seinen Titel erfolgreich gegen Wachtmeister Minder (Gruppe Mitte). Der Ringrichter brach den Kampf kurz vor Schluß der 2. Runde zugunsten Blümels wegen hoher technischer Ueberlegenheit ab. Kleinwächter (Gruppe Mitte) fertigte Kleemann (Gruppe Nord) im Federgewicht glatt nach Punkten ab. Ein krasses Fehlurteil, das scheinbar auf keiner Amateurveranstaltung mehr fehlen darf, gab es im Weltergewichtskampf. Ruf (Gruppe Südost), ein ruhiger und überlegter Boxer, traf auf Köhler (Gruppe Mitte), der Ruf niemals richtig treffen konnte. R. dagegen sammelte in der ersten und dritten Runde reichlich Punkte durch genaue Kopftreffer. Nur in der zweiten Runde hatte Köhler einige gute Momente. Zwei Verwarnungen wegen Tief- und Genickschlages mußten ihm erteilt werden und trotzdem wurde ihm ein Punktsieg und somit der Meistertitel zuerkannt. Ein sehr zweifelhafter Sieg! Im Mittelgewicht punktete Peuß (Gruppe Ost) Schlewe (Gruppe Nord) in drei Runden aus. Ansorg (Gruppe Mitte) errang über Kahle (Gruppe Südost) im Halbschwergewicht einen knappen aber einwandfreien Punktsieg. Im Schwergewicht wurde Schwertz (Gruppe Nord) von Daniel (Gruppe Nord) hoch ausgepunktet. Schwertz mußte in der dritten Runde zweimal bis acht den Boden aufsuchen. Unter den zahlreichen Gästen sah man den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heimannsberg sowie mehrere Gruppenkommandeure. — Nach Schluß der Kämpfe wurden im kleinen Saal die Preise an die neugebackenen Meister verteilt. Besonders erwähnt seien noch die Darbietungen der ganz vorzüglichen Schupokapelle.

Die Boxkämpfe im Sportpalast am Freitag.

Der nächste Großkampftag in Berlin, der am 2. Dezember wieder im Sportpalast stattfindet, wird nicht weniger als 4 deutsche Meister an den Start bringen. Die Kämpfe bringen die Ausscheidung für die Mittelgewichtsmeisterschaft Klausch gegen Seifried über 10 Runden mit 6-Unzen-Handschuhen und weichen Bandagen, dann den Kampf im Leichtgewicht Paul Czirson-Berlin gegen Young Spears-England, der über acht Runden, 5 Unzen, weich, geht. Ringrichter ist Kid Nitram. Im Mittelgewicht kämpfen Hein Domgörgen-Köln gegen Albert Lepesant-Frankreich, 10 Runden, 5 Unzen, weich. Nach der Pause gehen im Halbschwergewicht: Max Schmeling-Berlin gegen Gipsy Daniels-England über 10 Runden, 5 Unzen, weich in den Ring. Ringrichter: Samson-Körner. Im Federgewicht kämpfen Paul Noack-Berlin gegen Roger Fabrèques-Frankreich.

Blut-auffrischend, reinigt die Organe

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11. Schöneberger Str. 16a. T. Lützow 8260/61.

„Die Politik", behauptet neulich
ein Freund, ist mehrschtenteils abscheulich!
Wirf in den „Jacob" einen Blick!
So macht man lachend Politik!

G.

„Der Wahre Jacob", das weltbekannte Witzblatt, kostet trotz erhöhten Umfanges nur 30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

KRONLEUCHTER FABRIK
Prinzenstr. 33
SIEGEL & CO
BERLIN S. 42
Neus. blank mit 70 cm gefüttertem Seidenschirm
E3 M. 39.– E3
Kulante Zahlungsbedingungen
Größtes Musterlager Berlins!

Ausschneiden, genau auf Namen achten!
Nervöse
nehmen zur Beruhigung der Nerven folgendes
Rezept:
1 Flasche
Baldrament
3 mal täglich 1/4 Teelöffel p. m.
Die natürliche Medizin bei reizbarer Schwäche, Herzbeschwerden, unruhigem Schlaf etc.
Wohlgemerkt, aber nur das echte „Baldrament" M. 1.50 u. 2.50 in Drogh. u. Apoth. erhältl., sonst bei Otto Reichel, Berlin SO Elisabethstr. 4

Ziehung 9. u. 10. Dez.
Marienburger
Geld-Lotterie
4 00 Gewinne u. 1 Prämie Mark
130 000
Höchstgewinn 75 000
Hauptgewinn 50 000
Prämie 25 000
Hauptgewinn 10 000
Alle Gewinne bar ohne Abzug zahlbar
Lose zu 3 M. Postgebühr u. Liste 35 Pf.
H. C. Kröger A.G.
Berlin W 8, Friedrichstr. 192-193

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **„billig"**

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

3. **Kreis Wedding.** Freitag, 2. Dezember, 19½ Uhr, im Hackenhofer-Ausschank, Chausseestr. 84. Funktionärsitzung (aus Anlaß des 60. Geburtstages unseres Genossen Carl Leid).

Heute, Mittwoch, 30. November:

33. **Abt.** Die zum Wintervergnügen nicht verkauften Billetts sind heute an den Kassierer Paul Bey abzugeben.

34. **Abt.** Die Bezirksführer werden dringend gebeten, die Eintrittskarten vom Funken-Abend sofort abzurechnen.

36. **Abt.** Die Bezirksführer werden ersucht, bis spätestens 5. Dezember die fertiggestellten Kinderlisten an den Abteilungskassierer einzureichen. Teilzahlungen für die Weihnachtsbescherung sind umgehend an denselben zu entrichten.

53. **Abt. Charlottenburg.** Die Mitgliederversammlung in diesem Monat fällt aus. Statt des Zahlabends im Dezember findet eine Mitgliederversammlung statt.

Morgen, Donnerstag, 1. Dezember:

108. **Abt. Köpenick.** 19½ Uhr Sitzung des Vorstandes mit den Bezirksführern an bekannter Stelle.

Frauenveranstaltungen.

141. **Abt. Rosenthal und Niederschönhausen-West.** Donnerstag, 1. Dezember, 19½ Uhr, bei Schmehling, Waldersee, 5. Vortrag: „Geburtenregelung und Politik." Referentin Margarete Szeintakowski. Die Genossinnen sind herzlichst eingeladen.

39. **Abt.** Freitag, 2. Dezember, vormittags 9 Uhr, Besichtigung der weltlichen Schule in der Rosenthalerkirch- und Schulstraße. Treffpunkt: Bahnsteig der Untergrundbahn Nachtstraße um 8 Uhr. Abfahrt 8.20 Uhr. Um recht rege Beteiligung wird gebeten. Karten zum Filmvortrag am 5. Dezember in Rabes Festsälen, Fichtestraße, „Kreuzzug des Weibes", sind noch zu haben bei Hansen, Oranienstr. 122, vorn 4 Tr.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz:

7. **Kreis Wedding.** Donnerstag, 1. Dezember, 17½ Uhr, im Ledigendeim Schönstedtstr. 1, 5. Stock, Kreisbeiratssitzung. Tagesordnung: Vortrag: „Mitarbeit in der Gefangenenfürsorge." Referent Genosse Ernst Richter. Verschiedenes. Alle in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Genossinnen und Genossen sowie parteigenössische Mitglieder und Vorsteher der Wohlfahrts- und Jugendkommission werden gebeten, unbedingt zu erscheinen.

13. **Kreis Tempelhof.** Donnerstag, 1. Dezember, 20 Uhr, im Bezirksamt Tempelhof, Dorfstr. 42, Arbeitsgemeinschaft über „Jugend und Beruf". Referentin Genossin Morgenstern. Interessierte Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

Jungsozialisten.

Gruppe Neukölln (: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft: „Staatsverfassung des 19. und 20. Jahrhunderts und ihre Anwendung in der Politik." Leiter Studienrat Erwin Marquardt.

Gruppe Neukölln (: **Heute, Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, im Heim Bergstraße 29, Zimmer 10, Aussprachekreis mit Dr. Oppenheimer von der Weltjugendliga über: „Die Fortsetzung des Sozialismus und die Jugend." Zu diesem Abend sind ganz besonders auch Mitglieder anderer Abteilungen und die ältere Arbeiterjugend eingeladen.**

Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Genossen des engeren Vorstandes werden hierdurch zur Vorstandssitzung am Freitag, 2. Dezember, pünktlich 20 Uhr, in unsere Geschäftsstelle geladen.

Kreis Charlottenburg. Montag, 3. Dezember, findet im Jugendheim Pestalozzistr. 4 unsere Elternversammlung statt. Anfang pünktlich 20 Uhr. Thema: „Unsere Feste und Festkleidung." Gäste herzlich willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. **Abt.** Unser lieber langjähriger Genosse Hermann Obst ist plötzlich und unerwartet verstorben. Ehre seinem Andenken. Trauerfeier am Donnerstag, 1. Dezember, 19½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir erwarten rege Beteiligung.

35. **Abt.** Am Montag, 28. November, verschied nach langer schwerer Krankheit unser Parteigenosse Ernst Nelke im 52. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, 1. Dezember, 20 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Wolkig bis trübe mit einzelnen unbedeutenden Niederschlägen. Temperaturen nur wenig höher. Mäßige Winde aus veränderlichen Richtungen. — **Für Deutschland:** Ueberall meist trübes Wetter mit geringer Luftbewegung. Temperaturen im ganzen wenig verändert.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Gymnastikkursus! Am Donnerstag, 1. Dezember, 19 Uhr, beginnt unter Leitung des Genossen Gleisner ein Gymnastikkursus in dessen Kursusräumen, Elsasser Str. 26, Hof part. Anmeldung hierselbst am ersten Kursusabend.

Die Arbeitsgemeinschaft über Wirtschaftslehre (R. Abraham) tagt heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Lindenheim.

Abrechnung der Beiträge, Erledigung der ausstehenden Abrechnungen, Ausgabe von „Jugend voran" und „Arbeiter-Jugend".

Die Bücherstube ist heute, Mittwoch, von 17—19 Uhr geöffnet.

Der Singkreis beteiligt sich heute vollzählig an der Feier in Treptow.

Heute, Mittwoch, 30. November, 19½ Uhr:

Wedding: Heim See- Ecke Turiner Straße. Glasbrenner-Abend. — **Humanplatz:** Heim Oberwalder Str. 10. „Zusammenbruch 1918." — **Rosenthaler Vorstadt:** Schule Gipsstr. 22a. „Unsere Jugendtage." — **Charlottenburg-Nord:** Heim Otherstraße. „Die deutsche Reichsverfassung". 3. Teil. — **Falkenberg:** Heim Am Falkenberg 117. „Versailles." — **Lichtenberg-Mitte:** Heim. „Die neuesten politischen Ereignisse." — **Neu-Lichtenberg:** Heim Prinz-Albert-Straße. „Wie soll das Leben in der Gruppe sein?" — **Lichtenberg-West:** Heim Scharnweberstr. 29. „Gemeinschaftsleben."

Treptow: Im Viktoriagarten, Am Treptower Park 26, Feierstunde. Chor, Orchester, Weihespiel, Sprechchor. Beginn 20 Uhr.

Werbebezirk Lichtenberg: Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, im Heim Dottestr. 2 Bildungskursus: „Einführung in den Sozialismus." Alle interessierten Mitglieder müssen erscheinen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Sonnabend 18 Uhr bei der Genossin Schiener, Exerzierstr. 62, Festausschußsitzung. „Unsere Wintersonnenwende." Sämtliche Gruppen müssen vertreten sein.

Funkwinkel.

Vielleicht überschätzt Heinrich Broh etwas die Bedeutung von Wilhelm Hauff, zu dessen 125. Geburtstag er die Gedenkrede hielt. Die sechs Novellen, die Märchenalmanache, die „Phantasien im Bremer Ratskeller" gehören zu dem eisernen Bestand der deutschen Literatur, während Lichtenstein, von Broh besonders hervorgehoben doch genau wie das Vorbild, der Scottsche historische Roman, schon leise verstaubt ist. Broh hätte die leichte Eleganz des Stils, den Hauffschen Witz, andererseits auch die kühle Sachlichkeit der Novellen stärker betonen können. Paul Bildt las dann aus den „Memoiren des Satans" mit verbissenem Humor still und sachlich. Er fühlte sich nur als Interpret des Dichters, er wollte nicht hervortreten. Abends gab es eine Museumsführung durch die alte Posse „Eine tolle Nacht" aus der Vorkriegszeit mit Pensionsmädeln, braven Fabrikanten und Ansätzen zu Militärmusik. Existieren tatsächlich keine interessanteren Dinge, keine belangvolleren Lustspiele und Operetten? Wie immer inszeniert Alfred Braun Possen am besten. Er kürzt komprimiert, sorgt für Tempo und legt Witze ein. Waßmann, im Rundfunk selten gehört, wirkt mit seinem hellen, gepreßten Schnarrton wie auf der Bühne. Rein stimmlich bereits ist er von derartig zwingender Komik, daß man das Bühnenbild kaum vermißt. Eine Bemerkung zu der Bücherstunde: Karlernst Knaatz könnte künftighin Bemerkungen über die Franzosen, wie Feinde und ähnliches, aus seinem Ausdrucksrepertoir streichen. Dr. Karl Würzburger behandelt in seinem Vortrag „Praktische Erziehungsfragen" weniger die Erziehungsmethoden für die ersten Lebensjahre, die für das Kind entscheidend sind, als die Psyche des Kindes in diesem Alter. Den Hauptakzent legt er auf die Lüge, die in dem Augenblick entsteht, wenn das Kind an sich selbst zu denken beginnt. Man soll deshalb auch nicht dem Kinde Märchen als Wahrheiten vorsetzen und sich hüten, sich von Kindern beim Lügen ertappen zu lassen.

F. S.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. **Gauvorstand:** Die Gaugeschäftsstelle ist nicht mehr wie bisher über das Amt Moritzplatz, sondern über Amt F 7 Jannowitz Nr. 3496 und 3496 telephonisch zu erreichen. Sitzung der Sanitätsgruppenführer So., d. 3., 18 Uhr, im Gaubureau. — **Mittwoch, 30. November. Charlottenburg:** 20 Uhr Kameradschaftsversammlung Westend bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 6. Vortrag des Kameraden Arthur Freund über „Wirtschaft und Politik." **Wintersportabt.:** Wer Weihnachten ins Kitzbühler Skigebiet (Oesterreichisch-Tirol) mitfahren will, melde sich am Mi., d. 30., 20½ Uhr, beim Lichtbildervortrag im Zuckerbäu., Friedrichstr. 100, oder in der Geschäftsstelle. Gesamtkosten für 10 Tage einschl. Fahrt etwa 80 M. — **Donnerstag, 1. Dezember. Kreis Westen** (Ortsvereine Tiergarten, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Wilmersdorf, Charlottenburg, Spandau): Antreten zum Fackelzug am Bhf. Wilmersdorf-Friedenau. Anschließend Kundgebung in der Ausg. Offenbacher Str. 8. Es sprechen Bundesvorsitzender Otto Hörsing, Senatspräsident Dr. Großmann, Rektor Kellermann. Pflichtversammlung. **Tiergarten:** Kameradschaft Arminius Antreten Bahnhof Brüsselstraße pünktlich 18 Uhr. Stephan und Hansa 17,30 Uhr Bhf. Bellevue. Westen 1 und II 18 Uhr bei Rickert, Steinmetzstr. 36a. **Wilmersdorf:** 18½ Uhr Antreten zum Fackelzug Kaiserplatz Ecke Mainzer Straße. **Schöneberg-Friedenau:** Antreten 18½ Uhr am Bhf. Schöneberg-Friedenau. **Tempelhof:** 20 Uhr Funktionärsitzung bei Mack, Mariendorf, Chausseestr. 27. **Teltow:** 20 Uhr Restaurant Linke Versammlung. Bericht von der Gaugeneralversammlung. — **Freitag, 2. Dezember. Prenzlauer Berg:** 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Burg. **Kreuzberg:** 20 Uhr Funktionärsitzung bei Mendler, Dieffenbachstr. 54. **Köpenick:** 20 Uhr Mitgliederversammlung im Stadttheater. **Lichtenberg:** Kameradschaft Treptoplatz 20 Uhr Verkehrslokal Seipke, Vortrag. **Mahlsdorf:** 20 Uhr bei Anders, Bahnhofstraße, Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht. — **Prenzlauer Berg:** Kameradschaft Wörther Platz 7a., d. 1., 20 Uhr, bei Schröder, Kastanienallee 28, Versammlung der Jungkameraden Friedrichshain. So., d. 1., 20 Uhr, Einäscherung des Kameraden Ernst Nelke im Krematorium Gerichtstraße. Die Kameraden des Ortsvereins versammeln sich 19¼ Uhr am Bhf. Wedding in Bannerkleidung.

Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin. Montag, 5. Dezember, 20 Uhr, Meisterfaal Köthener Str. 38 Vortrag über „Deutschlands wirtschaftliche Wiederstellung im Wandel der Zeiten." Diskussion. Karten in der Geschäftsstelle Wilhelmstr. 92/93.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Donnerstag, 1. Dezember, 20 Uhr, „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45. Vereinsversammlung.

Typographisches Orchester. Kollegialer Zirkel zur Pflege guter Musik. Dirigent Kapellmeister Erich Gutzeit, Vorsitzender Johannes Schulz, Berlin-Britz, Pintschstr. 43. Uebungsstunden jeden Freitag 20 Uhr Neukölln, Hermannstr. 199, im Restaurant „Zum Sängerheim". Gäste stets willkommen.

Berliner Handwerkerverein, Sophienstr. 13. Mittwoch, 30. November, 20 Uhr, Schriftsteller Erdmann Graeser: Vorlesung eigener Erzählungen.

Schutzverband der Untermieter (Vorsitzender Sekretär Rauch), Skandinavische Str. 37. Versammlung Donnerstag 20 Uhr Nürnberger Str. 39/40 (Untergrundbahn: Nürnberger Platz). Referat Rechtsanwalt Dr. Faß. Eintritt frei.

Longtellow English Debating Club Bülowstr. 101, Mittwochabend 8 Uhr. Mr. Bulman Smith: M. A. „Biography".

Gericht und Frauen. Mittwoch, 30 November, 20 Uhr, spricht Rechtsanwalt Walter Bahn im Bürgersaale des Rathauses über: „Gericht und Frauen". Er wird insbesondere über die unglückliche Stellung der Frau im Ehescheidungs- und Alimentenrecht berichten. Eintritt frei.

Die Firma Carl Jaedicke in Berlin, die durch die Fabrikation ihres Baumkuchens weit über die Grenzen des Landes hinaus weltberühmt geworden ist, hat in der Kochstraße zwischen der Charlotten- und Markgrafenstraße ein modernes Kaffeehaus eröffnet. In den behaglich hergerichteten Räumen wird u. a. ein gut zusammengestelltes Frühstück bzw. Kaffee und Kuchen zu zivilen Preisen verabreicht.

Auf den Weihnachtstisch

14 Mark der moderne Anzugstoff

Koch & Seeland

Gertraudtenstr. 20/21 gegenüb. Petrikirche

Waschvorschrift für Wollsachen

Zwei Feinde bedrohen die wollenen Gewebe: Scharfe Waschmittel und Reiben. Wollsachen sollen nur in einer ganz reinen milden Seife gewaschen werden. Scharfe Waschmittel mit chemisch wirkenden Substanzen zerstören die zarten Schuppen der Wollfaser und machen die Gewebe hart und filzig.

Es gibt nur ein sicheres Mittel, das Ihre wollenen Kleidungsstücke, und Ihre zarte wollene Leibwäsche wieder wie neu macht: der milde reine Schaum der Lux Seifenflocken aus den Sunlicht Werken in Mannheim.

Das Waschen in Lux Seifenflocken ist äußerst einfach: Nehmen Sie 1 Eßlöffel voll zu je 2 Liter Wasser. Lösen Sie die Flocken in etwas heißem Wasser unter Umrühren auf. Gießen Sie kaltes Wasser zu, bis die Lösung handwarm ist. Wollsachen sollten nie kalt gewaschen werden. Waschen Sie im handwarmen Schaum durch sachtes Auf- und Niederdrücken ohne zu reiben. Spülen Sie hierauf gründlich in lauwarmem Wasser und pressen Sie das Wasser möglichst gut heraus, ohne zu winden. Trocknen Sie nicht in der Sonne oder Ofennähe, gestrickte Wollsachen sollen liegend, nicht hängend getrocknet werden.

L 162

Für Wolle und Seide alles Scharfe vermeide.